

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 27. März 2008
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr - 23.20 Uhr**

Anwesend sind: 46 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Käthi Bolzern, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Brigitte Kissling, 8. Rudolf Moor,
9. Markus Oegerli, 10. Brigitte Rosselet, 11. Luzia Stocker Rötheli, 12. Dr. Arnold Uebelhart,
13. Dieter Ulrich, 14. Lea von Wartburg, 15. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Stefan Nünlist, 7. Daniel Probst, 8. Andreas Schibli, 9. Rolf Schmid, 10. Arthur Spring,
11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich, 13. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss, 5. Patrick Kissling,
6. Nadja Rhiner, 7. Roland Rudolf von Rohr

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Koestli, 3. Rolf Sommer, 4. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler, 2. Jonas Hertner

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Franco Giori, Leiter Sicherheitsdienste
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion
Christian Winiger, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:
Thomas Marbet
Dr. Max Pfenninger
Armand Weissen
Rudolf Lutz
Dr. Martin Wey, Stadtrat

Vorsitz: Iris Schelbert

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
 2. Kommissionen für Alters- und Gesundheitsfragen/Demission
 3. Kommission für Integration/Ersatzwahl
 4. Sportkommission/Demission
 5. Vormundschafts- und Sozialhilfekommission/Demission und Ersatzwahl
 - 5a Dringliche Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Kosovarische Unabhängigkeitsfeier/Frage der Dringlichkeit
 - 5b Dringliche Interpellation André Koestli (SVP) betr. Feuerwehrkommandant/Frage der Dringlichkeit
 6. Feuerwehrreglement/Totalrevision
 7. Besoldungsrevision in der Stadtverwaltung Olten/Einsetzung einer Arbeitsgruppe
 8. Integrationsarbeit in Olten, Schliessen von Angebotslücken/Entscheid
 9. Leitbild der Stadt Olten/Kenntnisnahme
 - * 10. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 10.1. (Geschäft Nr. 2007.029) Motion Stefan Nünlist (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Wiedergutmachung der Stadt Bern (eingereicht am 6.9.2007/neu traktandiert)
 - 10.2. (Geschäft Nr. 2007.028) Postulat Stefan Nünlist (FdP) und Mitunterzeichnende betr. WC-Anlagen in der Schützi (eingereicht am 6.9.2007/neu traktandiert)
 - 10.3. (Geschäft Nr. 2007.033) Postulat Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Bau von Unterständen an den Bushaltestellen (eingereicht am 27.9.2008/neu traktandiert)
 - 10.4. (Geschäft Nr. 2007.034) Postulat Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserungen der städtischen Buslinie 3 auf der rechten Stadtseite Richtung Meierhof (eingereicht am 27.9.2008/neu traktandiert)
 - ** 11. Dringliche Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Kosovarische Unabhängigkeitsfeier/Beantwortung
- * aus Zeitgründen nicht behandelt
** Erweiterung der Traktandenliste

* * *

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich begrüsse Euch alle herzlich zur heutigen Sitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:

Entschuldigung

Stadtrat Dr. Martin Wey muss sich heute Abend entschuldigen, da er an einer wichtigen Sitzung betreffend Sek-I-Reform teilnimmt.

* * *

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 21./22. November und 13. Dezember 2007 sind vom Büro am 10. März 2008 definitiv genehmigt worden.

* * *

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 21. November 2007 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Sportanlagen Kleinholz, Neubau Garderoben/Projekt- und Kreditbewilligung
(*Beschluss Ziffer I./2.*)
- Suchthilfe Region Olten, Alkoholikertreff, Beitrag/Kreditbewilligung
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Budget 2008/Genehmigung
(*Beschluss Ziffern I./1. bis I./6.*)
- Ladenschlusszeiten an Samstagen, Änderung/Teilrevision Ladenschlussverordnung
(*Beschluss Ziffer I./1.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 27. November 2007 und die Referendumsfrist ist am 26. Dezember 2007 abgelaufen.

- - - - -

Das Gemeindeparlament hat am 13. Dezember 2007 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Personalwesen, zusätzliche Lohnanpassung/Genehmigung
(*Beschluss Ziffer I.2.*)
- Steuerreglement/Teilrevision
(*Beschluss Ziffer 1.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 18. Dezember 2007 und die Referendumsfrist ist am 16. Januar 2008 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Demission Gemeindeparlament

Folgende Demission ist eingereicht worden: „Liebe Iris, lieber Markus, mit diesem Schreiben möchte ich meine Demission aus dem Gemeindeparlament auf den 30. Juni 2008 bekannt geben. Wie Euch bestimmt bekannt ist, werden wir Ende August dieses Jahres unser neues Eigenheim in Hägendorf beziehen. Aus diesem Grunde ist es mir leider nicht mehr möglich, die interessante Tätigkeit im Oltnen Parlament auszuüben. Ich möchte es nicht unterlassen, mich an dieser Stelle für die stets sehr angenehme und freundschaftliche Zusammenarbeit zu bedanken und wünsche Euch weiterhin konstruktive und bewegende Sitzungen im Ratsaal. Freundliche Grüsse, Nadja Rhiner.“

* * *

Totenehrung

Im 81. Altersjahr ist am 5. März Myrtha Aerni verstorben. Sie war während vieler Jahre als Lehrerin in Olten tätig.

Weiter muss ich Euch bekannt geben, dass 87-jährig Willy Eggenschwiler-Blumenstein, alt Stadtrat, verstorben ist. Er hat während sehr vielen Jahren für die Stadt Olten gearbeitet. Angefangen hat er 1949 als Mitglied der Werkkommission, die er dann von 1969 bis 1981 auch präsidiert hat. Er hat zudem der Fürsorgekommission, der Gewerbeschulkommission, dem Zweckverband Abwasserregion Olten angehört und ist Ersatzmitglied des Gemeinderates gewesen. Das waren seine Stationen, bevor er 1973 in den Stadtrat gewählt worden ist, dem er bis 1985 angehört hat.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren und zum Andenken von Myrtha Aerni und Willy Eggenschwiler von ihren Sitzen.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Kosovarisches Unabhängigkeitsfest
- Dringliche Interpellation André Koestli (SVP) betr. Feuerwehrkommandant
- Interpellation Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Bestand und Koordination von Schulräumen in der Stadt Olten
- Postulat Felix Wettstein (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. Schulkreisbildung für die Trägerschaft der Sekundarstufe 1

- Interpellation Luzia Stocker Röheli (SP) und Mitunterzeichnende betr. Bevölkerungsinformation bei Planungs- und Bauvorhaben
- Motion Lea von Wartburg (SP) und Mitunterzeichnende betr. Energetische Stadthausanierung
- Interpellation Rolf Sommer (SVP) betr. Sportpark AG und die Kunsteisbahn
- Interpellation Rolf Sommer (SVP) betr. Schützi, Beurteilung der Tragkonstruktion und Erdbeben-sicherheit
- Motion Antonia Hagmann (CVP) und Mitunterzeichnende betr. Zinsloses Darlehen an die Sportpark AG für Sanierung Eisstadion
- Postulat Stephan Hodonou (CVP/EVP) und Mitunterzeichnende betr. Ortsbildschutz contra Privateigentum
- Postulat Markus Oegerli (SP) und Mitunterzeichnende betr. Erdgeschoss Stadthaus
- Postulat Lukas Derendinger (SP) und Mitunterzeichnende betr. Konsolidierung der Internetauftritte der Oltner Schulen
- Interpellation Lukas Derendinger (SP) und Mitunterzeichnende betr. Neues Schulmobiliar und allgemeine Renovationen Sälischulhaus

* * *

Beilage
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 16/8

Prot.-Nr. 59

Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen/Demission

Für die Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 18. Januar 2008 demissioniert Daniel Wermelinger (SP) als Mitglied der Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen per 31.01.2008 infolge Wegzugs aus Olten.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Daniel Wermelinger (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Herrn Daniel Wermelinger (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Daniel Wermelinger, Geisshubelweg 42, 4658 Rothrist

Direktion Soziales

Kommissionenverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 16/13

Prot.-Nr. 60

Kommission für Integration/Ersatzwahl

Für die Kommission für Integration ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Paul Gonseth schlägt die SP Herrn Balkaç-Demirhan Ramazan als neues Mitglied der Kommission für Integration vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Balkaç-Demirhan Ramazan (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Herrn Balkaç-Demirhan Ramazan (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Balkaç-Demirhan Ramazan, Höhenstrasse West 31, 4600 Olten
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Soziales
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 16/21

Prot.-Nr. 61

Sportkommission/Demission

Für die Sportkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 10. Dezember 2007 reicht Miriam Werthmüller (SP) ihren Rücktritt als Mitglied der Sportkommission per Ende 2007 ein.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Miriam Werthmüller (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Frau Miriam Werthmüller (SP) genehmigt.

Mitteilung:
Frau Miriam Werthmüller, Mühletalweg 3, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 16/23

Prot.-Nr. 62

Vormundschafts- und Sozialhilfekommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Vormundschafts- und Sozialhilfekommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 18. Januar 2008 reicht Nicole Hofmann Wermelinger (SP) per 31. Januar 2008 ihren Rücktritt als Mitglied der Vormundschafts- und Sozialhilfekommission ein.

Als Ersatz für Nicole Hofmann Wermelinger schlägt die SP Ruedi Spichiger, Solothurnerstrasse 74, als neues Mitglied der Vormundschafts- und Sozialhilfekommission vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Nicole Hofmann Wermelinger (SP) sowie die Ersatzwahl von Ruedi Spichiger (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Frau Nicole Hofmann Wermelinger (SP) sowie die Ersatzwahl von Herrn Ruedi Spichiger (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Frau Nicole Hofmann Wermelinger, Geisshubelweg 42, 4658 Rothrist
Herrn Ruedi Spichiger, Solothurnerstrasse 74, 4600 Olten
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Soziales
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 18/20, 35/11

Prot.-Nr. 63

Dringliche Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Kosovarische Unabhängigkeitsfeier“/ Frage der Dringlichkeit

Christian Werner: Die Vorkommnisse rund um die Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit des Kosovos haben die Bevölkerung Oltens bewegt und zumindest teilweise auch erzürnt. Die Diskussion ist breit geführt worden in der Bevölkerung, auch in den Medien durch verschiedene Leserbriefe. Ich bin von etlichen Leuten angegangen worden, wie es jetzt aussehe, vor allem im Hinblick auf die EM, wann die offenen Fragen beantwortet würden. Die Fragen sind immer noch offen. Dem hat auch das Interview von Frau Stadträtin Doris Rauber im Oltner Tagblatt wenig entgegen setzen können. Ich denke, in diesem Sinne müssten diese Fragen effektiv unbedingt noch vor der EM geklärt werden. Eine Ablehnung der Dringlichkeit würde es verunmöglichen, dass die offenen Fragen vor der EM geklärt werden könnten. Es findet nach der heutigen noch eine Sitzung statt. Wenn wir jetzt gerade wieder gesehen haben, welche Motionen und Postulate etc. eingereicht worden sind, ist es meiner Meinung nach sehr unrealistisch, dass es das nächste Mal zur Beantwortung kommen würde. Deshalb bitte ich, die Dringlichkeit zu unterstützen, damit die offenen Fragen geklärt werden können und dementsprechend auch für mehr Klarheit und Rechtssicherheit zu sorgen. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Stadträtin Doris Rauber: Der Stadtrat ist der Meinung, dass diese Fragen eigentlich überhaupt nicht dringlich sind. Die Dringlichkeit wird einmal mehr arg strapaziert, denn die Kosovarenfeier ist ja längst vorbei. Man könnte also diese Fragen auch erst in einem halben Jahr beantworten. Die Fragen sind bereits im Interview im Oltner Tagblatt beantwortet worden. Weil dies so ist, können wir auch diese Interpellation sofort beantworten. Deshalb befürwortet der Stadtrat die Dringlichkeit und bittet das Parlament, ihr zuzustimmen.

Rudolf Moor: Die SP stimmt der Dringlichkeit auch zu, aber gar nicht, weil wir mit der SVP einverstanden sind. Wir haben den Eindruck, dass die Kosovaren spontan gefeiert haben. Die spontane Feier ist von der gleichen Seite auch schon einmal gelobt worden. Wir haben auch den Eindruck, dass man in der Schweiz eigentlich viel Unabhängigkeitstradition hat. Wir haben auch Traditionen im Feiern von Unabhängigkeit. Deshalb sind wir eigentlich meistens mit dem Feiern von Unabhängigkeit vertraut. Wir von der SP sind auch immer für Toleranz. Wir stellen auch fest, dass es weder Sachbeschädigungen noch Gewalt gegeben hat. Wir haben den Eindruck, die bisher erhaltenen Auskünfte zum Polizeieinsatz sind plausibel und für uns nachvollziehbar. Deshalb betrachten wir die Interpellation als bereits erledigt.

Daniel Joss: Die Fraktion der CVP/EVP wird der Dringlichkeit auch zustimmen, weil es vorgängig Fragen betreffend EM gibt. Diese steht vor der Türe. Deshalb sehen wir hier auch Handlungsbedarf, weil in den Zeitungen betreffend dieser Feierlichkeiten von der Bevölkerung doch einiges hin und her gegangen ist, das sicher dringend beantwortet werden sollte. Deshalb stimmen wir der Dringlichkeit zu.

Beschluss

Mit 40 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 18/20, 18/22

Prot.-Nr. 64

Dringliche Interpellation André Koestli (SVP) betr. Feuerwehrkommandant/Frage der Dringlichkeit

André Koestli: Heute Abend werden wir hoffentlich die Totalrevision des neuen Feuerwehrreglementes genehmigen. Leider müssen wir aber über ein Feuerwehrwesen entscheiden und dies mit einem disziplinierten Feuerwehrkommandant. Wegen seines Disziplinarverfahrens ist der Kommandant der Stützpunktfeuerwehr der Stadt Olten seit November 2006 frei gestellt. Die Angehörigen der Feuerwehr nehmen zwar ohne einen Kommandanten ihre Aufgaben wahr. Aber dies ist nur während einer begrenzten Zeit möglich. Diese Grenze ist jetzt schon mehr als überschritten. Nur dank der guten Führung und Rollenverteilung des Kaders und der Mannschaft haben die Einsätze bis jetzt alle gewährleistet werden können. Der Verdacht steht eigentlich einfach ziemlich nahe, dass das Verfahren absichtlich in die Länge gezogen wird und sich das Problem mit dem jetzigen Kommandanten wohl bald schon von selbst erledigt (Pensionierung). Wir fordern deshalb die zuständige Stadträtin auf, das Verfahren endlich unter politischem Druck zu beschleunigen, um weitere unnötige Kosten und Personalressourcen zu verursachen. Nur so ist sicher gestellt, dass die Feuerwehr weiterhin eine geordnete Einsatzbereitschaft hat. Die Feuerwehr braucht dringend wieder einen Kommandanten oder eine Kommandantin, damit endlich alle wieder entlastet werden. Ich bitte das Parlament deshalb aus den mündlich und schriftlich genannten Gründen inständig, der Dringlichkeit zuzustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und die Stimme.

Stadträtin Doris Rauber: Es stimmt: André Koestli hat recht, dass das Verfahren sehr lange dauert. Das ist so, weil es eine externe DUK ist. Es sind externe Mitglieder, die gewählt worden sind. Das Tempo bestimmt nicht der Stadtrat oder die zuständige Stadträtin, sondern das Tempo wird allein durch die DUK bestimmt. Bei diesem Verfahren ist es auch üblich, dass es so lange dauert. Die dreimonatige Verzögerung hat ein Spitalaufenthalt des Präsidenten der DUK ergeben. Das sind höhere Mächte. Hier können wir gar nichts dazu tun. Der Stadtrat ist auch überrascht vom langen Verfahren. Wir haben vom Stadtrat her auch immer wieder bei der DUK „nachgestuft“ und gefragt, ob es nicht etwas schneller geht. Wir sind hier also sehr wohl aktiv geworden. Es ist uns dann aber auch immer wieder versichert worden, dass solche Verfahren diese Dauer haben und sie allein durch die DUK bestimmt wird. Ich bin ja selber von diesem Verfahren auch betroffen. Es ist schon so, dass es manchmal fast nicht zum Aushalten ist, dass es so lange dauert. Die Untersuchung ist Ende Januar 2008 abgeschlossen worden, und wir erwarten den Bericht, wie uns versichert worden ist, in den nächsten Wochen. Die Feuerwehr wird - das hat André Koestli auch gesagt - durch den Stellvertreter Rolf Friedli geführt. Er leistet sehr gute Arbeit. Auch das Kader der Feuerwehr, von dem wir ja heute Abend auch einen Teil hier haben, engagiert sich enorm. Die Belastung ist gross. Das ist uns in der Direktion bewusst. Die Direktion ist in regelmässigem Kontakt mit dem Kommandostab. Arbeitsbelastung, allfällige Hilfe durch andere Feuerwehren oder Gebäudeversicherung sind immer auch wieder Thema. Ich bin selber vor zehn Tagen beim Kommandostab gewesen, und wir haben dies thematisiert. Die lange Ungewissheit ist sehr belastend. Alle vom Stadtrat und alle von der Feuerwehr hoffen auf eine baldige Lösung. Ich komme zur Dringlichkeit. Aufgrund der Erklärungen, die ich jetzt abgegeben habe, erachtet der Stadtrat dies nicht als dringlich. Zudem können einige Fragen gar nicht beantwortet werden. Der Stadtrat bittet das Parlament, gegen die Dringlichkeit zu stimmen.

Beschluss

Mit 26 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 12/1

Prot.-Nr. 65

Feuerwehrreglement/Totalrevision

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die bestehende Feuerwehrordnung der Stadt Olten vom 26. März 1987/22. Juni 1994 wurde einer Totalrevision unterzogen. Wir unterbreiten Ihnen hiermit das daraus hervorgegangene Feuerwehrreglement der Stadt Olten im folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Die bestehende Feuerwehrordnung wurde vom Gemeinderat (heute Gemeindeparlament) der Stadt Olten am 26. März 1987 genehmigt und am 22. Juni 1994 setzte das Gemeindeparlament der Stadt Olten eine Teilrevision derselben in Kraft.

Aufgrund der zwischenzeitlich geänderten Gemeindeorganisation der Stadt Olten und der Neuorganisation der Stützpunkt-Feuerwehr Olten besteht Handlungsbedarf, weshalb der Stadtrat in seinem Tätigkeitsprogramm 2007 eine Totalrevision der Feuerwehrordnung vorsieht.

Die Direktion Öffentliche Sicherheit setzte zur Erarbeitung einer Totalrevision der alten Feuerwehrordnung eine Projektgruppe ein. Dieser gehören folgende Angehörige der Feuerwehr an: Feuerwehrkommandant Charles Fehlmann (bis November 2006), Sven Wagner, Pius Hufschmid, Konrad Schenker (Projektleiter, ab Frühling 2007) sowie zwei Mitglieder der Kommission Öffentliche Sicherheit: René Wernli und Max Portmann.

2. Überarbeitung

In einem ersten Schritt erstellte die Projektgruppe einen schlanken Entwurf, welcher als Zwischenbericht auch der Kommission Öffentliche Sicherheit und dem Rechtskonsulenten vorgelegt wurde. Der erste Entwurf erwies sich aber als zu schlank und musste überarbeitet werden, da gewisse Inhalte fehlten und Aufbau und Struktur nicht dem Standart der übrigen Reglemente entsprach.

Die bisher geltende Feuerwehrordnung entspricht teilweise nicht mehr der Gemeindeorganisation und den damit zusammenhängenden Zuständigkeiten der heutigen Organe, weshalb zuerst neuzeitliche Reglemente der Städte Solothurn und Aarau herangezogen wurden. Das Feuerwehrreglement muss auch von der Solothurnischen Gebäudeversicherung, welche über ein Musterreglement verfügt, genehmigt werden. Dieses Musterreglement diene als Grundlage bei der Erstellung eines neuen Feuerwehrreglements für die Stadt Olten, was mit ein Grund war, dass eine Totalrevision notwendig wurde.

Die fakultativen Bestimmungen des Musterreglements, welche dem Gebäudeversicherungsgesetz oder der Vollzugsverordnung entnommen wurden und daher auch ohne Aufführung im Reglement rechtsverbindlich sind, wurden nicht explizit ins neue Feuerwehrreglement aufgenommen, um dieses umfangmässig nicht weiter anwachsen zu lassen.

Als Grundlage dienten der Projektgruppe das Musterreglement der Solothurnischen Gebäudeversicherung, das Organisationsreglement der Direktion Öffentliche Sicherheit sowie die Kommandostruktur der Feuerwehr. In der Neufassung wurden somit alle heute gültigen Vorgaben und Organe berücksichtigt. Das neue Feuerwehrreglement entspricht weitgehendst dem Musterreglement der Solothurnischen Gebäudeversicherung. Aus diesen Gründen wurde denn auch eine synoptische Darstellung zwischen der neuen Fassung des Feuerwehrreglements und dem Musterreglement der Solothurnischen Gebäudeversicherung erarbeitet.

3. Abweichungen

Zwischen dem Musterreglement der Solothurnischen Gebäudeversicherung (Musterreglement) und dem Feuerwehrreglement der Stadt Olten (Feuerwehrreglement) bestehen folgende Abweichungen:

- 3.1 Im Feuerwehrreglement wurde die geschlechtsneutrale Formulierung gewählt.
- 3.2 Aufgrund der ausserordentlichen Gemeindeorganisation wurden Anpassungen an die Oltner Verhältnisse vorgenommen; dies bezüglich der Begriffe Kompetenz und Verantwortlichkeit. Anstelle der im Musterreglement genannten Feuerwehrkommission werden im Feuerwehrreglement folgende Begriffe verwendet:
 - Direktion Öffentliche Sicherheit
 - Kommission Öffentliche Sicherheit
 - Kommando-StabDies betrifft die §§ 10, 11, 12 Abs. 3 + 4, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 25, 30, 38, 39, 42, 55, 56, 58, 60, und 63.
- 3.3 § 9 *Befreiung* wurde zusammengefasst und auf die entsprechenden Gesetze und Verordnungen verwiesen.
- 3.4 § 57 *Bussen* wurde vom Musterreglement übernommen, jedoch mit höheren Ansätzen.

4. Vorprüfungen

Das vorliegende neue Feuerwehrreglement wurde am 17. Juli 2007 der Solothurnischen Gebäudeversicherung zur Vorprüfung eingereicht. Die Stellungnahme der SGV vom 23.08.2007 enthielt diverse Hinweise und einige wenige Korrekturvorschläge, welche bei der Totalrevision berücksichtigt und im neuen Feuerwehrreglement aufgenommen wurden.

5. Einsatz bei Herznotfällen

Infolge Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zählt die Hilfeleistung und der Einsatz bei Herznotfällen nun offiziell zu den Aufgaben der Stützpunkt-Feuerwehr Olten. Deshalb wurden § 1 sowie § 5 des Feuerwehrreglements entsprechend ergänzt.

6. Kommission Öffentliche Sicherheit

Wie eingangs erwähnt, war die Kommission Öffentliche Sicherheit mit zwei Mitgliedern in der Projektgruppe vertreten. An der Kommissionssitzung vom 22.10.2007 erfolgte die Behandlung des Entwurfes. Hinsichtlich Schreibweise wurden verschiedentlich kleine Anpassungen vorgeschlagen, welche in der definitive Fassung des neuen Feuerwehrreglements berücksichtigt wurden.

Die Kommission Öffentliche Sicherheit empfiehlt die Annahme des neuen Feuerwehrreglements.

7. Finanzielle Auswirkungen

Das neue Feuerwehrreglement hat einzig in einem Fall finanzielle Auswirkungen. Da der Einsatz bei Herznotfällen neu als Hilfeleistung gilt, dürfen für diese Einsätze keine Verrechnungen erfolgen. Bisher wurden gemäss Gebühren- und Entschädigungstarif der Feuerwehr pro Einsatz CHF 350.00 in Rechnung gestellt. (Einnahmen im Jahr 2007 ca. 8'000.00)

8. Weiteres Vorgehen

Nach der Genehmigung des Feuerwehrreglements der Stadt Olten durch das Gemeindeparlament ist dieses dem Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn zur Genehmigung einzureichen. Die Inkraftsetzung soll per 01. Mai 2008 erfolgen. Das Feuerwehrreglement der Stadt Olten ersetzt die bisherige Feuerwehrordnung der Stadt Olten.

Beschlussesantrag:

I.

1. Die Totalrevision des Feuerwehrreglements der Stadt Olten wird genehmigt.
2. Die Inkraftsetzung erfolgt per 01. Mai 2008 unter Voraussetzung der Genehmigung durch das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentbüros zugestellt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich möchte an dieser Stelle die interessierten Zuschauer und Pressevertreter herzlich begrüßen. Ebenfalls herzlich willkommen der stellvertretende Feuerwehrkommandant Rolf Friedli mit Vertretern der Feuerwehr.

Arthur Spring: Das Reglement ist uns im Büro von Doris Rauber und Franco Giori vorgestellt worden. Die aus dem Jahr 1987 stammende Feuerwehrverordnung hat mit der neuen Gemeindeordnung und Neuorganisation der Stützpunktfeuerwehr angepasst und überarbeitet werden müssen. Als Grundlage dazu dient das Musterreglement der Solothurnischen Gebäudeversicherung. Wesentliche Änderungen sind, dass neu Herznotfälle nicht mehr bezahlt werden müssen, sondern als Hilfeleistungen gelten. Zudem ist bei der Projektgruppe das Bussentarifreglement leicht erhöht worden, und neu ist die Jugendfeuerwehr erwähnt. Da es sich aus unserer Sicht um ein gutes und den heutigen Gegebenheiten angepasstes Reglement handelt, beantragt das Büro Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Stadträtin Doris Rauber: Ich danke dem Büro für die gute Aufnahme des total

überarbeiteten Feuerwehrreglements. Grundlage, als wir angefangen haben, ist das Musterreglement der Solothurnischen Gebäudeversicherung gewesen. Das Meiste sind Anpassungen an die Oltner Verhältnisse. Zum Beispiel hat eine Feuerwehrkommission in anderen Gemeinden Exekutivfunktion. Bei uns haben ja die Kommission für Öffentliche Sicherheit und auch andere Kommissionen beratende Funktion für das zuständige Stadtratsmitglied. Das Musterreglement hat auch Paragraphen mit Sternchen. Das haben Sie ja auch gesehen. Diese sind rechtsverbindlich. Das heisst, sie gelten, weil sie vom Gesetz oder der Vollzugsverordnung übernommen worden sind. Einige wenige dieser Sternchen-Paragraphen haben wir im Feuerwehrreglement übernommen, weil wir den Eindruck gehabt haben, dass dies für die Angehörigen der Feuerwehr die wichtigsten sind. Diese Frage ist auch in der Projektgruppe und der Kommission für Öffentliche Sicherheit diskutiert worden, und man hat sich dann auf dieses Reglement geeinigt. Neu ist die Jugendfeuerwehr erwähnt. Seit Frühjahr 2007 hat ja die Stützpunktfeuerwehr Olten eine Jugendfeuerwehr, auf die wir auch sehr stolz sind. Herznotfälle gehören nun auch definitiv zu den Aufgaben der Oltner Feuerwehr. Das hat Arthur Spring in seinem Votum schon erwähnt. Wir dürfen diese Einsätze den Patienten und Patientinnen nicht mehr in Rechnung stellen, weil dies jetzt im Feuerweggesetz als Hilfeleistung vorgesehen ist. Ich hoffe auf eine positive Aufnahme durch die einzelnen Fraktionen. Sollte es fachliche Fragen geben, steht Franco Giori zur Verfügung, und der Projektleiter der Gruppe, Konrad Schenker, ist ebenfalls anwesend.

Rudolf Moor: Für uns ist offensichtlich, dass die Totalrevision so hat gemacht werden müssen. Das Vorgehen für die Revision ist für uns absolut nachvollziehbar und einleuchtend. Wir finden es positiv, dass man nicht alles neu erfunden hat. Die SP ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung. Wir möchten es bei dieser Gelegenheit auch nicht unterlassen, der Feuerwehr für ihre Einsätze Tag und Nacht, teilweise unter schwierigen Bedingungen und selbstverständlich selten geplant, herzlich zu danken. Ich hoffe, dass sie dies mit einem neuen Reglement mit noch mehr Freude machen.

André Koestli: Dass bei der bestehenden Feuerwehrverordnung vom 26. März 1987 und der Teilrevision vom 22. Juni 1994 aufgrund des Alters und der geänderten Gemeindeorganisation sowie der Neustrukturierung der Stützpunktfeuerwehr eine Totalrevision ansteht und weil ein Handlungsbedarf besteht, unterstützt auch die ganze SVP-Fraktion den Antrag des Stadtrates. Nicht ganz verstehen können wir aber, weshalb zuerst eine Projektgruppe eingesetzt worden ist, um einen eigenen Entwurf zu erstellen, obwohl dies gar nicht den Reglementen entspricht. Dass die Kommission Öffentliche Sicherheit und der Rechtskonsulent sowie weitere Reglemente der Städte Aarau und Solothurn hinzu gezogen worden sind, bevor überhaupt die Solothurnische Gebäudeversicherung als das Organ der Feuerwehr gefragt worden ist, verstehen wir auch nicht. Man hätte hier von Anfang an wieder viel Zeit und Personalressourcen einsparen können. Das neue Feuerwehrreglement entspricht zwar weitgehendst dem Reglement der Solothurnischen Gebäudeversicherung. Trotzdem haben wir - wie bereits eingegeben - Änderungsanträge dazu. Wir von der SVP-Fraktion machen beliebt, die Totalrevision des Feuerwehrreglements nach den Änderungsanträgen zu genehmigen.

René Wernli: Die FdP-Fraktion wird dem Beschlussesantrag des Stadtrates zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass wir mit dem neuen Feuerwehrreglement eine aktuelle Anpassung an die Bestimmungen und Vorschriften der Gebäudeversicherung erhalten. Wir haben die aktuellen und vor allem zukünftigen oder zukünftig möglichen Strukturen der Feuerwehr berücksichtigt. Die Verantwortlichkeiten in Bezug auf das Feuerwehrwesen sind klar und sinnvoll geregelt, und der Bussgeldkatalog ist moderat angepasst worden. Freude haben wir auch, dass die Jugendfeuerwehr ins Reglement aufgenommen und somit ein Nachwuchsorgan der Feuerwehr berücksichtigt worden ist. Die finanziellen Mindereinnahmen von ca. Fr. 8'000.— wegen der nicht mehr verrechenbaren Einsätze der Herznotfälle nehmen wir in Kauf, weil wir der Auffassung sind, dass dies eine notwendige und Superdienstleistung an der Bevölkerung der Stadt Olten ist. Dann noch eine persönliche Bemerkung zum Vorredner: Als Mitglieder der Feuerwehrreglementscommission haben wir uns natürlich umfassend informieren wollen. Da gehört halt auch dazu, dass man gewisse Reglementarwerke anderer Städte mitberücksichtigt. Man könnte auch dort zum Teil

Positives entnehmen.

Felix Wettstein: Auch die Fraktion der GO/JA stimmt der Totalrevision des Feuerwehrreglementes zu, und wir möchten der federführenden Direktion besonders dafür ein Lob aussprechen, dass das Reglement in einer Sprache abgefasst ist, das durchgängig beiden Geschlechtern gerecht wird. Wenn der Kanton sein Musterfeuerwehrreglement das nächste Mal überarbeitet, darf er diesbezüglich bei der Stadt Olten abschreiben.

Georg Dinkel: Die Fraktion CVP/EVP möchte sich zuerst bei den Herren Sven Wagner, Pius Hufschmid und Konrad Schenker von der Feuerwehr und den Herren René Wernli und Max Portmann von der Kommission Öffentliche Sicherheit für die Arbeit betreffend Feuerwehrreglement bedanken. An dieser Stelle möchte sich die Fraktion auch bei der ganzen Mannschaft der Feuerwehr Olten für ihren Einsatz während des ganzen Jahres bedanken. Die Fraktion hat sich mit dem vorliegenden Feuerwehrreglement befasst. Diverse Fragen wie Elternbeitrag an die Jugendfeuerwehr und Sonntagspikett sind aufgetaucht. Diese Fragen hat uns Doris Rauber zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Aus diesem Grunde wird unsere Fraktion dem revidierten Feuerwehrreglement zustimmen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

André Koestli: Recht herzlichen Dank, Doris Rauber für die Beantwortung des E-Mails. Ich bin leider nicht bei allen Punkten ganz nachgekommen. Deshalb muss ich kurz nachfragen. Man sieht im alten Reglement Artikel 10, Seite 5, ist das Ganze mit der Ressortverantwortlichen aufgeführt. Übrige Offiziere, Fourier und Feldweibel. Weshalb übernimmt man dies hier in der Organisation nicht?

Stadträtin Doris Rauber: Ich danke André, dass er die gestellten Fragen schriftlich eingereicht hat. So habe ich Gelegenheit gehabt, ihm dies auch schriftlich beantworten zu können. Grundsätzlich ist ja die alte Feuerwehrordnung nicht mehr gültig. Wir haben uns auf das Musterreglement der SGV ausgerichtet. Also müssten wir auch damit vergleichen. Dein Anliegen mit den verschiedenen Zugführern, Ressortverantwortlichen usw., dass man sie wieder aufnehmen möchte, davon ist man abgekommen, weil in § 17 ja die einzelnen Organe erwähnt sind. Dort sind der Kommandostab, der Feuerwehrkommandant und die -kommandantin, die Stellvertretungen und auch die Zugführer und Zugführerinnen erwähnt. In der Kommission ist man der Meinung gewesen, dass dies so richtig ist. Wenn es ein Antrag sein sollte, bitte ich das Parlament, diesen abzulehnen. Die übrige Kommandoordnung wird dann in § 19 erwähnt. Dies beschliesst ja dann der Stadtrat.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: André, hältst Du an Deinem Antrag fest, dass die einzelnen Chargen aufgeführt sind?

André Koestli: Zugführer I, II, III und IV ist richtig. Das ist in § 17 erwähnt. Aber mir scheint doch, dass man die Ressortverantwortlichen, übrigen Offiziere, Fourier und Feldweibel übernimmt, weil auf der linken Seite § 18 Vorschlag SGV eben auch etwas besser aufgeteilt.

Nico Zila: Ich würde gerne aus der Situation heraus eine Verständnisfrage stellen. Wäre der Kommandostab, der neu vorgesehen ist, gemäss dem neuen Reglement ein neues Gremium oder gibt es ihn schon in dieser Form und mit diesen Mitgliedern?

Stadträtin Doris Rauber: Diesen Kommandostab gibt es bereits. Es ist nicht ein neues Gremium. Das, was hier im Feuerwehrreglement festgeschrieben ist, ändert an den jetzigen Strukturen, an den jetzigen Aufgaben der Feuerwehr überhaupt nichts. Da ist schon so institutionalisiert und läuft schon so.

René Wernli: In dieser Kommission haben wir beraten, wie weit hinunter wir gehen möchten mit dem Festschreiben von hierarchischen Stufen und Kommandostrukturen der Feuerwehr. Wir sind eigentlich der Auffassung gewesen, wenn wir den Kommandostab, der ja heute

gelebt wird und sich sehr bewährt hat, als oberstes Organ festschreiben, können wir auf den Rest verzichten, weil wir dadurch eine gewisse Flexibilität erhalten. Die Feuerwehr kann ihre Strukturen ändern, ohne dass man nachher im Reglement herum wühlen muss, und wir sind dadurch flexibel. Sonst müssen wir nämlich weiter hinunter gehen, die Gruppenführer und den Rohrführer am Schluss auch noch bestimmen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: André Koestli, hältst Du an Deinem Antrag fest, die Ressortverantwortlichen, übrige Offiziere, Fourier und Feldweibel zu erwähnen?

André Koestli: Ich würde dies gerne so machen.

Beschluss

Mit 42 : 3 Stimmen wird der Antrag von André Koestli abgelehnt.

André Koestli: Ich habe eine generelle Frage zu den Musterpflichtenheften. Wo sind sie hinterlegt bzw. Einsicht in diese Hefte? Sie sind zwar in den SGV-Kommandoakten erwähnt.

Stadträtin Doris Rauber: Die Musterpflichtenhefte sind in den Kommandoakten der SGV enthalten. Wenn Du gerne möchtest, kannst Du ja einmal in die Direktion kommen und die Ordner anschauen. Wir haben diese Kommandoakten.

Seite 9

André Koestli: Ich möchte gerne einen Zusatz des alten Reglements Artikel 11 Hilfsgerät auf Seite 5. Der ganze Artikel und zusätzlich, dass der Sanitätsdienst des Rettungsdienstes Kantonsspital Olten übernommen wird. Aus diesen Gründen, dass wir keine Sanitätsabteilung haben. Wir haben keine Gas-, Wasser- und Elektroabteilung.

Stadträtin Doris Rauber: Das Mitglied der Projektgruppe hat den Kopf geschüttelt. Ich muss sagen, André, ich habe bei Deiner Frage – das habe ich Dir ja auch geschrieben – nicht ganz verstanden, was Du dort meinst. Ich denke, das ist etwas, das ja das Kantonsspital leistet, und das gehört von mir aus gesehen nicht in dieses Feuerwehrreglement. Ich bitte Dich, nicht mehr mit der alten Feuerwehrordnung zu vergleichen, sondern eben mit dem neuesten Reglement. Ich würde dem Parlament empfehlen, dies so abzulehnen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: André, hältst Du an diesem Antrag fest?

André Koestli: Mir geht es bei der Stützpunktfeuerwehr grundsätzlich einfach darum, dass man nicht plötzlich kommen und sagen kann: Jetzt brauchen wir dies. Wir brauchen eine Elektroabteilung. Wir brauchen einen Sanitätsdienst usw. Das ist die Frage.

René Wernli: Ich glaube, die Direktorin für Öffentliche Sicherheit hat dies klar gesagt. Wir können doch nicht festschreiben, dass der Sanitätsdienst vom KSO übernommen wird. Was machen wir dann, wenn ein Samariterverein kommt? Dass die Feuerwehr den Sanitätsdienst nicht macht, das hat sie bis anhin nie gemacht und wird dies auch in Zukunft nicht machen. Das müssen wir nicht explizit festschreiben.

André Koestli: Ich nehme dies so zur Kenntnis und halte nicht am Antrag fest.

Seite 10

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Bei den §§ 35 und 36 schlägst Du einen Zusatz vor. Kannst Du dies bitte begründen?

André Koestli: Zusatz Alarmwesen: Hier geht es diesmal um einen Vorschlag der SGV § 35: Meldung an Feuermeldestelle und dass man beim Alarmwesen das Sonntagspikett, das ja wirklich etwas Spezielles ist für eine Stützpunktfeuerwehr, aufnehmen würde.

Stadträtin Doris Rauber: Die Alarmorganisation wird ja mit dem Feuerwehrinspektorat aufgebaut. Das haben wir in unserem Reglement so enthalten. Das heisst auch Flexibilität. Wenn sich irgend etwas ändert, haben wir die Möglichkeit, dies zusammen mit dem Feuerwehrinspektor auch anzupassen. Der Punkt mit dem Sonntagspikett ist eine Form der Organisation wie wir auch – Du bist ja Feuerwehrmann – eine Gruppe rot, eine Gruppe blau und eine Gruppe Herznot haben. Dann müssten wir ja alle diese Gruppen auch erwähnen. Mir scheint es, und das hat auch der Sprecher der FdP bereits gesagt: Wir wollen ja flexibel sein beim Feuerwehrreglement und wenn sich irgend aufdrängt, dass man dies dann auch ändern kann. Damit, dass man dies gemeinsam mit dem Feuerwehrinspektorat aufbauen kann, scheint uns, dass diese Flexibilität dann eben auch gewährleistet ist. Deshalb bitte ich das Parlament, wenn Du daran festhalten möchtest, dies abzulehnen.

André Koestli: Wir haben jetzt hier wahrscheinlich etwas aneinander vorbei gesprochen, weil wir vorher gesagt haben: Die Gruppe rot. Wir haben Einsatzgruppe rot und blau, Arbeitsgruppe rot und blau usw., wir haben noch ganz andere Gruppen. Aber es geht mir ja nicht um diese Gruppen, sondern, dass man festhalten kann: Wir haben ein Sonntagspikett. Mir geht es nur darum. Mir geht es nicht um die anderen Gruppen. Das ist richtig, wie Du gesagt hast. Das kann von der Struktur jederzeit wieder ändern. Aber ein Sonntagspikett einfach so zu ändern erscheint mir doch etwas fraglich, und das ist ja wichtig für die Stützpunktfeuerwehr Olten, dass wir ein Sonntagspikett haben.

Stadträtin Doris Rauber: Da gebe ich Dir recht, André. Das Sonntagspikett ist ganz sicher eine ganz wichtige Gruppe, auch eine Stärke unserer Feuerwehr, weil sie dann eben auch sehr rasch in den Einsatz kommen kann. Wenn man ja sieht, wie wichtig dies ist, wird es ja wohl auch kaum irgend jemanden in den Sinn kommen, dies abschaffen oder ändern zu wollen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Hältst Du am Antrag fest?

Franco Giori: Ich möchte unter diesem Punkt darauf hinweisen, dass es um das Alarmwesen geht. Hier wird das Alarmwesen geregelt. Das Sonntagspikett ist einzig eine Einsatzformation, wie man sicher stellt, dass jederzeit jemand bei der Feuerwehr ein- und ausrücken kann. Ich denke, das gehört nicht hierher, wenn man ein Sonntagspikett aufnehmen möchte. Ich schlage vor, dass man dies unter den beiden Paragraphen sicher nicht aufnimmt. Übrigens ist es vorgeschrieben und nicht eine Besonderheit einer Stützpunktfeuerwehr, dass man ein Sonntagspikett hat. Es ist in den Kommandoakten der Gebäudeversicherung sogar vorgeschrieben, dass man als Stützpunkt eines hat.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: André, kannst Du dies so akzeptieren?

André Koestli: Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 12

André Koestli: § 39: „Der Sold für die Dienstleistungen der Feuerwehr wird durch den Stadtrat festgesetzt“. Mir fehlen aber Dienstleistungen für Dritte.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir sind auf Seite 12 § 48. Du hast dort eine Frage. § 48 Seite 12 Vorschlag SGV wieso nicht? Alter Artikel 28 Seite 10.

André Koestli: Das ist richtig. Doris hat mir auch diese Frage beantwortet. Die wichtigsten Punkte mit den Sternchen habt Ihr übernommen. Aber wenn sie – wie geschrieben – übernommen sind, weshalb stehen sie dann nicht auf der rechten Seite?

Stadträtin Doris Rauber: Ich habe es vorher gesagt. Wir haben zum Teil Sternchen-Paragraphen aufgenommen, und dann stehen sie im Reglement auch auf der rechten Seite. Bei gewissen haben wir gefunden, sie müssten nicht auch noch einmal aufgeführt werden. Sie sind ohnehin rechtsverbindlich. Diese haben wir dann nicht aufgenommen. Aber das heisst, sie sind vom Gesetz und der Vollzugsverordnung gegeben und gelten genau gleich.

André Koestli: Hier geht es eigentlich auch wieder um die Frage. Aber das wird sich wahrscheinlich auch erübrigen. Wir haben auch keine Verkehrstruppe. Das hat ja bis jetzt die Stadtpolizei für uns übernommen. Wegen der Übernahme dieses Artikels.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich gehe davon aus, das gilt auch für den Sternchen-Paragrafen 55 und 56. Du hast dort beide gestellt.

André, Du hast noch zwei Fragen, eine generelle Frage betr. Sold und Dienstleistung für Dritte und eine betreffend Zuständigkeiten.

Seite 13, § 55

André Koestli: Vorschlag SGV: Befreiung vom Dienstesatz. Das heisst, wenn es zum Beispiel bei einem Feuerwehrmann selber zu Hause brennt. Er hat ein Ereignis. Wenn er jetzt gemäss dem neuen Reglement nicht kommen würde, müsste er laut Gesetz bestraft werden.

Stadträtin Doris Rauber: Das kann ich jetzt nicht so im Detail beantworten. Es scheint mir jetzt, das ist eine etwas sehr juristische Frage. Vielleicht kann hier der Rechtskonsulent helfen.

René Wernli: Natürlich geht man einmal davon aus, dass man, wenn es bei einem zu Hause selber brennt, nicht einrückt. Ich glaube, das ist eine Sache des gesunden Menschenverstandes. Wenn wir anfangen, alles zu reglementieren, dann erhalten wir irgendwie einen 150-seitigen Band. Wenn jemand Durchfall oder das Bein gebrochen hat, kann er auch nicht einrücken.

Jonas Hertner: Zur Klärung: Es wäre dann wahrscheinlich ein Notstand, und man könnte von einer Busse absehen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: André, sind Deine Fragen beantwortet? Sonst würde ich Dir vorschlagen, dass Du, falls noch weitere Fragen auftauchen sollten, jederzeit beim Rechtskonsulenten oder bei Doris Rauber nachfragen kannst. Ist dies gut so? Wir haben dies jetzt sehr gut durchgearbeitet und kommen zum Beschlussesantrag.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Die Totalrevision des Feuerwehrreglements der Stadt Olten wird genehmigt.
2. Die Inkraftsetzung erfolgt per 01. Mai 2008 unter Voraussetzung der Genehmigung durch das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:

Direktion Öffentliche Sicherheit
Verwaltungsleitung/Herrn Franco Giori (4)
Feuerwehr (3)
Direktion Finanzen und Informatik/Herrn Peter Kohler
Finanzkontrolle
Rechtskonsulent
Reglementssammlung
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 66

Besoldungsrevision in der Stadtverwaltung Olten/Einsetzung einer Arbeitsgruppe

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Nachdem das Gemeindeparlament der Vorlage zur Besoldungsrevision an seiner Sitzung vom 27. September 2007 mit einer Zweidrittelmehrheit, genau mit 27:15 Stimmen, zugestimmt hatte, haben die Oltnere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 25. November 2007 mit einem knappen Unterschied von 111 Stimmen die Vorlage abgelehnt. Wie vom Stadtrat im Nachgang der knapp verlorenen Volksabstimmung angekündigt, wurden Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Gemeindeparlament, der Personalverbände und der Betriebskommission (BeKo) zusammen mit den Verfassern von drei in der Zwischenzeit eingereichten Motionen zum Thema zu einer Aussprache eingeladen, die am 24. Januar 2008 stattfand. Dabei waren sich die Anwesenden einig, dass es aus verschiedenen Gründen eine Besoldungsrevision braucht und auf der Basis des Erarbeiteten (BesArbOl) aufgebaut werden kann. Der Stadtrat wurde aufgefordert, in der Märzsession des Parlaments die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu beantragen, zusammengesetzt aus je einer Vertretung der fünf Fraktionen, Motionär Rolf Sommer (ohne Fraktion), drei Vertretungen der Personalverbände, einer Vertretung der BeKo und einer Vertretung des Stadtrates. Ferner wurde gewünscht, dass (ohne Stimmrecht) die Fachleute der Verwaltung (Stab und Finanzverwalter) zugezogen werden können. Gewählt vom Parlament, soll diese Arbeitsgruppe die Eckpunkte einer neuen Vorlage erarbeiten und dabei auch das Vorgehen und den Zeitplan bestimmen. Ihr ist es auch überlassen, allenfalls externe Fachleute beizuziehen.

Einerseits wurde – auch im Interesse des Personals – nach einem raschen Fortfahren gerufen; andererseits bestanden aber auch Bedenken bei einem zeitlichen Zusammenfallen mit dem Wahlkampf für die Stadtrats- und Parlamentswahlen 2009. Inhaltlich war man sich weitgehend einig punkto Leistungslohn; nicht hingegen punkto Lohnsummenentwicklung, bzw. Kostenneutralität und „Mehrwert“.

Erwägungen

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 28. Januar 2008 von den Ergebnissen der Aussprache Kenntnis genommen. Er beantragt dem Gemeindeparlament die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Besoldungsrevision, da es beim Setzen der Eckpunkte für eine neue, mehrheitsfähige Vorlage um politische Fragen geht, welche weder die ursprüngliche, aus Arbeitnehmer- und Arbeitsgebervertretungen zusammengesetzte Projektgruppe BesArbOl noch die bisherigen internen Bearbeiter der Besoldungsrevision beantworten können. Die Arbeitsgruppe soll zu Händen des Stadtrates einen Antrag formulieren. Der Stadtrat hat zudem entschieden, dass er selber nur mit beratender Stimme in der Arbeitsgruppe Einsitz nehmen wird. Zudem hat sich der Stadtrat gegen die Einsetzung von Stellvertretern der gewählten Mitglieder ausgesprochen, da es in der komplexen Materie der

Besoldungsrevision eine Kontinuität braucht. Die bisherigen internen Bearbeiter der Besoldungsrevision stehen für den Wissenstransfer im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verfügung. Das Stadtpräsidium als bisher federführende Direktion wird zu einer konstituierenden Sitzung einladen.

Finanzielle Auswirkungen

Je nach Organisation (Dauer, Zeitpunkt und Frequenz der Sitzungen), welche die Arbeitsgruppe an ihrer konstituierenden Sitzung festlegen wird, fallen unterschiedliche Kosten an. Die Entschädigungen werden wie folgt geregelt:

a. Sitzungen tagsüber:

Externe Mitglieder	gemäss Regelung für Projektgruppe BesArbOI; Ansätze gemäss SR-Sitzung vom 30.01.2006 (basierend auf SR-Entscheid vom 26.09.2005 betr. Entschädigung externer Mitarbeiter im Projekt Ausrichtung Öffentliche Sicherheit) Bis 4 Stunden Fr. 200.- Ab 4 bis 6 Stunden Fr. 300.- Ab 6 bis 8 Stunden Fr. 400.-
Verwaltungsinterne Mitglieder	Freistellung, keine Entschädigung

b. Sitzungen abends:

Externe Mitglieder	Sitzungsgelder gemäss Art. 7 bzw. Art. 2 Reglement über die Ausrichtung von Entschädigungen für Behördenstätigkeit (Fr. 105.- Präsidium, Fr. 55.- Mitglieder)
Verwaltungsinterne Mitglieder	Sitzungsgelder ab 18 Uhr (gemäss Art. 11 Anhang 1 zur Personalverordnung)

Beschlussantrag:

- Für die Weiterbearbeitung der Besoldungsrevision in der Stadtverwaltung Olten wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie erarbeitet die politischen Eckpunkte, auf deren Basis der Stadtrat eine Vorlage zu Händen des Gemeindeparlament formulieren wird.
- Als Mitglieder der Arbeitsgruppe werden gewählt:

Ruedi Moor	(SP-Fraktion)
.....	(FdP-Fraktion)
.....	(CVP/EVP-Fraktion)
.....	(Grüne/JA-Fraktion)
.....	(SVP-Fraktion)
Rolf Sommer	(Motionär)
.....	(PSO)
.....	(VSPB)
Jürg Keller	(vpod)
.....	(BeKo)

- Die Entschädigungen werden wie folgt geregelt:

a. Sitzungen tagsüber:

Externe Mitglieder	Bis 4 Stunden Fr. 200.- Ab 4 bis 6 Stunden Fr. 300.- Ab 6 bis 8 Stunden Fr. 400.-
Verwaltungsinterne Mitglieder	Freistellung, keine Entschädigung

b. Sitzungen abends:	
Externe Mitglieder	Sitzungsgelder gemäss Art. 7 bzw. Art. 2 Reglement über die Ausrichtung von Entschädigungen für Behördentätigkeit SRO 123 (Fr. 105.- Präsidium, Fr. 55.- Mitglieder)
Verwaltungsinterne Mitglieder	Sitzungsgelder ab 18 Uhr

4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentsbüros mit der Ergänzung der Arbeitsgruppe zugestellt.

Werner Good: Das Büro hat eingehend über diese Vorlage diskutiert. Vorschläge, wie sie damals von der FdP formuliert gewesen sind, sind ebenfalls besprochen worden. Das Büro hat sie aber nicht von sich aus dem Parlament beantragen wollen. Das Parlament kann darüber diskutieren und auch entscheiden. Das Büro hat am Schluss einstimmig den ergänzten Antrag des Stadtrates genehmigt, dass der Stadtpräsident in der Arbeitsgruppe mitarbeitet, aber ohne Stimmrecht.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ihr habt zu diesem Geschäft die Anträge der FdP und den ergänzten Beschlussesantrag auf dem Tisch.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Um was geht es eigentlich heute Abend in dieser Geschichte Besoldungsrevision? Untertitel: Wir reden heute nicht über den Inhalt oder die Auswirkungen einer neuen Vorlage BesArbol 3, 4 oder wie sie auch immer heissen soll. Ich komme nicht umhin, zwei oder drei Sachen im Sinne eines Rückblicks zu sagen. Es ist vermutlich nötig, um das heutige Papier noch einmal so zu verstehen, wie es auch der Stadtrat versteht. Im Spätherbst 2006 – man erinnert sich – die Vorlage im Gemeindeparlament, der Wurf des Stadtrates, Eintretensdiskussion, Rückzug des Geschäftes durch den Stadtrat, hat Leadershipfunktion verlangt. Man soll gefälligst das Geschäft so bringen, dass es „verhebt“ und Führung übernehmen. September 2007: Der Stadtrat hat dem Parlament eine neue Vorlage unterbreitet – welcher Name jetzt hier dahinter ist: Mini oder BesArbol 1, 2 – spielt im Moment keine Rolle. Ihr könnt Euch an diese Vorlage erinnern. Das Produkt ist unter Berücksichtigung gewisser Punkte aus einer parteipolitischen Vernehmlassung heraus entstanden. Das Gemeindeparlament hat nach langer Diskussion, wissend, dass das Stimmvolk von Olten als nächste und höchste Instanz für die Beschlussfassung zuständig ist, mit 27 : 15 Stimmen diesem Elaborat zugestimmt. 25.11.2007: Volksabstimmungskampf vorgängig, dann die Volksabstimmung. Sie ist unter anderem auch geführt worden – das ist bitte nicht falsch zu verstehen – von damals im Gemeindeparlament Unterlegenen. Mit relativ knappem, aber negativem Resultat ist die Vorlage vom Stimmvolk nicht angenommen worden. Stadtrat und Gemeindeparlament sind vor dem Volk nicht durch gekommen. Beide sind nicht durch gekommen. Der damalige Stand oder Zustand der BesArbol – jetzt komme ich mit dem Feedback aus den Fraktionen – es gibt gute Elemente. Es gibt Elemente im Bereich Lohnsystem, Finanzen, die neu geregelt, diskutiert und vorgelegt werden müssen. Aber wir müssen und wollen eine Revision der Besoldungen im Sinne der früheren Aussagen in diesem Saal. Untermauert worden ist das Ganze - hier bin ich dankbar - mit drei Motionen mit folgenden Titeln: „Soziale und mehrheitsfähige BesArbol“, „für eine volksnahe Besoldungsrevision“ und „Besoldungsrevision 3“. Einige Punkte in diesen drei Motionen sind deckungsgleich. Aber auch einige wesentliche sind überhaupt nicht übereinstimmend. Stadtrat: Was soll der Stadtrat jetzt tun? Nichts? Das ist auch eine Variante. Das kann es nicht sein. Natürlich nicht nichts, sondern eine neue Vorlage. Das ist eine zweite Variante. Aber jetzt kommt die Frage: Was für eine Vorlage? Weil aus den Vorstössen, den

Diskussionen, den Aussagen in den Medien, im Bereich der Abstimmung kein gemeinsamer Nenner dieses bestimmenden Parlamentes in den neuralgischen Punkten festgestellt werden kann. Das Volk hat zurück gewiesen. Man hat vor dem Volk verloren. Mit welcher Basis kann der Stadtrat jetzt überhaupt ein neues Papier machen, wenn im Gemeindeparlament - das seid Ihr alle - wiederum eine Zustimmung gegeben sein muss, aber die Vorstösse eigentlich auseinander driften. Der Stadtrat hat Folgendes entschieden: Am 24. Januar haben wir nach Rücksprache mit den Fraktionen und Beteiligten die Fraktionen, Motionäre, teilweise natürlich die gleichen Leute, Verbandsvertretungen zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus unserer Mitte, welche die Vorlage auch erarbeitet haben, also aus der Verwaltung heraus, an einen gemeinsamen Tisch einberufen, sprich, man hat sich hier getroffen. Ich habe dort quasi als Moderator, ohne Partei zu ergreifen in der Diskussion – ich möchte dies hier klar festhalten; ich denke, das wird auch bestätigt – vier Fragen gestellt:

- Braucht es ein neues System?

- Welches ist die Basis für die neue Vorlage? Was sind mehrheitsfähige Eckpunkte?

- Was ist der Zeithorizont?

- Wie wollen wir vorgehen? Ist zum Beispiel das Einsetzen einer Arbeitsgruppe ein Thema?

Ich gehe jetzt natürlich nicht in die Details. Es ist eine lange Diskussion gewesen, ich meine eine gute sachliche Diskussion. Vielleicht nur soviel: Nach dieser intensiven Diskussion und mehrmaligem Vergewissern von mir bei allen Anwesenden im Sinne von: Ist dies jetzt die Meinung hier? Kann der Stadtrat so verfahren? Ist man im Parlament der Meinung, möglichst rasch den Bericht und Antrag vorlegen? Alle diese Fragen, untermauert mit diesen vier Kernfragen, sind bejaht worden, und man ist auseinander gegangen. Was wir jetzt hier vorliegend haben, ist eigentlich ein Resultat aus dieser Zusammenkunft, nicht nur, aber vor allem auch der heutige Bericht und Antrag, den wir jetzt hier auf dem Tisch haben. Folgende Ergänzungen muss im Sinne des Vizepräsidenten des Gemeindeparlamentes auch noch machen: Der Stadtrat stimmt natürlich dem Antrag des Büros zu, dass der jetzt Sprechende Einsitz in die Arbeitsgruppe nimmt, wie es gerade gesagt worden ist. Meine Damen und Herren, es geht nun also darum, ein Gremium zu schaffen, das die mehrheitsfähigen Eckpunkte festlegen hilft, unter Berücksichtigung der eingereichten Motionen. Diese Eckpunkte werden und müssen nachher durch Stadtrat und Verwaltung in eine entsprechende BesArbol 3 – das wäre nämlich die dritte Vorlage – eingearbeitet werden und wiederum das Parlament – Ihr alle hier – und anschliessend unser Stimmvolk werden darüber befinden. Die Zusammensetzung dieses Gremiums – so ist die Meinung des Stadtrates – obliegt dem Parlament. Der Stadtrat legt heute einen Vorschlag auf den Tisch, der eben aus der Zusammenkunft vom 24. Januar entstanden ist, und nichts anderes. Ich möchte jetzt einfach an Sie alle, meine Damen und Herren, appellieren, heute Entscheide zu treffen, dass eine BesArbol 3 ausgearbeitet werden kann, dem Stadtrat und der Verwaltung zu helfen. Es sind alle Beteiligten zu berücksichtigen oder es zumindest festzulegen, wie und wann sie berücksichtigt werden sollen, denke ich. Das Schlechteste wäre eine Entscheidung, wo zum Beispiel nicht alle Fraktionen mitmachen, jetzt nicht oder überhaupt nicht mitmachen wollen. Ich muss Ihnen ja nicht sagen, wie schwierig es für den Stadtrat dann würde, in diesem Parlament wieder eine politisch mehrheitsfähige Lösung zu präsentieren. Das wäre so etwas der Überblick über dieses Papier.

Dr. Markus Ammann: Ihr wisst es wahrscheinlich alle. Die SP ist nicht glücklich mit dem Ausgang der letzten Abstimmung. Wir wissen, dass das Personal nicht nur unglücklich, sondern frustriert und verärgert ist. Wir kennen die Geschichte. Seit 20 Jahren haben wir die gleichen Vorgaben. Seit 2000 gibt es ein Postulat, seit ca. Mitte 2004 ist der Stadtrat an der Arbeit, an einer Besoldungsrevision. Wir haben neue Instrumente eingeführt. Wir haben Management by Objectives, wir haben Verwaltungsumbildung gehabt etc. Für uns ist es klar, dass es dringend eine Revision der Einstufung und der Besoldung braucht. Das heutige System ist veraltet. Es ist schlichtweg nicht mehr zeitgemäss. Wir brauchen ein geschlechtsneutrales, möglichst gerechtes, transparentes Einreihungssystem. Wir brauchen ein faires, marktfähiges Besoldungssystem. Die Rahmenbedingungen haben wir eigentlich schon lange gesetzt. Wir haben dies in den Diskussionen hier gesagt. Wir haben eine Motion gemacht. Wir haben auch an der Aussprache Aussagen gemacht. Ich sage es offen: Wir sehen nur noch relativ wenig Verhandlungsspielraum, der von der Motion abweicht. Wir warnen auch davor, jetzt wieder irgendwelche Spiele treiben zu wollen. Es gibt

möglicherweise bereits in diesem Parlament wieder Kräfte, die Lust haben – selbstverständlich auf dem Buckel der anderen – Wahlkampf zu machen. Für uns ist aber klar: Entweder findet man im Rahmen der vorgeschlagenen Gruppe zügig eine gemeinsame Sprache, eine gute Lösung, sprich die Vorlage liegt etwa nach den Sommerferien vor, oder man lässt sich die nötige Zeit, und dann können wir vielleicht in einem Jahr wieder eine neue Vorlage diskutieren. Da sind wir uns sogar im Prinzip mit dem Vorschlag der FdP einig. Welchen Weg aber die Arbeitsgruppe einschlägt, wird sich weisen, und das müssen wir dieser Arbeitsgruppe überlassen. In diesem Sinne finden wir es eigentlich unhaltbar, ja etwas dumm, wenn man die Arbeitsgruppe jetzt unter Zeitdruck setzen will. Wir glauben, so sind noch nie gute und konsensfähige Lösungen entstanden, gerade bei einem politischen Prozess nicht. Es ist typisch und vielleicht auch wieder etwas eine Modeerscheinung oder Zeiterscheinung: Gewisse Arbeitgeber – und als das verstehen wir uns auch als Parlament oder Fraktion – wollen irgend etwas mauscheln und dann den Arbeitnehmern vorsetzen, im Sinne von „friss oder stirb“. Die Arbeitnehmer bzw. die Sozialpartner können dann noch gnädigst den Vorschlag abnicken. Wir haben klar eine andere Vorstellung von Sozialpartnerschaft und moderner Unternehmensführung. Wir glauben sogar, dass so nur Unternehmen, die mit dem Rücken zur Wand stehen bzw. deren Manager agieren. Wir sehen klar: Die Sozialpartner gehören mit an den Tisch mit den Arbeitgebenden. Alles andere wäre für uns ein klarer Affront. In diesem Sinne unterstützen wir den ergänzten Beschluss und Antrag des Stadtrates und lehnen allfällige Änderungsanträge ab.

Roland Rudolf von Rohr: Die CVP/EVP-Fraktion hat sich schon mehrmals dazu geäußert. Ich gehe nicht mehr auf die Materie ein - das macht auch gar keinen Sinn – sondern gehe auf das ein, was Fakt ist. Fakt ist, dass wir eine abgelehnte Vorlage haben, die vom Volk, der höchsten Instanz, abgelehnt worden ist. Fakt ist auch, dass wir gesagt haben, wir möchten auf der guten Arbeit, die gemacht worden ist – und es hat eigentlich wirklich wenig gefehlt, dass es durch gekommen ist – weiter aufbauen. Deshalb müsste es auch so rasch als möglich gehen. Das ist eigentlich in jedem Votum unser Anliegen gewesen. Wir haben uns dann darüber unterhalten, welches dann wirklich der beste und effiziente Weg ist. Da erscheint uns der Vorschlag der Freisinnigen besser als derjenige des Stadtrates. Wenn wir nachher diese Eckpunkte definieren, geht es ja wieder weiter. Man bringt diese Eckpunkte auf der Basis der alten Vorlage noch hinein. Dann ist die Arbeit nicht mehr so gross. Dort hätten dann sehr wohl alle mitzureden. Ich denke, das ist dann etwas ganz Wichtiges. Aber die erste Phase der Bestimmung der Eckpunkte ist unumgebar. Sonst machen wir das Gleiche wie das letzte Mal. Wir reden reden reden... und arbeiten arbeiten arbeiten...., und am Schluss haben wir keine politische Unterstützung. Deshalb erscheint mir der Vorschlag der Freisinnigen - ich habe ja weiss Gott das Heu, gerade auch bei der Abstimmung nicht auf der gleichen Bühne gehabt - eigentlich effizient und rationell: die Eckpunkte festlegen und nachher zurück ins Parlament an die Feinarbeit gehen. Verlangt wird dann natürlich auch eine gewisse Konsensfähigkeit von allen Seiten. Wenn man Markus Ammann schon wieder hört, wird es halt schon kritisch, wenn man nicht bereit ist oder er schon jetzt im Vorfeld sagt: Wir machen dann nicht mit oder nur ein ganz kleines Schrittchen. Dann kommen wir wahrscheinlich nie ans Ziel. Wir alle müssen einander entgegen kommen und noch einmal über diese Punkte gehen. Der wesentlichste Eckpunkt ist ja ganz einfach: Die Finanzen am Schluss. Darüber muss man reden. Das kann man auf den Tisch legen. Was darunter ist, darüber kann man dann sehr wohl miteinander diskutieren. Deshalb werden wir den Vorschlag der Freisinnigen unterstützen, die Eckpunktcommission vorher hinein zu nehmen, mit den Fraktionen, denn wir gehen auch davon aus, dass die Fraktionen nachher auch die Parteien sind. Das muss ja auch dort abgestützt werden. Es muss so funktionieren. Nachher die Feinarbeit, ins Parlament und dann mit einer grossen Unterstützung vor das Volk. Volksabstimmungen Besoldungsrevision sind ganz heikel. Es braucht ganz wenig, damit dies scheitert. Wenn wir hier keinen Konsens finden, werden wir noch lange keine neue Besoldungsrevision haben, was hoffentlich nicht im Interesse von irgend jemandem hier ist.

Marcel Buck: Wie Ihr Euch sicher vorstellen könnt, hat das Thema Besoldungsrevision in unserer Fraktion ausgiebig zu diskutieren gegeben. Wir sind der Überzeugung, dass eine neue Vorlage zur Besoldungsrevision vor dem Parlament und vor allem im Volk nur dann eine wirkliche Chance hat, wenn das Fundament wie bei einem Hausbau auch wirklich robust ist und auch auf solidem Untergrund steht. Fangen wir beim Untergrund an: Das

Abakaba von Herrn Dr. Katz soll noch einmal kritisch überdacht und wo nötig verbessert werden. Man muss schon in dieser Projektphase darauf schauen, dass es möglichst keine Interpretationsmöglichkeiten zu politischen Fragen geben kann. Das Fundament: Wir sind auch der Meinung, dass das Fundament und somit die politischen Eckpfeiler in einem ersten Schritt in einer Spezialgruppe von je einem Vertreter aus den verschiedenen Fraktionen erarbeitet werden soll. Diese Spezialgruppe hat es dann in der Hand, mit urschweizerischen politischen Möglichkeiten zu zeigen, ob das Projekt Besoldungsrevision überhaupt und wenn ja wie umgesetzt werden kann und will. Dass der Stadtrat in dieser Phase beratend, aber ohne Stimmrecht mit einem Vertreter teilnimmt, ist für uns eigentlich klar die Voraussetzung. Erst wenn sich die Fraktionsvertreter in den verschiedenen Grundsätzen einig sind, kann weiter an der Besoldungsrevision gebaut werden. Die Fraktionsgruppe hat somit nach dem Einschlagen der politischen Eckpfeiler ihre Aufgabe erledigt und soll danach aufgelöst werden. Weitere Diskussionen würden ja dann im Parlament stattfinden. Wir unterstützen im Grundsatz den Antrag der FdP und sind ebenfalls der Meinung, dass die Vorgehensweise erstens am Effizientesten ist, zweitens politisch solide abgestützt wird und drittens so die Möglichkeit besteht, dass diese Besoldungsrevision in einer Volksabstimmung durchaus Chancen haben könnte. Wir rufen deshalb jetzt heute hier alle Fraktionen dazu auf, mitzumachen und ihre politische Verantwortung wahr zu nehmen, und halt auch einen ersten Schritt für eine erfolgreiche Besoldungsrevision zu machen.

Theo Schöni: Ich kann es eigentlich kurz machen: Wir in unserer Fraktion sind zur Überzeugung gekommen, dass der stadträtliche Antrag zur Einsetzung dieser Arbeitsgruppe so, wie wir es in der Diskussion im Januar geführt haben, eigentlich Sinn macht. Von uns aus gesehen wäre es ein Affront, wenn man jetzt bereits wieder die massgeblich beteiligten Leute nicht von Anfang an an diesem Tisch hätte, die diese Besoldungsrevision massgeblich bearbeitet haben oder abwegig von verschiedensten Argumente, nicht zuletzt auch der politischen Eckpunkte, auf die jetzt ein solches Gewicht gelegt wird. Aus unserer Sicht sind diese eindeutig. Sie sind bisher auch in der parlamentarischen Diskussion in der Vorberatung halt nicht mehrheitsfähig gewesen, so wie es bis jetzt die FdP oder die Bürgerlichen verstanden haben. Aber wir sind durchaus gewillt und dies nicht nur in einem mehrheitsfähigen Beschluss, diese Eckpunkte festzulegen, sondern wie es Roland Rudolf von Rohr gesagt hat, dass es eben konsensfähige Beschlüsse sind und Eckwerte gesetzt werden, wo die Grünen oder auch die anderen Parteien dahinter stehen können. Nur so wird man zu einem mehrheitsfähigen Beschluss, dem auch die Bevölkerung wird zustimmen können, kommen. In diesem Sinne werden wir den Antrag der FdP ablehnen. Es würde allenfalls Sinn machen, einen zeitlichen Eckpunkt festzulegen. Hier sind wir auch der Auffassung, dass es dies braucht, damit man konstruktiv und gezielt darauf hin arbeiten kann. Aber jetzt nur die Fraktionen als Vertretungen zu haben. Ich masse mir von unserer Seite auch nicht an, dass wir dies absolut so beurteilen können, ohne irgend welche Killerkriterien zu definieren, die von den Sachverständigen, dies bisher mitgearbeitet haben, ausgeräumt werden können. Von da aus gesehen unterstützen wir den Antrag des Stadtrates.

Urs Knapp: Die FdP hat sich seit 1995 zu diesem Thema engagiert. Das ist eine lange Zeit. Das hat uns auch immer wieder grosse und interessante Diskussionen gegeben. Wir haben dies ja auch in den letzten Wochen gemacht. Wir haben nach der Abstimmung vom 25. November die Diskussion weiter geführt, und es hat eine Motion gegeben aufgrund dieser Diskussionen, wo wir unsere Bilanz aus dieser Abstimmung gezogen haben. Wir haben feststellen dürfen, dass viele diese Bilanz auch geteilt haben. Eine SVP hat diese Motion praktisch hundertprozentig unterstützt. Wir haben auch viele positive Reaktionen aus der CVP und aus der Bevölkerung gehabt. Wir haben auch festgestellt, dass die Motion schon etwas ausgelöst hat. Wir haben in der Motion auch den Stadtrat gebeten, er solle doch seine Führungsaufgabe wahrnehmen und eklatante falsche Einstufungen korrigieren. Das ist dann passiert. Am 18. Februar hat der Stadtrat einige Verwaltungsstellen neu eingestuft, mit der Begründung, sie seien falsch eingestuft. Man könne jetzt nicht bis zur nächsten Besoldungsrevision warten.* Man muss noch schauen, wo es andere Möglichkeiten gibt, um dies zu tun. In diesen intensiven Diskussionen haben wir aber auch gesehen, dass zwar alle sagen, sie wollten eine Besoldungsrevision, aber die Meinungen, was die richtige Besoldungsrevision ist und die richtige ist am Schluss diejenige, die beim Volk durch

kommt.* Wir sind der Meinung, es ist nun wirklich die Aufgabe der Politik, hier die Führung zu übernehmen. Dies kann der Stadtrat nicht. Die Politik muss dem Stadtrat zeigen: Ist jetzt ein Wille da, rasch die Besoldungsrevision zu machen, oder ist dieser Wille nicht vorhanden? Das muss, bevor man überhaupt anfängt, an einer Revision zu arbeiten, einmal geklärt werden. Wenn die Besoldungsrevision noch einmal hinunter fällt, haben wir dann ganz sicher sehr lange keine mehr. Das ist auch nicht in unserem Sinne. Wir müssen zuerst einmal klären, ob jetzt der Zeitpunkt da ist, dass man eine neue Revision machen kann. Das muss politisch geklärt werden. Da kann man sagen, die fünf Fraktionspräsidenten können zusammen sitzen und dies klären. Sie vertreten ja alle Strömungen. Oder man kann es in einer solchen Gruppe machen. Aus diesem Grunde hat es nachher auch unsere Abänderungsanträge gegeben, die Sie gesehen und auch vor sich haben. Man muss jetzt auch zeigen: Ist es möglich, rasch etwas zu machen? Es braucht eine zeitliche Vorgabe. Es wird nicht besser. Wir werden nicht zu einer Einigung kommen, ob wir jetzt vier Monate miteinander schauen, ob wir die Eckpunkte finden oder achtzehn Monate. Seien wir ehrlich und sagen: Es ist jetzt nicht möglich. Dann nehmen wir den Ball zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf. Wichtig ist nach unserer Meinung auch, dass es nicht die Aufgabe einer Gruppe ist, eine Besoldungsrevision zu machen, sondern sie muss wirklich die Eckpunkte definieren. Diese Eckpunkte sind die Frage der Automatismen, des Geldes, der Einstufungen und eines strategischen Grundsystems. Wenn man dort eine Einigung findet, kann man nachher den Ball wieder dem Stadtrat geben, der Verwaltung. Da ist sehr viel Arbeit vorhanden. Er wird nachher auch die Personalverbände einbeziehen. Er nimmt dieses Mal dann vielleicht auch die Parteien. Das kann der Stadtrat entscheiden. Dann kann man relativ lange sagen: Das sind die Eckpunkte. Mit diesen müssen wir gehen. Wie handeln wir diese aus? Vielleicht gibt es dann auch Varianten, dass man sagt: Wir haben diese Eckpunkte so gesehen. Man kann sie so oder so interpretieren. Da kann man ja auch eine Variantenabstimmung machen.* Von daher möchten wir wirklich beliebt machen, erstens etwas eine politische Gruppe zu machen, die auch politisch entscheidet. Das können nicht - das ist nicht gegen die Personalverbände gerichtet - die Personalverbände sind keine politische Gruppe. Sie kommen zu einem späteren Zeitpunkt zum Zug. Man muss diesen Arbeitsgruppen eine klare Zeitaufgabe geben. Das ist die Führung des Parlaments. Wenn es nicht bis im Sommer ist, wird die Besoldungsrevision in dieser Legislatur oder wenigstens bis anfangs 2010 nicht mehr in Kraft treten. Dann soll man lieber ehrlich sein und sagen: Geben wir dies vielleicht in die neue Legislatur. An der Sitzung vom 24. Januar hat jemand gesagt: Vielleicht müssen wir darauf warten. Vielleicht müssen einfach andere Köpfe kommen. Vielleicht ist das die Meinung. Gut, das Volk kann man nicht ganz austauschen. Es kann ja vielleicht sein. Dann soll man dies doch jetzt sagen. * Entweder raufen wir uns jetzt zusammen und sagen: Wir versuchen, die Besoldungsrevision in dieser Legislatur noch zu beenden. Dann müssen wir bis Ende Juli die Vorgaben geben, die Verwaltung muss bis zum Herbst einen Vorschlag machen, der Stadtrat muss diesen noch in diesem Jahr ins Parlament bringen, und dann kann man ihn im nächsten Jahr, wenn das Parlament dann hoffentlich einstimmig zustimmt, auch zur Abstimmung bringen. Dann haben wir am 1. Januar 2010 diese Besoldungsrevision. Wenn wir dies nicht wollen oder wir das Gefühl haben, es geht nicht, wäre es ehrlich für Zeit und Geld von allen, die sich hier engagieren, dass wir sagen, wir spüren nicht, dass wir diese Grundlage haben und lassen es halt bleiben.* Es ist auch legitim, wenn wir jetzt sagen, wir lassen diese Arbeitsgruppe arbeiten. Vielleicht finden wir ja eine Gruppendynamik. Vielleicht bewegen die FdP, die CVP und sogar die SP und alle anderen etwas, und dann findet man eine Lösung. Vielleicht finden wir auch keine. Aber auch dann ist es ehrlich, wenn man sagt, wir finden jetzt keine gemeinsamen Eckpunkte. Aber dann hat es auch keinen Sinn, dass man die Verwaltung oder die Personalverbände belästigt. Das ist auch der Grund, weshalb wir nachher diesen Antrag in der Fraktion so gemacht haben. Ich möchte denjenigen, die schon gesagt haben, dass sie es unterstützen, danken. Vielleicht habe ich die einen oder anderen überzeugen können.

Andreas Schibli: Meiner Meinung nach sind die politischen Eckpunkte eines Geschäfts, die hier in diesem Gemeindeparlament und auch von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern diskutiert und abgestimmt worden ist, bekannt. Es liegt jetzt in der Verantwortung des Stadtrates, die Schnittmengen der bekannten politischen Eckpunkte heraus zu filtern und möglichst bald eine neue Vorlage zu einer Besoldungsrevision zu präsentieren. Meiner

Meinung nach ist deshalb eine Arbeitsgruppe nicht nötig und deshalb die Konsequenz daraus: Nicht eintreten auf dieses Geschäft.

Beschluss

Mit 43 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Auf dem Tisch habt Ihr die Anträge der FdP plus das weisse Blatt mit dem ergänzten Beschluss des Antrages des Stadtrates. Dort muss ich noch folgende Änderung bekannt geben: Unter Ziffer 2 muss Theo Schöni durch Felix Wettstein ersetzt werden.

Urs Knapp: Zu Ziffer 1: Ich glaube, es geht darum, dass man jetzt rasch Klarheit schafft, ob wir jetzt eine Besoldungsrevision, wo ein Mehrwert für alle Beteiligten ist, insbesondere auch für die Bevölkerung oder ob wir jetzt keine wollen. Wir wollen jetzt - das muss man von daher bis zum 31. Juli , also im Sommer, wenn man es vorher machen kann, ist es noch besser, ich denke in zwei bis vier Sitzungen sollte das Gremium sehen, ob man eine Basis findet oder nicht. Wenn dieses Gremium keine Basis findet, findet man sie auch nachher für einige Monate nicht. Dann soll man aus unserer Überzeugung sagen, dann verzichten wir jetzt ganz auf diese Vorlage und bringen sie dann wieder, wenn wir vielleicht andere Mehrheitsverhältnisse, andere Gedanken, ein anderes Volk haben. Von daher bitte ich um Unterstützung dieses Antrages, inklusive der zeitlichen Dimensionen.

Ziffer 1

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Der Antrag des Stadtrates und derjenige der FdP werden gegenüber gestellt.

Beschluss

Mit 24 : 22 Stimmen wird dem Antrag der FdP zugestimmt.

Ziffer 2

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Hier haben wir auch einen Antrag der FdP.

Beschluss

Mit Stichentscheid der Präsidentin wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ziffer 3 und Ziffer 4 sind unverändert.

Roland Rudolf von Rohr: Ich habe ein Problem. Wenn man Ziffer 1 akzeptiert, dann ist Ziffer 2 nicht richtig. Sehe ich dies falsch? Wenn man den ersten Teil von den Freisinnigen hat, wo nur die Fraktionen vertreten sein sollen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Bei Ziffer 1 der FdP sind eigentlich nur die kursiven Teile neu: „Die Arbeitsgruppe definiert bis zum 31. Juli 2008“: „Mehrheitsfähige politische Eckpunkte“. Es ist eigentlich vor allem der Zeitpunkt, der dort festgelegt wird.

Lukas Derendinger: Ich frage mich nur, wen wir wählen. Die FdP- und CVP-Fraktion hat demnach niemanden, den sie in diese Gruppe schicken können. Ich habe niemanden auf der Liste.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich gehe davon aus, dass diese zwei Fraktionen jemanden nachnominieren werden.

Christian Wüthrich: Wir sind heute Abend nicht in der Lage, jemanden zu nominieren. Wir haben in der Fraktion niemanden gefunden, der dies so machen will. Ich warte die Schlussabstimmung ab, wie es mit Punkt 2 läuft, wo der Stadtrat die Vorgehensweise mit allen hat. Es wird noch schwieriger sein, bei uns jemanden zu finden. Ich kann jetzt einfach keinen Namen sagen.

Felix Wettstein: Ich möchte feststellen, dass die FdP selber den Änderungsantrag von Artikel 2 formuliert und sich ja zweifellos vorgestellt hat, ihn durch zu bringen und möglichst schnell bis 31. Juli alles beieinander haben will. Also habt Ihr Euch ja vorstellen müssen, wer, falls Euer Antrag zu Artikel 2 durch gekommen wäre, vertreten würde.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Das ist genau das, was ich nicht gewollt habe. Genau das, wo ich versucht habe, in einer kurzen Zusammenfassung eigentlich allen auszureden, dass es darauf heraus kommt. Einfach im Vorbeigehen, Andreas Schibli: Genau so geht es eben nicht. Es ist eben nicht gleich, wie wenn die Regierung im BBZ zu Mario Cematide einfach sagt: Mach eine Lösung für irgend etwas, ohne dass vorher eine Abstimmung stattgefunden hat. Das ist etwas völlig Anderes. Wir haben eine Abstimmung verloren. Völlig andere Voraussetzungen. Politische Eckpunkte werden hier festgesetzt, im Haus, dem Du angehörst. Der Stadtrat kann im Moment nichts mehr dazu beitragen, absolut nichts mehr, weil wir fünf hier vorne handlungsunfähig sind. Das Parlament nimmt jede Vorlage aufgrund der Diskussion mit Mehrheit knapp oder wie auch immer an oder lehnt sie ab, und wir haben die gleiche Ausgangslage vor dem Stimmvolk, das die höchste Instanz ist wie gehabt. Urs Knapp hat es sehr drastisch erklärt. Die Arbeitsgruppe, wie immer sie auch zusammen gesetzt ist – das ist ja meine Aussage gewesen – der Stadtrat überlässt dies dem Parlament. Wir haben einen Vorschlag gemacht, der auch hier am 24. Januar geboren worden ist. Alle, die ich angeschaut habe, die dabei gewesen sind, haben genickt, fast alle. Das ist ja die Grundlage des Berichts und Antrags. Dieser Vorschlag oder was auch immer dabei heraus kommt ist die Basis für eine Besoldungsrevision. Wenn man diese nicht will, muss man dies irgend einmal sagen, auch in dieser Arbeitsgruppe, ganz klar in dieser politischen Arbeitsgruppe, wie es vorher gesagt worden ist. Wenn man sie will, und es hat niemand, kein Sprecher gesagt, man wolle sie nicht. Man will etwas für das Personal machen. Es ist nötig. Alle haben dies ausgedrückt. Dann muss man jetzt gemeinsam, gemeinsam etwas machen. Es ist für den Stadtrat völlig unhaltbar. Aber wir müssen es akzeptieren. Ihr seid die Höchsten hier. Wenn irgend jemand aus dem Parlament in dieser Arbeitsgruppe nicht mitmacht, ist es ein Malaise sondergleichen. Das muss ich ganz klar sagen. Ich bitte Euch, Euch zusammen zu raufen für das gesamte städtische Personal, nicht für den Stadtrat, bei Gott nicht für den Stadtrat, sondern für unser Personal.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte einen Sitzungsunterbruch vorschlagen, da wir in der CVP jetzt wirklich gerade etwas überfordert sind, weil sich die beiden Punkte so widersprechen. Bei der ersten sprechen wir von einer politischen Kommission, welche diese Punkte festhalten sollte. Nachher, wenn man die Zusammensetzung dieser Kommission anschaut, ist es natürlich äusserst schwierig, die wirklich tragfähigen Eckpunkte heraus schälen zu können. Aber mit einem Sitzungsunterbruch könnten wir uns kurz besprechen, würden nachher klar Stellung nehmen und könnten wahrscheinlich auch schon eine eventuelle Nomination vornehmen. Ich beantrage deshalb einen Sitzungsunterbruch.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich möchte einfach kurz darauf hinweisen. In Ziffer 1 steht nichts von politischer Kommission. Es heisst nur: „...eine Arbeitsgruppe“. Das ist ein Ordnungsantrag von Roland Rudolf von Rohr. Ich habe aber auf der Rednerliste noch Markus Ammann, Stephan Hodonou und Christian Wüthrich. Nachher lasse ich abstimmen.

Dr. Markus Ammann: Ich hoffe, Ihr seid nicht erstaunt, dass ich erstaunt bin. Ich bin einfach auch etwas frustriert. Uns wirft man vor, wir seien nicht mehr kompromissbereit, weil ich gesagt habe, wir seien langsam am Limit. Wir haben nämlich schon zum x-ten Mal Kompromisse gemacht. Wir sind schon mehrmals hier gesessen. Wir sind grosszügig und

weit entgegen gekommen. Jetzt haben wir einmal gesagt: Halt, stopp. Wir können dann nicht mehr über alles diskutieren. Das wirft man uns jetzt vor. Ich stelle heute fest, dass hier Fraktionen sitzen, die überrascht tun, weil plötzlich eine Arbeitsgruppe gewählt werden könnte. Das wisst Ihr schon lange, und über den politischen Kompromiss hier stimmen wir jetzt heute ab. Eine Lösung oder ein Weg, den wir jetzt miteinander in politischen Kompromissen gefunden haben oder vielleicht auf dem Weg dazu sind, ist, dass wir eine solche Arbeitsgruppe bilden. Tut doch nicht, als ob Ihr hier plötzlich vor einer ganz neuen Situation seid. Das habt Ihr schon lange auf dem Tisch. Die Wahrscheinlichkeit, dass es dies braucht, habt Ihr auch gekannt. Da staune ich schon ein Stück weit, dass man uns vorwirft, wir seien nicht kompromissfähig. Bei Euch findet man scheinbar nicht einmal eine Person, die in einer Arbeitsgruppe mitmacht.

Stephan Hodonou: Im Sinne der Sache, also für die BesArbol, möchte ich anregen, dass wir über Punkt wirklich noch einmal nachdenken. In Punkt 1 haben wir eine Frist bis zum 31. Juli festgelegt. Wenn wir wirklich wollen, dass etwas passiert, ist es gescheiter – Ernst Zingg hat es gesagt, es geht um die politischen Eckpunkte, die nur hier in diesem Kreis festgelegt werden können – dass wir in dies in dieser kleinen Gruppe, wie es die FdP jetzt vorschlägt, bis zum 31. Juli machen. In der grossen Gruppe schaffen wir es garantiert nicht. Dann gibt es einen Schiffbruch. Darauf läuft es im Moment hinaus. Deshalb: Die grössere Gruppe kann ja nachher noch kommen. Aber die politischen Eckpunkte müssen wir ja eben hier fällen. Nur als Beispiel: Es könnte dazu kommen, wenn man jetzt die grössere Gruppe nimmt, dass finanzielle Eckpunkte festgelegt werden und drei Fraktionen in der Minorität wären. Was nützt es nachher, wenn wir Eckpunkte festgelegt haben und drei Fraktionen dagegen wären? Das frage ich Euch einfach.

Beschluss

Mit 35 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Ordnungsantrag von Roland Rudolf von Rohr auf Sitzungsunterbruch zugestimmt.

- - - - -

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich hoffe, die Pause hat etwas Klärung oder konstruktive Ideen gebracht.

Urs Knapp: Ob die Ideen konstruktiv sind, überlasse ich dem Urteil der Präsidentin. Nach den Ideen kann man dann schauen, was heraus kommt. Wir würden gerne einen Rückkommensantrag zu Ziffer 2 des Beschlusses stellen mit der Idee, dass wir noch einmal über den Vorschlag der FdP abstimmen. Wir sind klar der Meinung, wenn man Punkt 1 anschaut, der Zustimmung gefunden hat, dort die Meinung gewesen ist, dass es um politische Eckpunkte geht. Darum kann man nur in einer politischen Kommission und nicht in einer Kommission mit zehn oder zwölf Mitgliedern sprechen. Das gibt eine Vermischung der Verantwortlichkeiten und auch der Rollen, die nicht schön ist. Wir möchten eine Besoldungsrevision. Wir haben in unserer Motion auch gesagt, was wir möchten. Wir möchten aus diesem Grunde gerne Rückkommen beantragen und Punkt 2 noch einmal zur Abstimmung bringen. Sonst ist die Situation bei uns unverändert. Wir sind heute Abend nicht in der Lage, einen Vertreter zu bringen. Wir haben in der Motion, die wir im Dezember eingereicht haben, unsere Ideen gesagt. Von daher fliesst unser Gedankengut in die Arbeitsgruppe ein.

Anna Engeler: Wenn Urs Knapp diesen Antrag stellt, wäre ich dafür, dass man auf Artikel 1 auch noch einmal zurück käme. Dann würde sich bei uns die Stimmlage dort auch noch einmal ändern.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir haben jetzt zwei Rückkommensanträge.

Roland Rudolf von Rohr: Es wird nicht einfacher. Wir von der CVP haben ebenfalls einen Rückkommensantrag auf Punkt 2. Wir möchten, dass Punkt 2 insofern ergänzt wird, dass jede Fraktion vertreten ist und die Fraktionen allein Stimmrecht haben. Die Verbände wären aber ebenfalls dabei, aber ohne Stimmrecht, wohl aber mit Diskussions- und dem Recht mitzureden. Ich möchte diesen auch noch kurz begründen. Ich glaube, es ist ja ein echtes Bedürfnis der Gegner dieser Fraktionsmeinung gewesen, dass man die Verbände nicht draussen lässt. So hätten wir sie darin. Sie können argumentieren, und die Fraktionen sind nachher gleichwohl frei in der Entscheidung. Ich würde mich freuen, wenn ein solcher Kompromiss gefunden würde und so weiter gegangen werden könnte. Rolf Sommer müsste dann draussen sein, weil es eigentlich keinen Sinn machen würde, weil er ja nicht in seiner Fraktion ist und ihn ohne Stimmrecht mitmachen zu lassen, wäre ja wirklich gar nicht gut.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Der Rückkommensantrag auf Artikel 2 plus Änderung der CVP/EVP-Fraktion wäre, dass die Fraktionen plus Personalverbände in dieser Arbeitsgruppe wären, aber die Personalverbände ohne Stimmrecht, nur mit beratender Stimme.

Roland Rudolf von Rohr: Ja, wie der Stadtrat auch.

Theo Schöni: Ich glaube, jetzt versucht man langsam, es kompliziert zu machen. Von mir aus gesehen haben wir einer Arbeitsgruppe zugestimmt, dass man dies will. Diese Arbeitsgruppe kann sich selber konstituieren und wählt den Präsidenten. Definiert, damit man den Bedürfnissen, die jetzt von der FdP-Seite geäußert worden sind, gerecht wird. Einen politischen Ausschuss, der genau die Punkte, die jetzt verlangt worden sind, zu Händen dieser Arbeitsgruppe definiert. Basta. Dann muss man nicht mit Stimmrecht dieser Beteiligten, dann hat man alle im Boot, kann aber genau die Bedürfnisse, die jetzt die Bürgerlichen und übrigens geht es nicht ohne politischen Konsens, bei dem wir auch mitmachen, dann auch diese Punkte definieren. Aber hier sind wir auch im Rahmen dieses Ausschusses. Ich beantrage, dass wir hier keine Rückkommensanträge beschliessen.

Christian Wüthrich: Wir danken der CVP für diesen Vorschlag. Wir werden ihn so nicht unterstützen.

Jonas Hertner: Ich möchte kurz den Rückkommensantrag von Anna Engeler auf den 1. Artikel bestärken. Ich habe dem FdP-Antrag, Punkt 1, zugestimmt, aber mit der Absicht, bei Punkt 2 dem Stadtratsantrag zuzustimmen, bin also davon ausgegangen, dass die Arbeitsgruppe nicht eng definiert gewesen ist. Weil das Ergebnis mit 24 : 22 Stimmen so knapp gewesen ist, würde ich fairerweise befürworten, dass man auch über den 1. Artikel noch einmal abstimmt. Wenn man die Definition der Arbeitsgruppe ändert, müsste man fairer- und konsequenterweise über Punkt 1 und 2 auch abstimmen.

Mario Clematide: Bei mir gilt der Grundsatz, der heisst, das Vernachlässigen von kleinen Sachen gibt Probleme bei den grossen. Ich denke, das haben wir jetzt hier bei uns. Die Grundidee der FdP ist gewesen, dass man mit einem politischen Vorentscheid in einer kleinen Gruppe in kurzer Zeit darüber befinden kann: Hat eine Besoldungsrevision eine Chance, ja oder nein? Das ist unsere Grundidee. Deshalb die kleine Gruppe. Deshalb die politischen Vertreter. Zweitens: Der kleine Fehler, den wir gemacht haben, ist, dass wir in unserem Antrag im 1 das Wort „eine parlamentarische Arbeitsgruppe“ nicht enthalten haben. Das lässt jetzt Tür und Tor offen und führt dazu, dass wir sehr wahrscheinlich in einer kurzen Zeit nicht zu einem politischen Konsens kommen, denn je grösser der Tisch ist, umso länger geht es, bis wir eine einvernehmliche Meinung finden. Deshalb - jetzt kommt halt in einem gewissen Sinne der Bildungsunternehmer - werde ich zu jedem Vorstoss, der einen grösseren Tisch zur Folge hat, konsequent nein sagen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Stellst Du einen Antrag, dass bei 1 „parlamentarische Arbeitsgruppe“ hinein kommt?

Mario Clematide: Nein.

Rolf Sommer: Was heute Abend geboten wird, ist von mir aus gesehen nicht parlamentswürdig. Wir haben am 24. Januar hier ein Gespräch gehabt. Alle Parteien, Vertreter der Personalverbände etc. sind eingeladen gewesen. Alle Parteien, alle Fraktionen haben dem zugestimmt, wie es jetzt hier ist, dass man eine Arbeitsgruppe einsetzt. Heidi Ehrsam hat noch gesagt, man solle den Motionär, mich, auch noch einsetzen. Ich will dies nicht unbedingt. Aber ich möchte gerne mitmachen. Ich habe ja im November ein Votum gehabt, dass ich gegen die Besoldungsrevision bin. Vorher haben ja alle Parteien der Besoldungsrevision zugestimmt. Es hat kein einziges Votum dagegen gegeben. Nachher hat Christian Wüthrich, Fraktionspräsident, auf mein Votum hin umgeschwenkt und gesagt: Rolf Sommer hat eigentlich recht. Wir haben keine Mehrleistung. Das sind seine Anfangsvoten gewesen.* Meine Damen und Herren, machen wir uns hier nicht lächerlich. Man kann immer noch eine Arbeitsgruppe machen. Interne Fraktionen können immer noch eine Arbeitsgruppe machen. Dann können sie diese machen und ihre Forderungen stellen. Aber stellen Sie dies bitte einmal klar, wie Ihr es wollt.

Jonas Hertner: Als Replik auf das Votum von Mario Cematide: Die Fraktion Grüne/Junge Alternative unterstützt den Vorschlag der CVP/EVP, die Vertreter der Personalverbände ohne Stimmrecht am Tisch zu haben. Es sitzen schon mehr Leute am Tisch. Aber das heisst ja auch, dass die ganze Sache breiter abgestützt und die Nachvollziehbarkeit grösser ist. Diejenigen, die abstimmen, sind ja dann auch nur die, welche Ihr gerne hättet. Deshalb finde ich es schon sehr vernünftig.

Urs Knapp: Ich nehme an, Rolf Sommer hat Walter Matthias Diggelmann gelesen: Das Verhör des Harry Will. Dort sagt Harry Will ganz klar: Es gibt eigentlich keine Wahrheit, sondern die Wahrheit ist derjenige, der die beste Geschichte erzählen kann. Rolf, diese Geschichte ist schlecht gewesen. Wir haben von Anfang an eine klare Meinung gehabt. Wenn ich mich richtig erinnere, bin ich damals Fraktionssprecher gewesen. Ich meine aber, Christian ist nicht auf mich gestürzt, hat umgekippt werden müssen und Halt gebraucht. Ich glaube, was Du jetzt gesagt hast, stimmt einfach nicht.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Das könnt Ihr sonst im Protokoll nachlesen.

Marcel Buck: Mir scheint der Vorschlag der CVP insofern nicht wahnsinnig gut, weil die Zeit, die hier wieder aufgewendet werden muss, wenn noch so viele Vertreter der verschiedenen Verbände dabei sind. Es geht einfach zu lange. Es geht schlichtweg zu lange, bis jeder seine Meinung gesagt hat, obwohl er eigentlich nicht abstimmen darf. Vielleicht auch um noch etwas Verwirrung zu stiften: Wenn Antrag 2 durchkommen sollte, müssten wir uns überlegen, ob auch unseren Vertreter aus der Arbeitsgruppe heraus zu nehmen. Hier sind wir ehrlich und sagen es jetzt offen hier.

Stephan Hodonou: Jetzt wird es sehr speziell. Wir haben vorher von ehrlich und offen gesprochen. In der ersten Runde vor dem Sitzungsunterbruch ist quasi immer gewesen: Die Sache muss politisch bestimmt werden. Mit dem Vorschlag aus unserer Fraktion ist dies so, und es ist eigentlich darum gegangen. Es ist ein Kompromiss. Das ist jetzt ein Kompromissvorschlag, dass man sagt, die Entscheidung bleibt politisch mit Anhörung der Personalverbände. Ich weiss nicht, wovor Ihr jetzt Angst habt. Wir haben einen Termin: 31. Juli. Der ist gegeben. Die Personalverbände haben das grösste Interesse, dass dies vorwärts geht, und der Entscheid liegt bei dieser kleinen Gruppe. Jetzt wirklich im Sinne der Sache: Ich bitte Euch. Wenn Ihr jetzt quasi sagt, weil es eine zu grosse Gruppe ist, führt Ihr Eure erste Argumentation vor der Pause ad absurdum. Das finde ich nicht unbedingt ehrlich und offen.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte mich Stephan Hodonou eigentlich anschliessen und fragen: Wovor habt Ihr eigentlich Angst? Die Personalverbände wissen natürlich genau, dass es letztendlich ein politischer Entscheid ist, dass sie letztendlich mit dem ganzen wieder vor das Volk müssen. Ich verstehe nicht. Das ist alter Klassenkampf, den Ihr hier führt. Ich bin erstaunt. Das haben wir schon lange abgelegt. Wir versuchen, Kompromisse zu machen. Wir haben bei jeder Vorlage wieder Kompromisse gemacht. Ihr malt das Schreckgespenst der

Sozialpartner an die Wand. Ich staune nur. Ich denke, dem ist nichts mehr beizufügen. Ich würde abstimmen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Das würde ich auch, wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird. Wir haben zwei Rückkommensanträge: Von den Grünen/Jungalternativen Rückkommen auf Ziffer 1, dass man dort noch einmal abstimmen würde.

Beschluss

Mit 27 : 3 Stimmen bei 16 Enthaltungen wird der Rückkommensantrag der Fraktion Grüne/Junge Alternative auf Ziffer 1 abgelehnt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir kommen zum Rückkommensantrag der CVP/EVP-Fraktion auf Ziffer 2.

Beschluss

Mit 28 : 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird dem Rückkommensantrag der CVP/EVP-Fraktion auf Ziffer 2 zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich stelle zuerst den Antrag der FdP zu Ziffer 2 dem abgeänderten der CVP gegenüber. Den FdP-Antrag habt Ihr auf dem Blatt: „Jede im Gemeindeparlament vertretene Fraktion kann ein Mitglied in diese Arbeitsgruppe delegieren“. Dabei sind noch Personalverbandvertretungen ohne Stimmrecht. Fraktionen plus Personalverbände ohne Rolf Sommer.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion CVP/EVP, dass bei der Arbeitsgruppe die Fraktionsvertretungen das Stimmrecht haben und die Vertretungen der Personalverbände ohne Stimmrecht mit beratender Stimme dabei sind. Es sind nur Fraktionsvertretungen und Personalverbandsmitglieder in der Arbeitsgruppe.

Jonas Hertner: Noch eine Unklarheit zum Nachtrag des Stadtrates „Ernst Zingg mit beratender Stimme“. Ist dies schon enthalten?

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Er ist beim stadträtlichen Antrag in Ziffer 2 enthalten. Roland, gehört Ernst Zingg bei Deinem Antrag auch dazu? * Wir haben eigentlich einfach den Antrag des Stadtrates ohne Rolf Sommer mit der Ergänzung, dass Personalverbandsvertretungen plus der Stadtrat ohne Stimmrecht Einsitz haben.

Beschluss

Mit 29 : 16 Stimmen ohne Enthaltungen wird dem Abänderungsantrag der CVP-Fraktion zugestimmt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist nicht abgesprochen, zumindest nur auf eine Seite. Aber ich nehme an, es seien alle hier vorne einverstanden. Wir würden aufgrund dieser Situation unseren Antrag eventuell zurück ziehen, der auf dem Tisch liegt, so wie er jetzt formuliert ist. Es ist eine neue Konstellation. Nicht anders eigentlich, aber mit anderen Stimmberechtigten, die jetzt durchgekommen ist. Nicht, dass man dies am Schluss noch gegeneinander ausspielen muss. Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Dr. Markus Ammann: Nur eine kleine Frage: Gibt es jetzt Vertreter der CVP und FdP?

Roland Rudolf von Rohr: Von der CVP gibt es selbstverständlich, ist aber heute Abend noch nicht definiert. Wir melden nach.

Dr. Arnold Uebelhart: Es tut mir wirklich leid, aber „als Mitglieder der Arbeitsgruppe werden gewählt“. Wenn wir diese heute Abend nicht wählen können, was heisst das? Es ist klar. Wir wählen sie, und wenn sie nicht gewählt werden können, ist es halt ein Grundsatzentscheid, und die Leute werden an der nächsten Sitzung bestimmt. Das ist meine Meinung.

Caroline Wernli Amoser: Bei uns heisst es an den Parteiversammlungen in solchen Situationen jeweils: Wir geben den Parteien, die jetzt noch niemanden nominiert haben, die Kompetenz, dass sie noch jemanden nachbennen dürfen. Ihr müsst halt den Namen noch nicht wählen, wenn Ihr jetzt in den Clinch kommt und überfordert seid. Ich denke, es wäre einfach gut, wir wären heute fertig mit diesem Geschäft.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Es wäre eigentlich auch mein Vorschlag gewesen, dass die FdP und CVP so rasch als möglich jemanden nachnominieren würden. Ich glaube, dann wären alle sehr zufrieden, und wir hätten einen grossen Schritt gemacht. Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Ziffer 1 angepasst mit einem Datum: 31. Juli 2008. Mehrheitsfähiger Eckpunkt definiert. Ziffer 2: Zusammensetzung der Arbeitsgruppe: Vertretungen der Fraktionen mit Stimmrecht und Vertretungen der Personalverbände plus Stadtpräsident Ernst Zingg ohne Stimmrecht. Ziffer 3 und 4 unverändert.

Beschluss

Mit 30 : 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Für die Weiterbearbeitung der Besoldungsrevision in der Stadtverwaltung Olten wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie definiert bis zum 31. Juli 2008 mehrheitsfähige politische Eckpunkte, auf deren Basis der Stadtrat eine Vorlage zu Händen des Gemeindeparlament formulieren wird.

2. Als Mitglieder der Arbeitsgruppe werden gewählt:

Ruedi Moor	(SP-Fraktion, mit Stimmrecht)
Urs Knapp	(FdP-Fraktion, mit Stimmrecht)
Roland Rudolf von Rohr	(CVP/EVP-Fraktion, mit Stimmrecht)
Felix Wettstein	(Grüne/JA-Fraktion, mit Stimmrecht)
Rudolf Lutz	(SVP-Fraktion, mit Stimmrecht)
Corinne Saner	(PSO, ohne Stimmrecht)
Christoph Koch	(VSPB, ohne Stimmrecht)
Jürg Keller	(vpod, ohne Stimmrecht)
René Grolimund	(BeKo, ohne Stimmrecht)
Ernst Zingg	(Stadtrat, ohne Stimmrecht)

3. Die Entschädigungen werden wie folgt geregelt:

- a. Sitzungen tagsüber:

Externe Mitglieder	Bis 4 Stunden	Fr. 200.-
	Ab 4 bis 6 Stunden	Fr. 300.-
	Ab 6 bis 8 Stunden	Fr. 400.-
Verwaltungsinterne Mitglieder	Freistellung, keine Entschädigung	

- b. Sitzungen abends:

Externe Mitglieder	Sitzungsgelder gemäss Art. 7 bzw. Art. 2 Reglement über die Ausrichtung von Entschädigungen für Behördentätigkeit SRO 123 (Fr. 105.- Präsidium, Fr. 55.- Mitglieder)
Verwaltungsinterne Mitglieder	Sitzungsgelder ab 18 Uhr

4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- * Aufgrund technischer Schwierigkeiten bei der Tonbandaufnahme können einige Sätze nicht mehr abgehört werden.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Stadtschreiber
Personaldienst
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 34/0

Prot.-Nr. 67

Integrationsarbeit in Olten, Schliessen von Angebotslücken/Entscheid

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Integration und Chancengleichheit ist dann gelungen, wenn Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz in den verschiedenen Integrationsbereichen vergleichbare Kennzahlen aufweisen wie Schweizerinnen und Schweizer, die sich insbesondere in Hinblick auf das Alter, das Geschlecht, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage, die Familiensituation sowie berufliche Ausbildung in ähnlicher Lebenssituation befinden (Bundesamt für Migration).

1. Ausgangslage

Integrationsarbeit in Olten wurde bis anhin im Rahmen **extern vergebener Projekte** geleistet. Das grösste Projekt, IOG (In Olten Gemeinsam), wurde von einem externen Projektleiter im Mandat geführt. Das Projekt beinhaltete Sprachkurse, Stadtführungen und weitere Angebote. Seitens der Stadt wurde das Projekt durch eine Gruppe mit Vertretungen der Direktionen Sicherheit, Bildung, Soziales und Präsidium begleitet. Das Projekt schuf wertvolle Angebote, wurde aber wegen ungenügender Administration und mangelhaftem Controlling kritisiert und in der Folge abgeschlossen.

Nach Abschluss des Projektes IOG gab die Sozialdirektion eine Studie über die künftige Ausrichtung der Integrationsarbeit in Auftrag. Diese wurde dem Gemeindeparlament als Grundlage für einen Richtungsentscheid vorgelegt. Am 7. Juli 2005 beschloss das Gemeindeparlament über die **künftige Ausrichtung der Integrationsarbeit** in Olten. Das Parlament entschied sich für die Varianten b) umfassender Leitbildprozess und e) sprachliche Ausrichtung. Die sprachlichen Angebote gemäss Variante e) wurden realisiert. Der Leitbildprozess gemäss Variante b) wurde in zwei Phasen aufgeteilt. In einer ersten Phase erarbeitete die Fachhochschule Nordwestschweiz einen Bericht zur „Bestandesanalyse der integrationsrelevanten Strukturen, Angebote und Handlungsfelder in der Stadt Olten zur Schaffung einer gemeinsamen Wissensbasis für den Leitbildentwicklungsprozess“. Vor die zweite Phase, die eigentliche Durchführung eines Leitbildprozesses, wurde ein Meilenstein gelegt. Das Parlament konnte dadurch den Bericht würdigen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Das Parlament entschied am 24. Mai 2007, auf die zweite Phase des Leitbildprozesses zu verzichten und auf Grund des äusserst aufschlussreichen vorliegenden Berichtes gezielte Massnahmen zu ergreifen.

Im 6. Kapitel des Berichtes wurden als Schlussfolgerungen Hinweise auf **mögliche Ansatzpunkte für die künftige Integrationsarbeit** formuliert. In der folgenden Tabelle sind diese aufgeführt und mit Zuständigkeitsebene, Ressourcen und bereits bestehenden Projekten und Massnahmen aufgeführt:

Beschreibung	Zuständigkeitsebene	Ressourcen	Bereits bestehende Projekte und Massnahmen
--------------	---------------------	------------	--

a)	- Partizipative städteplanerische Prozesse und Projekte in Gemeinwesenarbeit als Antwort auf den Trend zur räumlichen Segregation.	- Gemeinde	- Stadtentwicklung - Stadtplanung	- Olten 2020
b)	- Wirksames und koordiniertes Sprachangebot, das der Heterogenität der Bevölkerung gerecht wird. Hinweise und Ermunterung zur Nutzung der Angebote	- Gemeinde	- Mittel für Sprachförderung	- MuKi-Kurse für Mütter und Kinder Alphabetisierungs- und Niveauekurse für bildungsfremde Migrantinnen mit Kindern
c)	- Sprachförderung für fremdsprachige Kinder bildungsfremder Eltern.	- Gemeinde	Mittel für Sprachförderung	- MuKi-Kurse für Mütter und Kinder Alphabetisierungs- und Niveauekurse für bildungsfremde Migrantinnen mit Kindern
d)	- Begleitung und Förderprogramme für Kinder und Jugendliche mit bildungsfremden Eltern Schulsozialarbeit - Jugendarbeit	- Kanton - Gemeinde	- Kantonales Bildungswesen - Schulen in Olten - Schulsozialarbeit - Jugendarbeit Färbi, Kirchen u.a.	- JUP - Schulsozialarbeit - Jugendarbeit (Färbi, Kirchen, u.a.)
e)	- Möglichkeiten zur Förderung der Arbeitsmarktintegration von Ausländerinnen und Ausländern	- Kanton - Gemeinde	- RAV - Arbeitseinsatzprojekte - Krippen - Mittagstische	- Arbeitseinsatzprojekte - Gemeindearbeitsplätze
f)	- Stelle eines/einer Integrationsbeauftragten bzw. Koordinators oder Koordinatorin	- Gemeinde	-	-
g)	- Angebote zu den kulturellen Hintergründen für Professionelle	- Bund - Kanton - Priv. Anbieter	-	-
h)	- Integrationsbeirat	- Gemeinde	-	-
i)	- Integrationsbeauftragte(r)	- Gemeinde	-	-

In Olten bestehen folgende **Lücken** im Angebot:

- Gemeinwesenprojekte zur Attraktivierung einzelner Quartiere
- Ressourcen in den Bereichen Koordination, Vernetzung, Aufbau und aktive Pflege von Kontakten.

Gemeinwesenprojekte auf Quartierebene können dann geprüft werden, wenn im Rahmen der Stadtentwicklung und Stadtplanung entsprechender Bedarf besteht. Ein umfassendes Gemeinwesenprojekt auf städtischer Ebene, Olten 2020, ist bereits im Gang. Allerdings wurde bei Olten 2020 bewusst auf die Einbindung von Ausländerinnen und Ausländern verzichtet.

Da Integrationsarbeit in Olten stets im Rahmen extern vergebener Projekte mit externen Projektleitungen geleistet wurde, sind intern keine Ressourcen (Integrationsbeauftragte(r), Koordinator(in)) vorhanden. Soll in den Bereichen **Koordination, Vernetzung, Aufbau und aktive Pflege von Kontakten auch mit Schlüsselpersonen** Arbeit geleistet werden, sind interne oder externe Ressourcen in Form einer 50%-Stelle oder in Form finanzieller Mittel für einen Leistungsauftrag zu bewilligen. Andernfalls wird bewusst auf das Schliessen der Lücke im Angebot verzichtet. Der vorliegende Bericht und Antrag befasst sich mit den Varianten

- a. 50%-Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten;
- b. Finanzielle Ressourcen für einen Leistungsauftrag;
- c. Verzicht auf Schliessen der Lücke.

2. Zielsetzungen

In der **Strategie** der Sozialdirektion ist die folgende, übergeordnete Zielsetzung formuliert: Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten sollen menschenwürdig, selbständig, eigenverantwortlich, sozial, beruflich und kulturell integriert leben können.

Aus der übergeordneten Zielsetzung soll ein **Integrationsleitbild** entwickelt werden. Die sich ergebenden Schwerpunkte sollen danach umgesetzt werden. Dabei sind Subsidiarität und Wirkung in den Vordergrund zu stellen. **Massnahmen** sollen umgesetzt werden, die nicht bereits auf übergeordneter Ebene von Bund und Kanton oder durch private und

gemeinnützige Angebote abgedeckt sind. Mittel und Energie sind dort einzusetzen, wo die grösste Wirkung erzielt werden kann. Bereits vorgegeben sind die Bereiche Koordination, Vernetzung, Aufbau und aktive Pflege von Kontakten.

3. Varianten

a. Stelle einer oder eines Integrationsbeauftragten

Die Stelle soll im Rahmen von 50% bewilligt werden. Die Stelle soll befristet auf drei Jahre besetzt werden. Im dritten Jahr soll die Tätigkeit evaluiert und dem Parlament ein Bericht und Antrag für das weitere Vorgehen vorgelegt werden. Die Aufgabe einer oder eines Integrationsbeauftragten ist übergeordnet und direktionsübergreifend. Die Stelle könnte somit beim Stadtpräsidium angegliedert werden. Da die bisherigen (externen) Integrationsprojekte der Sozialdirektion zugeteilt worden sind, ist eine Angliederung als Stabsstelle bei der Verwaltungsleitung der Sozialdirektion für eine erste Phase sinnvoll. Die Kommission für Integration soll der oder dem Integrationsbeauftragten stützend und beratend zur Seite gestellt werden. Sinnvollerweise wird das Kommissionssekretariat von der oder dem Integrationsbeauftragten geführt. Ein erster Entwurf eines Stellenbeschriebes liegt diesem Bericht und Antrag bei.

b. Finanzielle Ressourcen für einen Leistungsauftrag

Die Erfahrungen mit dem bisherigen Einsatz externer Projektleitungen sind zwiespältig. Mit einem Wechsel der externen Projektleitung gehen Wissen, Kontakte und Beziehungen verloren. Unter folgenden Voraussetzungen könnte jedoch ein entsprechender Leistungsauftrag erfolgreich umgesetzt werden:

- Vertragspartner bereits erfolgreich vor Ort tätig;
- Vertragspartner mit bereits vorhandenem Beziehungsnetz;
- Die Übernahme eines Koordinationsauftrages ergibt sowohl beim Auftraggeber als auch beim Auftragnehmer Synergieeffekte.

Ein erster Entwurf für die mögliche Ausschreibung eines Leistungsauftrages liegt diesem Bericht und Antrag bei.

c. Verzicht auf Schliessen der Lücke

Auf das Schliessen der Lücke kann auch verzichtet werden, da die Aufgabe nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Mit dem bewussten Verzicht müssen die Erkenntnis und das Wissen einhergehen, dass in Olten – mit Ausnahme der sprachlichen Angebote – keine Integrationsarbeit geleistet wird. Insbesondere die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund würden nicht verbessert, respektive fehlende Perspektiven von Jugendlichen nicht aktiv angegangen. Es stellt sich dann die Frage, ob die Kommission für Integration konsequenterweise aufzuheben wäre.

4. Wirtschaftlichkeit und Kosten

a. 50%-Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten

Für die Stelle ist mit Fr. 50'000.-- Lohnkosten und ca. 20% Lohnnebenkosten zu rechnen. PC und Arbeitsplatz müssen zur Verfügung gestellt werden. Evtl. kann ein bestehender Arbeitsplatz geteilt werden.

Derzeit sind bei der Sozialdirektion 30 Stellenprozente nicht besetzt. Zumindest im laufenden Jahr kann dadurch eine Teilkompensation gewährleistet werden.

Den Kosten steht der Nutzen gegenüber. Gelingt es beispielsweise, dank integrativen Leistungen Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und damit von der Sozialhilfe fern zu halten, sind die Kosten der Stelle bereits gedeckt. Integrationsleistungen sind Investitionen,

die später Kosten in wesentlich höherem Umfang sparen. Wir verweisen dazu auf die Stellungnahme des kantonalen Integrationsbeauftragten in diesem Bericht und Antrag.

b) Finanzielle Ressourcen für einen Leistungsauftrag

Für einen geeigneten Leistungsauftrag ist mit Kosten von Fr. 50'000.-- zu rechnen, die im Budget 2008 berücksichtigt worden sind. Für den direkten und indirekten Nutzen gilt das unter Buchstabe a. Gesagte. Mit der externen Vergabe stehen jedoch weniger Arbeitsstunden zur Verfügung und das Wissen ist nicht intern vorhanden. Jedoch können sich bei Vergabe an eine geeignete Person oder Organisation Synergien ergeben.

c) Verzicht auf Schliessen der Lücke

Keine direkten Kosten aber auch kein Nutzen. Projekte werden mangels Ressourcen nicht durchgeführt. Mittel von Bund und Kanton werden nicht in Olten eingesetzt (mit Ausnahme der sprachlichen Angebote). Integrationsfördernde Leistungen werden nicht erbracht. Prozesse finden nicht statt. Kontakte fehlen. Durch mangelhafte Integration entstehen Folgekosten, die die heutigen Ersparnisse bei weitem übertreffen. Defizite bei der Integration kommen die Gesellschaft teuer zu stehen. Die Kosten fallen u.a. in den Bereichen Sicherheit, Schule und Sozialhilfe an.

5. Stellungnahme der Kommission für Integration

Die Kommission für Integration hat sich an zwei Sitzungen mit dem Bericht und Antrag befasst. An der ersten Sitzung war sich die Kommission betreffend Variante a. (50%-Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten) uneinig. Es ergab sich in der Abstimmung eine 3 : 3 Patt-Situation. Die wirtschaftliche Betrachtung unter dem Blickwinkel einer Investition mit Kosteneinsparungen für die Zukunft wurde an der ersten Sitzung zu wenig beachtet. An der zweiten Kommissionssitzung nahm der kantonale Integrationsdelegierte, Albert Weibel, teil. Er wies besonders auf den Aspekt der Investition hin. Seine Stellungnahme wird in diesem Bericht und Antrag aufgeführt. Da die Teilnehmenden an der zweiten Sitzung der Kommission für Integration teilweise nicht identisch waren mit den Teilnehmenden der ersten Sitzung wurde auf eine erneute Abstimmung verzichtet.

6. Stellungnahme des kantonalen Integrationsdelegierten, Albert Weibel

Der kantonale Integrationsdelegierte, Albert Weibel, kennt erfolgreich tätige Integrationsdelegierte auf Gemeindeebene in Baden, Romanshorn, Biel, Thun u.a. Im Kanton Solothurn war er bisher zu 50% und seit 01.01.08 zu 100% tätig. In der kurzen Zeit seiner Tätigkeit konnten bereits verschiedene Projekte erschlossen und realisiert werden (u.a. sprachliche Angebote, Integrationsolympiade, Crescenda). Die Anzahl auf Kantonsgebiet angebotener Deutschkurse ist massiv gestiegen. Albert Weibel ist sehr gerne Ansprechperson für Integrationsangebote, er selber kann aber keine Gemeindeaufgaben übernehmen.

Integrationsarbeit kann, so Albert Weibel, unternehmerisch als Investition betrachtet werden. Die Kosten für eine integrationsbeauftragte Person werden durch den Gewinn wieder amortisiert. Projekte beispielsweise in Schulen und Quartieren können erschlossen und realisiert werden. Projektbeiträge von Kanton und Bund können erschlossen werden. Wirtschaftliche Integration wird gefördert. Ausländer, die bis jetzt in der Schweiz lebten, bleiben hier. Gelingt es, sie in den Arbeitsprozess zu integrieren, fielen Unterstützungskosten weg, die weit über den Kosten einer integrationsbeauftragten Person lägen.

Eine integrationsbeauftragte Person vor Ort sei Ansprechperson für Vereine und Personen. Sie arbeite u.a. mit Sozialamt und Asylbetreuung zusammen. Über Bildung und Coaching werde Arbeitsintegration gefördert. Das Prinzip Fördern und Fordern könne nur gelebt werden, wenn auch eine Person sich darum kümmere. Fördern heisse beispielsweise, einen Kurs anzubieten, fordern, einen guten Abschluss und Engagement zu verlangen. Darauf

folge das Coaching, das mit intensiver Betreuungs- und Kontakt-Arbeit verbunden sei. Vor Ort müsse dazu eine integrationsbeauftragte Person tätig sein, die sich mit der Aufgabe identifiziere, mit den Themen befasse, Lösungen suche und realisiere. Sie könne Projekte umsetzen, Kontakte aufbauen, Schlüsselpersonen finden und über diese weitere Kontakte erschliessen. Ohne eine solche Person fänden die gewünschten Prozesse nicht statt und Projekte würden keine realisiert.

Der kantonale Integrationsbeauftragte sagt klar und deutlich: Eine solche Stelle rentiert!

Ein Leistungsauftrag sei eher nicht geeignet. Institutionen und Hilfswerke würden zwar fördern, jedoch zuwenig fordern. Fordern sei Aufgabe des Staates. Eine integrationsbeauftragte Person arbeite in der Regel nicht fallbezogen, sie helfe aber z.B. in Zusammenarbeit mit Sozialamt und Asylbetreuung, den Gedanken des Förderns und Forderns umzusetzen. Moralische Appelle allein genügten nicht. Die Personen blieben da, auch die, die sich nicht anpassen wollten. Alles andere sei weltfremd. Erziehen zum Beispiel wolle gelernt sein. Es gebe Eltern, die das einfach nicht könnten. Seit 1931 könnte gestützt auf das Ausländergesetz neben der Förderung auch gefordert werden. Heute würde das stärker getan. Fordern sei aber auch Arbeit. Arbeit sei mit personellen Ressourcen verbunden.

7. Antrag Stadtrat

Der Stadtrat teilt die Ansicht des kantonalen Integrationsbeauftragten und betrachtet Integrationsbemühungen als Investition in die Zukunft. Einsparungen u.a. in den Bereichen Schule, Sicherheit und Sozialhilfe werden die Kosten der Stelle bei weitem übertreffen. Projekte werden in Olten umgesetzt und Prozesse in Gang gesetzt, die sonst schlichtweg nicht stattfinden. Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament, der Variante gemäss Buchstabe a. zuzustimmen, d.h. eine 50%-Stelle für Integration zu schaffen.

Beschlussesantrag:

1. Das Gemeindeparlament entscheidet sich für (eine der folgenden Varianten):
 - a. 50%-Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten;
 - b. Finanzielle Ressourcen für einen Leistungsauftrag;
 - c. Verzicht auf Schliessen der Lücke.

2. Es werden folgende Kredite bewilligt:
 - a. 50 Stellen-% in der Lohnklasse 12 (bisheriges Lohnsystem) befristet auf 3 Jahre ab Datum der Arbeitsaufnahme;
 - b. Jährlich Fr. 50'000.-- werden für drei Jahre ab Erteilung eines Leistungsauftrages gemäss Variante b. freigegeben. Der Betrag ist auf Konto 580.365.04 zu budgetieren;
 - c. Keine Kredite.

3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zu Variante a des Stadtrates zugestellt.

Rudolf Moor: Ich kann mit gutem Gewissen sagen, dass wir das Geschäft in der GPK intensiv beraten haben. Es ist zuerst von Stadtrat Peter Schafer sehr detailliert vorgestellt worden. Nachher hat Albert Weibel, der kantonale Integrationsdelegierte, besonders betont, dass eine solche Stelle Investitionscharakter hat und eine Investition in die Zukunft ist. Es hat sich aber nachher gezeigt, dass die Meinungen über diese Stelle innerhalb der GPK sehr weit auseinander gehen. Einerseits hat es Leute, die Integration grundsätzlich ablehnen, eine Gruppe hat die unklaren Ziele beklagt. Letztendlich hat es aber eine Mehrheit gegeben, die dieser Integrationsstelle positiv gegenüber gestanden ist. Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass mehrere Kommissionsmitglieder mit dem Stellenbeschrieb nicht besonders glücklich gewesen sind. Dieser Stellenbeschrieb ist aber eigentlich genau genommen gar nicht Gegenstand des Antrags, sondern nur eine Beilage zum Antrag gewesen. Wir haben mit 6 : 3 Stimmen Eintreten beschlossen. Es hat nachher verschiedene Anträge für Kompensationen im Stellenbereich gegeben oder, dass, wenn man die Stelle schafft, die Stelle irgendwie kompensiert. In einer Abstimmungskaskade hat zum Schluss ein Antrag auf Kompensation innerhalb der Sozialdirektion mit 5 : 4 Stimmen obsiegt. Nachher hat es eine sehr lange Diskussion über das Abstimmungsverfahren stattgefunden. Ein Hinweis an die Präsidentin: Das Abstimmungsverfahren in dieser Vorlage ist nicht ideal. Man hat am Schluss zuerst Variante B gegen Variante C abstimmen lassen und dann den Sieger aus Variante B gegen Variante A. In der Schlussabstimmung hat schliesslich Variante A gegen Variante B mit 6 : 3 Stimmen obsiegt.

Stadtrat Peter Schafer: Der Stadtrat beantragt Ihnen heute Abend die Schaffung einer 50 %-Stelle für eine integrationsbeauftragte Person. Damit sollen ausgewiesene Angebotslücken im Integrationsbereich geschlossen werden. Diesen Auftrag zur Schliessung der Lücken hat das Gemeindeparlament dem Stadtrat an der Sitzung vom 24. Mai 2007 gegeben. Das Gemeindeparlament hat damals explizit darauf verzichtet, einen breiten Leitbildentwicklungsprozess zu initiieren und statt dessen aufgrund des ausführlichen Berichtes der Fachhochschule, der ein Ausfluss einer FdP-Motion ist, Ausarbeitung von Umsetzungsmassnahmen an die Hand zu nehmen. Fakt ist, dass in Olten um die 27 % Ausländerinnen und Ausländer wohnen, die legal hier leben und ihren Wohnsitz nehmen können, wo sie wollen. Sie leben dank dem Angebot von günstigem Wohnraum, vor allem auf der rechten Stadtseite, mit all ihren Begleiterscheinungen. Fakt ist und das belegen zahlreiche Studien, dass wir uns den Luxus leisten und das Potenzial der ausländischen Wohnbevölkerung nicht oder zuwenig nützen, und zusätzlich ist die Chancengleichheit nicht gegeben. Dieser Umstand kostet uns, kostet uns doppelt. Einerseits arbeiten die Ausländerinnen und Ausländer an Arbeitsstellen, wo sie, vor allem aus sprachlichen Gründen, unterfordert sind und damit auch schlechter verdienen als bei Arbeiten auf einem höheren Niveau. Aus diesem Grunde zahlen sie weniger Steuern und weniger Sozialversicherungsbeiträge als sie eigentlich könnten. Gleichzeitig ist die Gefahr der Beanspruchung von Sozialhilfe viel höher. Die Studie der Fachhochschule zeigt die fehlenden Lücken im Angebot klipp und klar auf. Gemeinwesenprojekte, Ressourcen in den Bereichen Koordination, Vernetzung, Aufbau und aktive Pflege von Kontakten, unter anderem mit Schlüsselpersonen. Die Leitidee ist Wohlstand, Lebensqualität, Lebensfähigkeit und Sicherheit für alle. Dazu trägt diese Stelle bei. Wenn es den Ausländerinnen und Ausländern besser geht, weil sie besser integriert sind, bessere Berufschancen haben und sie zum Beispiel dafür mehr Steuern bezahlen, geht es auch uns besser. Wenn man aktiv die Lücken im Angebot schliessen will, braucht es Ressourcen. Ressourcen, die bisher noch nie intern zur Verfügung gestanden sind und auch jetzt mit keiner anderen Stelle kompensiert werden können. Bereits mit dem eingestellten Projekt „In Olten gemeinsam“ mussten diese Ressourcen teuer extern eingekauft werden. Die Stelle einer integrationsdelegierten Person ist übergeordnet und direktionsübergreifend. Aus diesem Grunde könnte diese Stelle auch beim Stadtpräsidium angegliedert sein. Der Stadtrat setzt aber für die dreijährige Versuchsphase auf Kontinuität und gliedert diese Stelle als Stabsstelle der Sozialdirektion zu. Meine Damen und Herren, mit der Schaffung dieser Stelle kann in der Integrationsfrage endlich eine aktive Rolle von der Stadt Olten eingenommen werden. Wir haben damit die Möglichkeit einer Zweisäulen-Integrationspolitik, einerseits Integration fördern, Desintegration verhindern und andererseits fordern, zum Beispiel das Absolvieren von Deutschkursen. Mit dieser Stelle werden mehrere Ziele verfolgt. Ein Ziel dieser Stelle wird es sein, eine Person in der Stadtverwaltung zu haben, wo alle

integrationsrelevanten Kenntnisse zusammen laufen. Eine Ansprechperson für sämtliche Verwaltungseinheiten und auch für externe Personen und Institutionen und zwar für alle integratorischen Belange. Beispielsweise besteht seitens der Schule ein grosser Bedarf für diese Ansprechstelle. Ein anderes Ziel wird sein, eine Person zu haben, die eben verantwortlich ist für die Koordination und Vernetzung, für Aufbau und aktive Pflege von Kontakten, mit Plattformen und Schlüsselpersonen aller Ethnien. Ein weiteres Ziel der integrationsdelegierten Person wird es sein, Gemeinwesenprojekte und Quartierentwicklungsprojekte zu initiieren. Oder auch den Vorschlag von Thomas Kessler, Integrationsbeauftragter des Kantons Basel-Stadt, aufzunehmen, beispielsweise fremdsprachige Kinder ab Geburt zu erfassen und mit drei Jahren in einem Frühförderungsprojekt Deutsch lernen zu lassen. Bei jedem neuen Projekt wird Ziel, Nutzen und Wirkung im Voraus definiert. Logisch, dass diese Projekte nicht gratis sind. Aber für jedes dieser Folgeprojekte müssen die finanziellen Auswirkungen im Voraus bekannt sein und auf dem entsprechenden Weg beantragt werden. Damit wird es auch möglich, zukünftig zusätzliches Geld von Bund und Kanton für diese Projekte abzuholen und eben eine grössere Wirkung entfalten zu können. Aus den Erfahrungen anderer Städte kann vermutet werden, dass diese Stelle eine direkte Wirkung haben wird. Wie hoch der direkte Nutzen und die Wirkung in Olten ist, kann ich an dieser Stelle nicht sagen. Ich muss ehrlich zu Ihnen sein. Wir haben noch keine Erfahrung in diesem Bereich. Die Nennung von Faktor sieben, wie es Thomas Kessler sagt, wäre natürlich sehr erfreulich. Meine Damen und Herren, ich bin immer für eine sachliche Debatte zu diesem Thema zu haben. Ich möchte auch versuchen, auf die berechtigten Anliegen von Ihnen allen für die Besetzung dieser Stelle einzugehen. Ich danke an dieser Stelle Felix Wettstein von der Grünen Partei für seinen bereits geleisteten konstruktiven Beitrag, den ich von ihm erhalten habe. Der Stellenbeschrieb wurde bereits, auch aufgrund der Debatte in der GPK, überarbeitet. In der vergangenen Debatte im Gemeindeparlament ist immer sehr ausgiebig über das Thema Integration debattiert worden. Ich hoffe, dass wir heute Abend etwas rascher voran kommen werden, weil dieser Bericht und Antrag eigentlich ein logischer Schritt in der aufgezeigten Richtung ist. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und der 50 %-Stelle zuzustimmen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stefan Nünlist: Ich möchte einleitend eigentlich bemerken, dass wir in Olten gar kein Ausländerproblem haben, weil man dies, wenn man den Bericht und Antrag liest, meinen könnte. Das ist aber nicht so. Die Schweiz verfügt zusammen mit Liechtenstein und Luxemburg über den grössten Ausländeranteil in Europa. 25 % der Erwerbstätigen in der Wirtschaft sind Ausländer und bestens integriert und haben überhaupt keine Integrationsprobleme. Wenn wir von Ausländern mit Integration reden, ist dies eine ganz klar definierte Gruppe. Diese kann geografisch zugeordnet werden. Sie kommen aus den EU-Beitrittskandidaten-Ländern und dem westlichen Balkan. Das muss man einfach auch einmal sagen. Wenn wir über Integration reden, müssen wir uns überlegen, wo wir genau den Hebel ansetzen müssen, damit diese Gruppe möglichst rasch in unsere Gesellschaft und die Wirtschaft eingliedern können. Wir haben uns mit dem Thema Integration schon mehrmals auseinander gesetzt. Gemäss Stadtrat gibt es jetzt noch zwei Lücken, eine ist die Stadtplanung. Dort haben wir ein Thema mit der räumlichen Segregation. Das ist ein Thema. Hier finden wir es schade, dass der Stadtrat einfach keinen Handlungsbedarf sieht. Beim zweiten geht es um die Koordination von verschiedenen Massnahmen und die Schaffung eines Integrationsbeauftragten. Der Stadtrat hat dort drei Varianten geprüft. Die Schaffung der 50 %-Stelle, einen externen Einsatz mit Ressourcen oder der Verzicht auf die Schliessung dieser Lücke. Der Stadtrat schlägt uns jetzt die 50 %-Stelle des Integrationsbeauftragten vor und verweist unter anderem auf die Stellungnahme des kantonalen Integrationsbeauftragten, Albert Weibel. Er ist auch in unserer Fraktion gewesen, und wir haben eine relativ emotionale Diskussion über das Thema Integration mit ihm führen dürfen. Nach Ausführungen des Stadtrates werden die Kosten für die Stelle durch Einsparungen in den Bereichen Schulen, Sicherheit und Soziales kompensiert. In unserer Fraktion sind wir ehrlicherweise über den Bericht und Antrag des Stadtrates etwas konsterniert gewesen, denn für unsere Fraktion ist das Thema Integration mit den Gruppen, die man wirklich identifizieren kann, ein prioritäres Thema, und wir finden das Vorgehen des Stadtrates nicht sehr entschlossen. Wir verlangen vom Stadtrat, dass man jetzt endlich „Nägel mit Köpfen“ macht beim Thema Integration, dass man die Probleme, die wir kennen,

angeht und zwar pragmatisch angeht, dass man die Leute und Institutionen in unserer Stadt, die sich seit langem um Integration bemühen - das sind nämlich die Lehrkräfte auf allen Stufen, die Polizei, die Sozialverwaltung, aber auch die Arbeitgeber, Kirchen, Betreiberinnen von Kinderkrippen. Sie leisten hervorragende Integrationsarbeit. Dass man die Menschen an der Front unterstützt, ihren Einsatz würdigt und wo nötig auch die nötigen Ressourcen zukommen lässt. Wir erachten den theoretischen Lösungsansatz des Stadtrates, eine neue Stabsstelle zu schaffen, ehrlicherweise als nicht geeignet. Aus freisinniger Sicht braucht es keine neue, Papier produzierende Verwaltungsstelle, die alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten integriert. Das ist nicht nötig. Es geht wirklich um bestimmte Gruppen. Ihnen muss man helfen, sich zu integrieren oder sie vielleicht auch etwas zwingen, sich zu integrieren, wenn sie nämlich nicht wollen. Wir brauchen auch niemanden, der den Kontakt zu allen Direktionen und im Kanton und Bund pflegt, so wie es im Stellenbeschrieb des Stadtrates ausgeführt wird. Wir wollen jemanden an der Front, damit endlich etwas passiert. So fehlen dann im Stellenbeschrieb eben auch definierte Wirkungsziele. Die Aussage: „Investitionen in das soziale Sparen/Kosten“ hören wir seit Jahren. Nur habe ich noch nie gesehen, was dies in Zahlen bedeutet. Wir haben zum Beispiel Schulsozialarbeit bewilligt. Wir haben schon x Vorleistungen, Investitionen gemacht. Hier muss jetzt der Tatbeweis einmal angetreten werden. Nicht nur der Stellenbeschrieb bleibt leider vage. Auch die Projekte, welche diese Stelle dann auslösen würde, sind nirgends definiert. Wir wissen nicht, was diese Stelle machen wird. Was wäre die Kostenfolge dieser Stelle? Auch das fehlt leider im Bericht und Antrag. Was wir aus freisinniger Sicht noch nie begriffen haben, aber das ist vielleicht ein etwas ideologisches Thema, ist, dass der Stadtrat seine Ressourcen nicht priorisieren kann, das heisst eben, wenn man eine Aufgabe als wichtiger als eine andere betrachtet, dass man die Stelle dann halt kompensieren kann, wenn man eine Stelle schon als wichtig anschaut. Aber ich weiss, dass andere Fraktionen hier eine andere Meinung haben. Persönlich finde ich die Haltung der Integrationskommission sehr befremdend, wie dies im Bericht und Antrag beschrieben worden ist. Man hat offensichtlich konträr über diesen Antrag diskutiert und ist mit dem Vorgehen des Stadtrates nicht einverstanden gewesen. In einer zweiten Sitzung hat man sich gar nicht mehr gefunden. Ich finde, es ist nicht die Aufgabe, die eine Kommission behandeln sollte. Zumindest von den Fachleuten erwarte ich hier eigentlich einen Konsens. Offensichtlich müssen wir feststellen, dass sich der Stadtrat mit dem Thema Integration schwer tut und dies schon seit Jahren. Ich habe mir überlegt, ob wir vielleicht unkonventionelle Wege gehen und zum Beispiele anstelle der Stadtrat das Thema Integration der entsprechenden der Kommission respektive ihrer Präsidentin anvertrauen müsste. Aus all diesen Gründen wird die FdP-Fraktion grossmehrheitlich nicht auf die Vorlage des Stadtrates eintreten, einen Rückweisungsantrag stellen, wenn darauf eingetreten würde. Wenn alles durch kommt, würden wir gegen den Antrag des Stadtrates

Felix Wettstein: Es ist faszinierend zu sehen, dass die Analyse in vielen Punkten mit dem von Stefan Nünlist gerade Gesagten übereinstimmt, und die Konsequenz, die wir daraus ziehen, dann diametral umgekehrt sein wird. Das kann ich gleich vorweg nehmen. Uns Grünen und Jungen Alternativen genügen die Lippenbekenntnisse zur Integration definitiv nicht mehr. Wir wollen das dreijährige Projekt. Wir wollen diese Fachstelle. Damit bei uns in Olten Integration gelingt, braucht es in erster Linie Kontaktarbeit, Beziehungspflege, Verstärkung von bereits vorhandenen Initiativen und die nicht sterben sollen. Das geht nicht ohne eine Person, die dafür Zeit und natürlich auch Fachwissen hat und den nötigen „Pfupf“ mitbringt. Eine Gemeinsamkeit mit meinem Vorredner: Wir sind enttäuscht von der Kommission für Integration. Diese Kommission müsste sich unserer Meinung nach als Gremium verstehen, das mithilft, aus dieser geplanten befristeten Projektzeit das Bestmögliche zu machen. Sie müsste das Konzept für diese Aufgaben prägen. Ihre Mitglieder müssten in den Fraktionen für ein solches Konzept einstehen. Aber anstelle dessen macht die Hälfte der Kommissionsmitglieder auf Obstruktion. Diese Hälfte hat offenbar das Gefühl, sie gehöre einer Desintegrationskommission an. Wir sind – hier stimme ich mit Stefan Nünlist wieder überein – etwas ratlos über die Vorlage, dem städtischen Bericht und Antrag. Auch mit den eigenartigen Varianten, von denen eine eigentlich identisch mit dem Nichteintreten ist. Vor allem fehlt dem Bericht etwas das innere Feuer. Die Vorlage ist defensiv und zum Teil angeklagt formuliert. Wir wissen um die schwierige Vorgeschichte dieses Geschäftes. Wir wissen auch, was bereits geleistet worden ist, was uns vorliegt, die

umfassende Bestandesaufnahme mit der klaren Feststellung, wo die Lücken sind. Umso mehr braucht es jetzt ein überzeugendes Konzept, einmal schon als Grundlage für den dreijährigen Betrieb. Uns erscheint die Ausgangslage korrekt formuliert. Es soll zwei Arbeitsschwerpunkte geben, nämlich den Bereich Kontaktpflege und Koordination und zweitens das Anreissen von Gemeinwesen-Projekten, zum Beispiel in den Quartieren. Dazu hätten wir uns einen Bericht gewünscht, wo der Stadtrat schon konkrete operationalisierbare Ziele zu diesen beiden Arbeitsschwerpunkten formuliert, die Indikatoren zu diesen Zielen nennt und damit auch sagt, in welche Richtung die Umsetzung geht. Man muss das Projekt nicht schon als Projekt definieren. Ich finde schon, dass die Person, die dann dafür arbeiten wird, auch soll prägen dürfen und nicht nur ausführend ist. Aber man kann tatsächlich auf eine dreijährige Projektzeit hin operationalisierbare Ziele vorlegen. Peter Schafer hat es gesagt. Ich habe mich selber in dieser Woche bemüht, mir hier Gedanken zu formulieren, in welche Richtung es gehen könnte und dies dem Stadtrat zur Verfügung gestellt. Es gibt einen weiteren Aspekt, der dafür spricht, dass man schon beim Starten eines solchen Unternehmens genauer ist, worauf es während der befristeten Projektzeit hinaus laufen soll. So offen wie es jetzt formuliert ist, ist die Gefahr gross, dass ganz viele Erwartungen hinein projiziert werden, was diese Stelle oder Person alles in 50 % soll machen können. Das verheizt die Leute. Wir werden also auf die Vorlage eintreten. Wir sind fest überzeugt, dass diese Fachstelle zu Recht in der Verwaltung angesiedelt ist und nicht etwa nach aussen in einem Auftrag vergeben werden muss, also für Variante A. Wir appellieren jetzt schon an die Kommission und auch an den Stadtrat, die nächsten Wochen dafür zu nutzen, das Konzept in diesem Sinne, wie ich es vorher beschrieben habe, zu verbessern, bevor die Stelle besetzt wird.

Luzia Stocker Rötheli: Ich möchte es gleich für die Kommission vorweg nehmen. Dann kann ich nachher mein Votum haben: Erstens hat die Kommission am Montag Sitzung. Wir werden uns dem sicher annehmen. Es ist auch schon in unseren Köpfen. Dann muss ich schon noch sagen: Es ist eine politische Kommission, eine politisch zusammengesetzte Kommission. Das heisst, es hat sehr unterschiedliche Meinungen in dieser Kommission, wie halt in diesem Parlament auch. Gerade aus diesem Grunde denke ich, dass auch der Vorschlag von Stefan etwas schwierig umzusetzen wäre, die ganzen Aufgaben, welche diese Fachperson jetzt übernehmen sollte, der Kommission zu übergeben, weil dies eben politisch nicht eine Meinung ist respektive die Meinungen zum Teil sehr auseinander gehen, kann ich mir nicht vorstellen, dass wir hier wirklich arbeiten könnten im Sinne, wie es hier nötig wäre. Ich denke, man kann beraten, begleiten und Konzepte erstellen. Aber wirklich die Arbeit so zu übernehmen, wie sie sein müsste, kann die Kommission in dieser Konstellation sicher nicht, und das macht auch nicht Sinn. Nun zu meinem Votum, natürlich für diese Stelle. Wir beschäftigen uns zum wiederholten Male und seit Jahren mit der Integrationsarbeit in diesem Parlament. Für uns ist klar, dass wir an einer aktiven Integrationspolitik nicht vorbei kommen. Aktiv heisst für uns eben, dass es noch mehr braucht als was wir bis jetzt machen. Wir hoffen, dass es uns heute auch gelingt, etwas auf die Beine zu stellen nach der sehr langen Zeit, während der wir uns schon damit beschäftigen. Es geht darum, den Menschen in den Integrationsbemühungen zu unterstützen, manchmal eben auch zu initiieren, damit das, was man immer zu Recht fordert, die Chancengleichheit, keine leere Floskel bleibt. Was Stefan sagt: Die Probleme, die wir jetzt schon klar definieren und auch klar den Bevölkerungsgruppen zuzuschreiben, ist natürlich immer eine Frage der Definition, dass man das Problem anschaut. Ich mache natürlich noch ganz andere Probleme aus. Sie sind vielleicht nicht so offensichtlich oder stören uns nicht so, aber sind vorhanden. Ich denke, die Menschen haben das Recht darauf, dass man ihnen eben eine verbesserte Chance geben kann, ohne dass sie negativ auffallen. Wer einfach still vor sich hinlebt, bei dem heisst ja noch lange nicht, dass er keine Probleme hat. Es erscheint mir eine etwas einfache Einschätzung der Situation. Die Stadt kann diesen Prozess dieser Menschen unterstützen oder in Gang bringen. Ich denke, hier kann man auch sehr viele Voraussetzungen zu schaffen. Einen wichtigen Schritt haben wir ganz sicher mit dem Angebot dieser vielfältigen Sprachkurse gemacht. Einen anderen Schritt haben wir unter anderem sicher auch mit der Schulsozialarbeit gemacht. Aber was klar fehlt – das haben Peter Schafer und Felix Wettstein schon betont – das ist die Anlauf-, Vernetzungs- und Koordinationsstelle. Jemand, der eben alle diese losen Fäden zusammen bringt und hat all die Projekte, die Stefan Nünlist aufgezählt hat oder andere Leute, die an der Integration

arbeiten: Schulen, Krippen, Vereine. Sie machen zwar alle Integrationsarbeit und zum Teil sehr gut, aber niemand hat hier wirklich den Überblick, wer was macht, wir mit welchem Erfolg was macht. Wer braucht eben welche Ressourcen oder Unterstützung? Ich weiss nicht, wie Ihr Euch dies vorstellt, wie diese Leute dann zu ihrer Unterstützung kämen, wenn jeder zu Peter Schafer geht und sagt: Ich brauche hier noch etwas. Genau dafür, was Ihr alle aufgezählt habt braucht es diese Stelle, die diese Probleme aufnehmen kann. Es braucht eben auch jemanden, der von allem auch zu den Migrantenorganisationen und -gruppen, zu den Einzelpersonen, geht und dort einen Kontakt aufnimmt. Zum Teil bestehen heute schon solche Kontakte. Aber sie sind sehr lose und sehr selektiv. Niemand in dieser Stadt hat wirklich den Zugang zu sämtlichen Gruppierungen und gerade auch zu denjenigen, die wir als problematisch anschauen, wäre es meiner Meinung nach wichtig, dass hier auch ein offizieller Kontakt besteht. Was könnten solche Kontakte auch bringen? Mit Hilfe dieser Kontakte könnte man - das ist jetzt nur ein Beispiel - Eltern ausländischer Kinder besser erreichen und sie motivieren, dass sie einerseits einen Sprachkurs besuchen, weil noch lange nicht alle Mütter Sprachkurse besuchen und andererseits sie zum Beispiel auch informieren, wie bei uns die Elternarbeit in den Schulen aussieht. Damit, dass nachher diese Eltern hoffentlich besser Deutsch können und auch besser informiert sind, was von ihnen erwartet wird, sind die Kinder in der Schule besser unterstützt in ihren schulischen Leistungen und ihrer Bildungskarriere. Das wiederum hat natürlich die Chance oder ermöglicht ihnen auch, auf dem Lehrstellenmarkt eher eine Lehrstelle zu finden, weil sie besser unterstützt sind und sich schliesslich auch besser in den Arbeitsmarkt integrieren können. Ich denke, das ist einfach das Hauptziel der Integration generell, dass man die Leute in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Natürlich möglichst gut, aber die Voraussetzung ist sicher, dass sie integriert werden. Schliesslich bewirkt dies nachher eine positive Integration in allen Lebensbereichen, wenn man mindestens arbeiten kann oder auch noch eine gute Arbeit hat. Das heisst, dass wir halt wirklich etwas in diesen Bereich investieren müssen, damit wir auch etwas heraus holen können. Ich denke, es geht ja hier nicht immer nur um Kosten. Natürlich müssen wir etwas ausgeben, aber wir müssen auch schauen, was wir mit diesen Kosten erreichen oder was wir allenfalls auch verhindern können. Eine weitere Möglichkeit ist zum Beispiel jetzt gerade bei der Sprache. Wir sind uns ja in diesem Saal einig. Es ist nicht bestritten, dass die Sprachkurse ein wichtiger Faktor zur Integration sind. Nur sehe ich auch hier eine gewisse Schwierigkeit in Bezug auf die Nachhaltigkeit. Die Frauen – man bietet ja vor allem Sprachkurse für Frauen an – die ein bis zwei Sprachkurse, einen Anfänger- und einen Fortgeschrittenenkurs, besuchen. Nachher ist das Angebot erschöpft. Dort fehlt etwas. Denn wer garantiert uns, dass sie nachher weiter Deutsch reden? Wer unterstützt sie in der Konversation? Wo können sie ihr Deutsch verbessern? Wer überprüft auch einen gewissen Erfolg respektive ein gewisses Dranbleiben? Da braucht es meines Erachtens schon lange eine Unterstützung, sei es zum Beispiel in Form eines Treffpunktes oder was auch immer, wo sie sich treffen können, wo wirklich darauf geachtet wird, dass sie eben ihr Deutsch weiter pflegen können. Wir alle haben Sprachen gelernt. Alle von uns haben eine Französischkarriere hinter sich. Wir wissen alle, wie schwierig es ist, eine Sprache erlernen zu können und auch im Alltag zu gebrauchen, wenn man sie nicht spricht. Ich denke, das sind zwei solche Beispiele, wo es für mich wirklich jemanden braucht, der die Zeit, das Engagement hat, auch die Legitimation, solche Projekte ins Leben zu rufen oder zu schauen, was es braucht. Das Gleiche ist zur Quartierentwicklung zu sagen. Auch dort braucht es jemanden, der ein solches Projekt aufgleisen kann. Das stampft man ja nicht einfach aus dem Boden, hat es dann, und es läuft von selber, sondern es braucht jemanden, der es macht und auch begleitet. Das sind nur ein paar Beispiele von möglichen Aufgaben. Ich denke, wichtig wird ja dann auch sein, was diese Person damit macht. Bei uns hat der Stellenbeschrieb auch zu reden gegeben. Er ist bereits in Überarbeitung. Er lässt sicher einiges offen. Andererseits muss man sagen, dass wir bei der Schulsozialarbeit auch eine sehr offene Stellenbeschreibung gehabt haben, mit dem Hinweis, dass diese Stelle ja auch soll gestaltet werden können. Wir hoffen natürlich fest darauf, dass der Stadtrat sehr kritisch in der Wahl einer solchen Person ist, dass er also wirklich eine ausgewiesene Fachperson im Bereich Integration wählt und wirklich auch das Flair hat, eine solche Stelle besetzen und auch die Kontakte pflegen zu können. Wir sind überzeugt, dass man mit dieser Stelle, und zwar angegliedert an die Verwaltung, nicht als externer Auftrag, auf dem richtigen Weg sind und werden der Vorlage einstimmig zustimmen.

Christian Werner: Wir finden es sehr schade, dass der Bericht und Antrag sehr ideologisch gefärbt und auch tendenziös ist. Dazu kurz ein paar Ausführungen: Wenn man zum Beispiel auf Seite 3 bei 3c schaut, wird da beschrieben, wie die Bildungschancen der Jugendlichen und Kinder mit Migrationshintergrund nicht verbessert werden können. Das heisst, man sagt damit, dass die Chancengleichheit heute nicht besteht. Das ist einfach Humbug. Man kann nicht irgendwie ins Sälischulhaus schauen gehen und nachher sehen, dass mehr Ausländer zur Schule gehen als Schweizer und dann daraus schliessen, dass sie nicht die gleichen Chancen haben. Wenn man beispielsweise an eine Kanti schauen geht – ich bin kürzlich mit Jonas Hertner diskutieren gegangen – es sind viele Ausländer in dieser Klasse gewesen. Sonst kommst Du einmal mit mir an die Uni. Ich studiere mit so vielen Albanern, Türken und was weiss ich. In Olten ist es genau gleich. Man kann einfach nicht einen Missetand nehmen und daraus schliessen, dass die Chancengleichheit nicht besteht. Vielleicht nützen nicht alle Leute diese Chancen gleich. Aber das heisst nicht, dass die Chancengleichheit nicht gewährleistet ist. Das ist ein Unterschied. Auf Seite 4 bei 4c ist auch so etwas. Es ist natürlich immer bei den c: Verzichte auf Schliessen der Lücke. Auch dort steht, dass durch die mangelhafte Integration Folgekosten entstehen können. Du hast ja vorher selber ausgeführt, dass Du nicht weisst, ob der Integrationsbeauftragte etwas bringen wird. Dann kann man ja auch nicht sagen, dass, wenn er nicht geschaffen wird, Folgekosten entstehen. Das ist in diesem Sinne Unsinn, dass man daraus schliesst, dass sonst noch mehr Kosten entstehen. Es ist auch nicht nachgewiesen, dass die bestehenden Probleme im Integrationsbereich auf das Fehlen dieses Integrationsmannnes oder dieser Integrationsfrau zurück zu führen ist. Das glaubst Du. Ich glaube es nicht. Wegen der Kommission muss ich schon auch noch sagen, dass ich die Stellungnahme wirklich frech finde. Wir haben sehr lange darüber diskutiert, es von den verschiedensten Blickwinkeln aus betrachtet und alle Eventualitäten bedacht. Das erste Mal sind drei sind dagegen gewesen, und drei sind dafür gewesen. Das zweite Mal haben wir gar nicht mehr abgestimmt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Darf ich von allen Seiten um etwas mehr Sachlichkeit bitten?

Christian Werner: Es geht um die Sache, wenn eine Kommission etwas entscheidet. Ich will einfach den Leuten sagen, es kann nicht sein, dass, wenn ein Gremium der Legislative für die Kommission etwas entscheidet, dass jemand aus der Exekutive diesen Entscheid nachher wertet und ausführt, als ob man den Eindruck erhalten würde, beim ersten Mal sei falsch abgestimmt worden, weil man Sachen nicht richtig bedacht habe. So steht es. Zum Integrationsbeauftragten: Das ist für mich auch ein relativ schwaches Instrument, wenn er sagt, seine Stelle rentiere sich. Man stelle sich einmal vor, er würde sagen, seine Stelle rentiere nicht. Dann müsste er sagen: Schafft mich ab. Ich bin überflüssig. Es ist ja völlig klar, dass er sagt, eine solche Stelle rentiere. Das hier noch fett abdruckten. Ich weiss nicht, ob dies so ein Superargument ist. Das wäre, um den Bogen auf das vorherige Votum zu schliessen, fast das Gleiche, wie wenn man einen Kosovo-Albaner als neutralen Begutachter fragen würde, ob der Kosovo als unabhängig anerkannt werden soll durch die Schweiz. Es ist ja auch klar, welche Meinung er vertritt. Ich sage nicht, dass ich objektiv bin. Ich bin Vertreter einer Partei. Eine Partei ist immer parteiisch. Ich habe nie den Anspruch erhoben, objektiv zu sein. Zum Inhalt: Aus zwei eigentlichen Hauptgründen lehnen wir die Schaffung dieser Stelle ab: Der erste Grund ist sicher, dass wir nicht an die Notwendigkeit dieses Integrationsbeauftragten glauben. Schon die Aussage, dass eine Lücke besteht, basiert aus meiner Sicht auf einem zweifelhaften Bericht der Fachhochschule und vor allem auf der Überzeugung, dass Integration Sache des Staates ist. Wir glauben nicht, dass die bestehenden Probleme im Bereich der Jugendkriminalität, also Ausländerkriminalität und im Bereich der Integration mit dieser Stelle gelöst werden kann. Sie nicht die Folge der fehlenden Integrationsstelle, sondern vom fehlenden Anpassungswillen. Dazu einfach ganz kurz zwei Beispiele: Im Tessin um die Fasnacht hat es grosse Wellen geworfen. Drei Jugendliche haben einen anderen Jugendlichen, der an der Uni Zürich studiert hat, zu Tode geschlagen haben und nachher weiter saufen gegangen sind. Zwei davon sind eingebürgert gewesen. Diese Leute sind aus Eurer Sicht ganz sicher super integriert gewesen. Jemand, der nicht als integriert betrachtet wird, wird gar nicht eingebürgert. Auch Eingebürgerte verhalten sich schlechter als diejenigen, die effektiv nicht integriert sind. Deshalb ist es eben nicht in erster Linie ein Problem der fehlenden Stelle, sondern vom Anpassungswillen und

völlig verschiedenen Wertvorstellungen. Auch der Fall Zürich Seebach – das ist jetzt wieder aktuell in den Medien – sechs der zwölf Täter sind Eingebürgerte. Dass die Leute aber, die - es ist angetönt worden - die meisten aus dem Balkan kommen, vor allem Probleme machen, ist bekannt. Ich kann mich aus der Kommission erinnern. Luzia wird mir wahrscheinlich für einmal beipflichten, dass die Expertin aufgezeigt hat, aus welchen Ländern die Frauen, welche die Sprachkurse besuchen, kommen. Über die Hälfte ist aus Sri Lanka gewesen, ein paar aus Indien und aus Kanada, aus dem Balkan. Die Leute zeigen kein Interesse. Ich habe gefragt wieso. Dann hat die Expertin gesagt, sie komme nicht an diese Leute heran. Voilà. Aber das sind diejenigen, die man integrieren muss. Da muss der Integrationsbeauftragte viel besser als die Expertin sein, damit er an diese Leute heran kommt. Ob dies dann möglich ist, weiss ich nicht. Aber man wird es sehen. Auf der anderen Seite haben wir auch sehr viele Beispiele von gelungener Integration, wo Leute nie staatliche Hilfe beansprucht und sich zu 100 % integriert haben. Es heisst, dass, wenn der Wille vorhanden ist und eine gewisse Leistung der zu integrierenden Ausländer auch kommt, ist eine Integration mit den heute bestehenden Angebote, die wir in der Stadt Olten haben, möglich. Wir haben ja verschiedene Sprachkurse, die ich auch in der Kommission unterstützen kann, obwohl ich laut den Grünen gegen Integration bin. Dann hätte ich ja den Sprachkurs auch bekämpfen müssen. Diese Unterstellung stimmt nicht ganz. Der zweite Hauptgrund ist, - das ist angetönt worden - dass ich hier nicht mehr grosse Erklärungen mache. Ich will die Stimmung nicht weiter aufheizen. Die fehlende Kompensation ist natürlich auch etwas, das uns stört. Der Weiterausbau des Staatsapparates, nachdem in den letzten zwei, drei Jahren bereits andere Stellen ohne Kompensation geschaffen worden sind. Das können wir nicht unterstützen. Deshalb werden wir auch nicht eintreten, den Rückweisungsantrag unterstützen und wenn dies auch nichts fruchtet, sind wir halt am Schluss dagegen.

Heidi Ehrsam: Die CVP/EVP-Fraktion hat sich an ihrer Sitzung ebenfalls vom kantonalen Integrationsdelegierten, Herrn Weibel, über die Vorteile einer Integrationsstelle in der Stadt Olten informieren lassen. Ganz in allen Teilen hat er uns nicht überzeugt. Der vorliegende Bericht und Antrag ist zudem in unserer Fraktion kritisch aufgenommen worden, vor allem die Stellenbeschreibung. Unsere Fraktion freut es, dass sich die Nachfrage nach Deutschkursen als wichtigste Integrationsmassnahme positiv entwickelt. Dass weitere gezielte Integrationsmassnahmen nötig sind, ist bei uns eigentlich unbestritten. Der Handlungsbedarf im Gemeinwesenprojekt auf Quartierebene ist sicher gegeben und auch schon von anderen Sprechern erwähnt worden. Das zeigt die Studie der Fachhochschule in der Bestandesanalyse deutlich. Auch bei den Familienbegleitungsprojekten und Frühförderungskonzepten sehen wir Chancen einer nachhaltigen Integration von Ausländern und Ausländerinnen. Positive Wirkungen sehen wir vor allem bei der Bildung, Gesundheit und Sozialisierung. Neben den Vorteilen für die gesamte Gesellschaft sehen wir bei diesen Massnahmen auch einen wirtschaftlichen Nutzen, das, weil vor allem die Symptomkosten für Integrationsdefizite kleiner werden. Zur Frage, ob bei der Integrationsarbeit eine Integrationsstelle oder ein Leistungsauftrag eher zum Ziel führt, kommt unsere Fraktion zur Ansicht, dass die Nachteile der Variante B, die einen Leistungsauftrag vorsieht, offensichtlich sind. Deshalb haben wir diese Variante dann gar nicht weiter diskutiert. Variante A, die eine Integrationsbeauftragte oder einen Integrationsbeauftragten vorschlägt, scheint uns der optimalere Weg zu sein, um in den verschiedenen Integrationsbereichen bessere Resultate zu erhalten. Das darf aber nicht dazu führen, dass der Kanton aus der Pflicht entlassen wird, in der grössten Stadt des Kantons mit dem grössten Ausländeranteil für Integrationsarbeit zu sorgen und auch finanzielle Unterstützung bereit zu stellen. Die Integrationsstelle soll nach unserer Auffassung eher dem Stadtpräsidium als Stabsstelle zugeteilt werden, weil es sich um eine Querschnittaufgabe handelt, die neben der sozialen Sicherheit auch die Stadtentwicklung massgeblich beeinflussen kann. Die bisherige Unterstellung der Integrationsprojekte sollte dabei kein Hindernis sein. Die dem Antrag beigelegte Stellenbeschreibung befriedigt in dieser Form nicht. So ist die Meinung vertreten worden, dass das Stellenprofil durch den abgeschlossenen Leitbildprozess wahrscheinlich kompetenter ausgefallen wäre. Im Besonderen fehlen in der Stellenbeschreibung die Kompetenzen und Wirkungsziele. So ist in der Fraktion die Befürchtung aufgekommen, dass an dieser Stelle zu viel verwaltet anstatt initiiert wird. Wir sind uns natürlich bewusst, dass der Erfolg vorwiegend davon abhängig ist, wie proaktiv die betreffende Person an dieser Stelle ist und welche Persönlichkeit dafür gefunden werden kann. Selbstverständlich setzen

wir voraus, dass bei einer allfälligen Ausschreibung das Aufgabenbild und Leistungsbild konkretisiert werden. Der kritisierte Stellenbeschrieb ist ein erster Entwurf. So steht es im Bericht und Antrag auf Seite 3 unter Punkt 3a, letzter Satz. Dieser Hinweis im Bericht und Antrag kann durchaus ein Argument dafür sein, den Stellenbeschrieb im Rahmen der ganzen Vorlage nicht überzubewerten. Sicher aber hat die Sozialdirektion die Wichtigkeit dieser Beilage für die politische Diskussion unterschätzt. Trotz der Kritik dieser Vorlage gegenüber sehen wir die Wichtigkeit dieser Stelle, sehen, dass ein Vertagen des Entscheides für die weitere Integrationsarbeit nichts bringt, und sind überzeugt, dass bei den richtigen Integrationsleistungen ein Return on Invest gegeben ist. Der Faktor des wirtschaftlichen Nutzens wird schwierig zu ermitteln sein. Trotzdem brauchen wir, falls die Stelle jetzt geschaffen wird, nach Ablauf der Befristung in drei Jahren aussagekräftige Ergebnisse, die den Entscheid, wie es mit der Integrationsstelle weiter gehen soll, deutlich aufzeigen. In diesem Sinne ist unsere Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Die Rückweisung des Geschäfts und die Kompensation der Stellenprozente sind kontrovers diskutiert worden und haben keine Mehrheit gefunden. Wir stimmen mehrheitlich Variante A des Beschlussesantrages zu.

Jonas Hertner: Christian Werner, wir können uns ja heute schon einfach den ganzen Abend lang Vorwürfe um die Ohren schlagen. Natürlich sind Parteien parteiisch. Wir sind aber hier in diesem Saal, um Lösungen auf Probleme zu finden. Wenn es um Analysen wie bei diesem Geschäft geht, dient den Parteien in ihrem eigenen Interesse am besten, wenn sie objektiv zu einer Debatte beisteuern. Das Argument, dass Chancengleichheit besteht, nur weil der Ausländeranteil in unseren Klassen steigt, stimmt solange nicht, wie Schüler einfach keine Lehrstelle finden, solange sie eine Namensendung mit „ic“ haben. Das Argument „diese Stelle rentiert“ oder es sei eben kein Argument. Manchmal habe ich das Gefühl, es ist einfach das einzige Argument – ich habe auch Mühe damit – das Ihr versteht. Die Stelle muss rentieren, und dann können wir sie bewilligen.

Luzia Stocker Rötheli: Gerade die fehlende Erreichbarkeit von Frauen aus dem Balkan, spricht jetzt für mich wirklich für die Person, die sich darum bemüht, an diese Gruppe heran zu kommen. Kontakte bestehen zum Teil ja schon. Aber eben diese müsste man ja vertiefen und dann wirklich auch einen Schritt weiter gehen können. Das braucht Zeit und Vertrauen der Leute. Ich bin überzeugt, auch aufgrund meiner Arbeit, die ich in diesem Bereich ja auch noch mache, dass man schon an diese Leute heran kommt. Aber es braucht eben wirklich etwas mehr Geduld als man halt vielleicht mit einem Brief respektive einer Ausschreibung erreicht. Deine Argumentation spricht eigentlich für eine solche Stelle. Ich bin überzeugt, dass es nützt. Aber ich meine, das ist eine Glaubensfrage.

Stephan Hodonou: Ich habe schwer mit dieser Vorlage gerungen, weil ich absolut für Integration und dafür, dass man dafür auch Ressourcen frei setzt, bin. Aber ich habe gemerkt, dass ich mit dieser Vorlage aus anderen als den bisher genannten Gründen auch grosse Mühe gehabt habe, weil ich wirklich das Gefühl habe, dass es eigentlich in die falsche Richtung läuft. Ich möchte jetzt in ein paar Punkten sagen warum. Für mich hat auch die Studie der Fachhochschule grosse Mängel, wo ich einfach sage, dass ich es von der Fachhochschule schwach finde. Aber das ist ein anderes Thema. Weshalb habe ich Mühe damit? Es wird quasi gesagt, es braucht einen Koordinator, der solche Projekte aufzieht. Für mich ist das und auch wie es jetzt bei der Direktion Soziales unterstellt ist – vielleicht sehe ich es falsch – mehr so quasi eine weitere Sozialarbeitsstelle, weil diese Person an der Front sein wird. Es ist hier auch gesagt worden. Zum Beispiel Treffpunkt initiieren und so weiter. Wer etwas damit zu tun hat, weiss einfach, Treffpunkt zum Betreuen, das absorbiert schwups 10 %. Jetzt kann man sich einmal ausrechnen, was es nachher heissen wird. Auch unglücklich habe ich wirklich die Stellenbeschreibung gefunden, wo man schaut, was diese Person können muss, ist nicht geklärt. Meiner Meinung nach müsste sie Erfahrung mitbringen, zum Beispiel aus der Flüchtlingshilfe oder der Entwicklungszusammenarbeit oder einfach einen ethnischen kulturellen Hintergrund mitbringen. Das habe ich hier nirgends entdecken müssen. Es heisst so undifferenziert, Sprachen müsse sie können. Aber sie müsste zum Beispiel Albanisch können. Das muss man doch sagen. Wenn man schon so konkret sein möchte mit Treffpunkt, kommt dazu, dass eigentlich die Person * integrieren von Ausländern. Wir sprechen von der Stadt Olten mit dem grössten Ausländeranteil im

Kanton. Wir haben über 80 Nationen in dieser Stadt. Ich weiss nicht, ob Ihr Euch dies bewusst seid. Ich habe viel Kontakt mit Ausländerinnen und Ausländern. Wir haben über 80 Nationen in dieser Stadt. Welche Person wollt Ihr finden, die 80 Nationen integriert? Ich kann nur die Hälfte von 40 nehmen. Das seid Ihr immer noch heillos überfordert. Eine Person zu finden, die diesen Job für uns macht, gibt es einfach nicht. Ihr werdet niemanden finden, auch nicht für 100 % und auch nicht für 200, der diesen Job erledigen. Das gibt es nicht. Deshalb finde ich, dass es total der falsche Ansatz ist. Diese Person wird im Nu überfordert sein und wird Projekte machen. Aber dann kommen eben die Leute, die sich sowieso integrieren lassen wollen. Deshalb habe ich das Gefühl, dass wir kurz gesagt eigentlich eine „eierlegende Wollmilchsau“ suchen, welche die 80 Nationen mit all diesen Sprachen irgendwie integriert. Das ist unmöglich. Jetzt rede ich davon, was ich eben glaube, was wir eigentlich bräuchten. Ich bin für Integration, aber ich möchte sagen, was wir eigentlich in dieser Stadt bräuchten. Der Knackpunkt sind zum Beispiel die Kompetenzen. Ich habe an der Fraktionssitzung gefragt, welche Kompetenzen diese Person denn habe. Das ist sehr entscheidend. Thomas Kessler ist schon so vielsagend immer genannt worden. Er ist direkt dem Regierungsrat unterstellt, direkt dem Regierungsrat. Er macht nicht Frontarbeit. Er geht nicht den Treffpunkt betreuen. Er macht strategische und konzeptionelle Arbeit. Genau das bräuchten wir eigentlich. Wir bräuchten jemanden in dieser Stadt, der strategisch und konzeptionell ganzheitlich Integration durch alle Departemente, Abteilungen und Direktionen hindurch anschaut und sagt, wie wir durch alle Direktionen hindurch Integration betreiben können. Jemand, der den Stadtrat berät und sagt, was man machen muss. Ich möchte nur zwei Beispiele erwähnen. Das eine ist in den Quartieren. Auf der rechten Aareseite haben wir grosse Probleme mit der sozialen Zusammensetzung. Man sagt zum Beispiel – es gibt solche Modelle -: alle Hauseigentümer anschreiben und sie vielleicht mit einem finanziellen Anreiz für eine Durchmischung ihrer Mieter motivieren, und man dies nachher aufgleist. Wir brauchen eigentlich nicht jemanden, der an der Front ist, sondern jemanden, der die Integration multipliziert. Diese Person muss der Kanton Solothurn in die Pflicht nehmen. Der Kanton hat das grösste Interesse, die grösste Gemeinde mit dem grössten Ausländeranteil quasi zu fördern. Das Geld steht bereit. Er soll das Geld in Solothurn abholen und für unsere Projekte einsetzen. Ein Beispiel: Kleinere Klassen. Der Kanton verwehrt uns kleinere Klassen, obwohl wir einen so hohen Ausländeranteil haben. Dort muss den Kanton in die Pflicht nehmen. Das kann so jemand machen.

Caroline Wernli Amoser: Zu Christian Werner: Das Tessin hier herbei zu ziehen, da habe ich etwas Mühe. Das ist einfach grundsätzlich schrecklich gewesen. Ich glaube, hier sind wir uns alle einig. Trotzdem: Auch wenn ich dies nicht möchte, gibt es auch Schweizer, die als Schweizer oder auch als Schweizerinnen geboren worden sind, die irgendwie als Mörder oder Mörderinnen enden. Ich weiss nicht, ob es ein Enden ist. Offenbar im Gegensatz zur SVP ist die SP in den letzten Jahren lernfähig gewesen. Wir haben nämlich inzwischen begriffen, dass Integration fördern und fordern heisst. Wir haben es eigentlich schon immer gewusst. Es gibt einfach Kreise, die dies irgendwie nicht akzeptieren wollen. Integration heisst für uns deshalb eben auch fordern und das heisst, sich an die Gesetze halten. Das gehört auch zur Integration. Es geht nicht nur um Deutschkurse oder irgendwelche Kurse, die sicher auch wichtig sind. Probleme mit der ausländischen Bevölkerung, auch in Olten, sind da, und das wollen wir nicht, vielleicht auch nicht mehr verherrlichen. Bei uns ist aber auch der Wille da, Lösungen zu finden. Das ist die Voraussetzung, dass man überhaupt Lösungen finden kann, dass man bereit ist, nach Lösungen zu suchen. Das Wichtigste für einen Integrationsdelegierten ist für mich eben, den Kontakt zur ausländischen Wohnbevölkerung herzustellen. Ich denke, da ist das Wort „Schlüssselfigur“ ganz wichtig. Ich weiss, dass dies hohe Ansprüche sind. Aber nur so können wir schliesslich an diese Leute heran. Das ist ein Auftrag, den diese Person hätte, zu versuchen an solche Schlüssselfiguren heran zu kommen. Solche Schlüssselfiguren sind eben sehr oft nicht Frauen, sondern sind eben sehr oft Männer. An sie ist es je nachdem noch schwieriger, heran zu kommen. An die Frauen kommt man je nachdem über die Kinder oder über die Schulen noch eher heran. Es steht und fällt mit der Person, die angestellt wird. Mir ist klar, dass an diese Person Riesenansprüche gestellt würden. Es ist mir aber auch wichtig darauf hinzuweisen, dass ich hoffe, dass bei der Anstellung nicht der gleiche Fehler wie bei der Schulsozialarbeit gemacht wird, sondern, dass man sich hier wirklich auch Zeit lässt, wenn es Zeit braucht, damit man eine Person findet, die Erfahrung in der Integrationsarbeit hat. Ich möchte vielleicht noch

darauf hinweisen: Thomas Kessler ist ein paar Mal erwähnt worden. Ich nehme an, er kann weder Albanisch – ich weiss es nicht – aber er kann sicher nicht 79 weitere Sprachen. Auch er kann dies nicht abdecken. Luzia hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass Thomas Kessler ein Team zur Verfügung hat. Er muss es nicht alleine machen. Ich glaube, mit einem Team müssen wir hier gar nicht kommen. Da sind wir gleich chancenlos. Wir reden von einer 50-%-Stelle.

Christian Werner: Ich möchte zwar noch viel sagen, aber ich verzichte zugunsten des Geburtstages.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Danke.

Mario Clematide: Ich bin ja kein Integrationsspezialist. Ich arbeite vielleicht etwas und schaue etwas zu. Ich habe ich zum Beispiel in dieser freiwilligen Arbeitsgruppe gearbeitet, wo Heinz und Werner dabei gewesen sind, die Luzia angestellt hat, wo man direkte Kontakte mit der ausländischen Bevölkerung gehabt haben. Dort ist eines ganz klar gewesen: Dass die Zeit gefehlt hat, dies auf eine professionelle Basis zu stellen. Das würde dafür sprechen, dass man einem solchen Integrationsbeauftragten das Wort spricht. Auf der anderen Seite ist in meinem Lehrerkollegium Elisabeth Egli – das ist die Initiatorin von Granges – mélange. Sie hat mit immer wieder aufgezeigt, was möglich ist, wenn man Milizarbeit macht. Was Unterricht anbelangt, Kanton und dergleichen, Vorwürfe. Das BBZ Olten führt an der Gewerblich-industriellen Berufsschule seit Jahr und Tag einen Integrationskurs mit ausländischen Kindern. Hier stellt der Kanton grosszügigerweise Geld zur Verfügung. Wenn es also darum geht, entsprechende Ziele anzustreben, sind beim Kanton die entsprechenden Mittel schon zu holen. Das dazu. Wenn ich aber die Diskussion heute Abend verfolge, stelle ich fest, dass die meisten mit der Vorlage eigentlich unzufrieden sind. Trotzdem will man sie befürworten. Für mich sind zwei Sachen die Grundvoraussetzung dass Integrationspolitik, wenn sie städtisch ist, klappt: Das ist erstens einmal ein klarer Stellenbeschrieb. Dieser fehlt. Es ist ein Flickwerk. Zweitens: Das liegt in der Natur der Sache. Die Stelleninhaberin oder den Stelleninhaber haben wir noch nicht. Wenn ich Dich, Felix, richtig interpretiere mit Deiner Aussage: Die Vorlage hat keinen „Pfupf“. Sie kommt wie eine lahme Ente daher - das ist meine ganz persönliche Interpretation - dann bist Du eigentlich mit dieser Vorlage nicht einverstanden. Aber aus politischen Gründen ist es Dir nicht möglich, die fachmännische Meinung, die Du hast, vorne hin zu stellen und zu sagen: Eigentlich muss dies noch einmal zur Überarbeitung zurück, sondern Du sagst: Wir geben sie auf den politischen Weg. Ich für mich kann dies nicht. Für mich ist es eine Blackbox. Ich habe das Vertrauen in die Sozialdirektion und die Verantwortlichen der Sozialdirektion im Rahmen der Integrationspolitik nicht. Deshalb sage ich: Zurück an den Absender.

Rudolf Moor: Ich möchte auf einen Aspekt zu reden kommen, der mich hier jetzt gestört hat. Es geht um die Vorurteile gegen die Leute aus dem Balkan. Verschiedene Redner haben dies explizit oder implizit angesprochen. Ich finde diesen Stil, die Vorurteile sozusagen als selbstverständlich zu verbreiten, inakzeptabel. Ich kenne selber viele Leute aus dem Balkan und pflege mit ihnen immer beste Beziehungen. Ich glaube auch, dass gerade solche Vorurteile die Integrationsarbeit erst recht nötig machen. Vielleicht wäre es gerade ein Grund, eine 100%-Integrationsstelle haben, weil genau solche Vorurteile die Integration erst nötig macht. Ich möchte hier einfach im Prinzip alle bitten, den Leuten aus dem Balkan, die bei uns nämlich arbeiten und leben, mit mehr Respekt entgegen zu treten.

Urs Knapp: Ich bin jetzt einfach von Stephan sehr beeindruckt. Ich habe gerne zugehört, auch wenn es etwas länger gegangen ist. Ich weiss jetzt nicht, ob Stephan für oder gegen die Vorlage ist. Ich hätte es nie so gut sagen können. Für mich geht es jetzt sehr viel in die gleiche Richtung. Die Vorlage, die Antwort ist für mich nicht die Frage, ob es diese Stelle braucht oder nicht. Ich kann mir kein Urteil bilden. Es sind noch viel zu viele Fragen offen. Von daher muss man die Vorlage zurück weisen. Noch viel eleganter wäre – ich habe es schon vor einer Woche gesagt, es ist leider nicht angekommen - die Sozialdirektion würde die Vorlage zurück ziehen und eine gute Vorlage machen, denn die Vorlage – ich muss es so sagen - ist schlecht. Sie stellt zum Beispiel gleich, wenn man gegen den Integrationsbeauftragten ist, dass man gegen die Integration ist. Das ist falsch. Das ist

wirklich billigste Propaganda. Auf Seite 3 beim c-Artikel - ich habe ich mich schon einmal sehr geärgert, ich muss es noch einmal loswerden - wenn man auf die Integration verzichtet, „mit Ausnahme der sprachlichen Angebote“. Alle haben gesagt, die sprachlichen Angebote sind ganz wichtig. Die Herabwürdigung der sprachlichen Angebote ...* Die Vorlage diskutiert x Themen nicht. Zum Beispiel die Regionalisierung. Wir werden in der Juni- oder dann in der September-Sitzung über Sozialregionen entscheiden. Integration hört nicht an der Stadtgrenze auf. Wir haben beispielsweise im Dezember bei der Suchthilfe eine regionale Lösung zusammen mit dem Regionalverein gesucht haben. Wir haben dort sogar eine Lösung machen können. Olten hat einen beschränkten Einsatz von Mitteln gehabt und hat noch mehr erhalten. Es wird in dieser Vorlage nicht einmal diskutiert: Müssten wir nicht das machen? Wäre es nicht sinnvoll, eine Trägerschaft zu suchen?, In der Stadt, aber man könnte es in einem Regionalverein oder in einer Sozialregion machen. Vielleicht braucht man heute sogar noch mehr als 50 % eines Integrationsbeauftragten. Es wird mir hier nicht beantwortet. Es ist unklar, wo sie in der Verwaltung eingebunden ist. Wenn man den Stellenbeschrieb anschaut, ist es ein Teil dieser Vorlage. Das zeigt doch viel besser, wessen Kind der Stellenbeschrieb ist. Auch hier wieder ein Hinweis. Man hat auch in der GPK gesagt, der Stellenbeschrieb sei schlecht. Der zuständige Stadtrat hat dann gesagt, es sei unmöglich. Er habe die Kapazitäten nicht, diesen innert vernünftiger Zeit zu machen. Er hat sogar gesagt, es könne in diesem Jahr nicht mehr sein. Wenn ich es richtig verstanden habe, Felix, hast Du innerhalb von fünf Tagen einen Stellenbeschrieb gemacht. Ich gratuliere. So habe ich es verstanden. Aber auch das ist wieder fraglich. Wenn wir wirklich schauen, wie wichtig Integration ist, muss man halt die Ressourcen auf dieses Thema fokussieren und andere Sachen weniger machen. Aus all diesen Gründen: Ich bin ganz klar für die Integration, vielleicht sogar für einen Integrationsbeauftragten. Aber ich möchte wissen, was er macht. Ich möchte wissen, wie er eingebunden ist. Ich möchte wissen, wie er regional „verhängt“ ist. All dies erfahre ich hier nicht. Deshalb werde ich auch für Rückweisung stimmen.

Stefan Nünlist: Erstens muss ich die Ausführungen von Urs Knapp unterstützen. Zweitens, Ruedi, das vom Balkan ist übrigens nicht von mir. Das hat bei uns Albert Weibel gesagt. Ich bin dem dann nachgegangen. Im Bericht des Bundesrates von 2005, wo er über die Ausländerpolitik alles Statistiken aufgeführt, kommt er genau zu diesem Schluss. Es sind die Länder des westlichen Balkans und EU-Beitrittskandidaten. Das ist aus einem offiziellen Dokument. Ich finde, wir müssen uns noch einmal zur Wahrheit bekennen. Wir müssen auch sagen, wenn wir eben weiter kommen und einen gemeinsamen Nenner in der Integrationspolitik finden wollen. Wir kommen ja aus ganz anderen Wahrnehmungen. Ich arbeite ja in einem Geschäft. Mein Chef ist ein Ausländer, und ich habe um mich herum nur Ausländer. Wir haben zwischen 60 und 80 Nationen in unserem Geschäft. Das ist etwas völlig Normales. Aufgrund unserer Biografien haben wir unterschiedliche Wahrnehmungen. Aber wichtig ist, dass wir uns hier einmal einig werden, wo genau das Problem ist. Dann müssen wir auch die Ehrlichkeit haben, das Problem zu benennen. In der Öffentlichkeit gibt es neben dem störenden Verhalten von gewissen Ausländern, das wir einfach so empfinden – ich weiss nicht, womit dies zu tun hat - überproportionale Beanspruchung von Sozialwerken. Das ist etwas, das die Öffentlichkeit stört. Das andere ist das Thema Kriminalität. Das ist halt eine statistisch erwiesene Tatsache. Dazu müssen wir uns bekennen und schauen, wie wir etwas dagegen unternehmen können. Ich finde, das erste, was wir machen, ist einmal ehrlich zu sein, auch hier. Man kann nicht immer politische Korrektheit verstecken und so tun, als ob es kein Problem gebe. Ich finde, das ist völlig falsch.

Felix Wettstein: Ich möchte beim Thema Ehrlichkeit anknüpfen. Wenn ganz viele Leute, fast alle hier, sagen: Ich möchte mich um Integration bemühen - es ist nicht einfach eine Frage, ob eine Stelle geschaffen wird oder nicht – dass ich unter Beweis stellen kann, dass Integration passiert, dann bin ich damit völlig einverstanden. Ich finde es wichtig zu sagen, wenn es vorwärts gehen soll, gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie wir dies vorwärts bringen. Das ist eine Antwort auf Dich, Mario. Wenn ich mit einer Vorlage nicht rundum einverstanden oder glücklich bin – und das ist nicht nur meine Meinung, sondern die Fraktionsmeinung gewesen – habe ich die Möglichkeit zu sagen, wir treiben die Chance, die darin liegt, voran und tragen noch dazu bei, dass, was uns noch nicht rundum glücklich

macht, diese Lücke, möglichst bald geschlossen wird oder die Unvollkommenheit etwas kleiner wird. Sagen wir einmal so. Das ist tatsächlich meine Art, wie ich damit umgehe. Wenn ich jetzt noch nicht sage, muss das so verstanden werden, man könnte in absehbarer Zeit auf dieser Schiene nicht aktiv werden. Dann wird es für mich schwierig, an diese Ehrlichkeit zu glauben, welche die gleichen Leute zum Teil für sich beanspruchen. Dort kann man natürlich das Haar in der Suppe an vielen Orten finden, und auch wenn es dicke Haare sind, kann man natürlich sagen: Man muss aber auch noch regionalisieren, und diese Stelle muss doch aber auch noch strategisch und konzeptionell usw... Es ist für sich gesehen alles berechtigt als Gedanken. Aber wenn wir wollen, dass etwas vorwärts geht, müssen wir jetzt unsere strategischen Möglichkeiten ausschöpfen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Darf ich Euch bitten, zu Gunsten der Effizienz auf Wiederholungen zu verzichten.

Mario Clematide: Schon klar, Felix, Du billigst mir zu, dass ich aufgrund meiner Erfahrung, die ich mit dem Sozialdepartement gemacht habe, entscheiden kann.

Andreas Schibli: Felix Wettstein, ich muss jetzt gleichwohl noch etwas sagen auf Dein Votum. Wenn Du sagst, man kann nur mit einer solchen Stelle aktiv sein, habe ich persönlich wirklich extrem Mühe. Es liegt grundsätzlich bezüglich Integration an jedem, der hier sitzt, Integration zu machen. Von meinem Job her mache ich dies tagtäglich. Ich bin seit fünf oder sechs Jahren im Vorstand des Siam-Schweiz-Vereins. Ich weiss nicht, ob Dir dies ein Begriff ist. Es sollte eigentlich allen ein Begriff sein. Stadtrat Peter Schafer ist dies ein Begriff. Bei „in Olten gemeinsam“ haben wir dort einmal etwas abholen können. Ich möchte kurz sagen, was das ist. Dort mache ich auch Integration. Der ganze Verein macht Integration. Siam ist ja das alte Wort für Thailand. Wir tauschen die schweizerische und die thailändische Kultur gegenseitig aus. Alle Thai-Fest, die in der Umgebung organisiert worden sind oder werden, stehen unter diesem Verein. Das passiert ehrenamtlich. Das kann ich ohne Integrationsbeauftragten machen, ehrenamtlich. Ich brauche nichts davon, weil ich auch nichts davon habe. Aber um so etwas zu unternehmen, brauche ich dies nicht. Etwas weiteres, das jeder hier bezüglich Integration machen kann, ist mit der Familie. Meine ältere Tochter geht in den Kindergarten. Ich sage ihr: Nimm doch einmal ein „Gspänli“ mit, das jetzt halt nicht so gut Schweizerdeutsch kann. Dann geht meine Tochter dorthin, und nachher kommt sie zu uns nach Hause. Das ist Integration. Dafür braucht es keinen Integrationsbeauftragten.

Stephan Hodonou: Felix Wettstein, wenn Du sagst strategisch. Es ist eben mehr als ein Haar in der Suppe. Es ist ein total anderes Gericht, ob ich an der Front arbeite oder strategisch. Das ist komplett etwas anderes.

Stadtrat Peter Schafer: Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass wir von der Fachhochschule eine Analyse von haben machen lassen. Sie ist seinerzeit im Gemeindeparlament sehr gut angekommen. Sämtliche Lücken, die auf Gemeindegebiet geschlossen werden können, sind aufgelistet. Wir haben sie im Bericht und Antrag auf Seite 2 übernommen. Die Analyse der Fachhochschule hat rund Fr. 6'000.— gekostet. Wir können gerne noch einmal ein Papier machen. Wir können noch einmal hierher kommen und sind noch einmal gleich weit. In dieser Vorlage geht es um eine Stelle. Der Stellenbeschrieb ist kritisiert worden. Es ist ein Entwurf. Aber ich möchte Sie schon bitten, dem Geschäft gleichwohl zuzustimmen. Die Stellenbeschreibung kommt sicher auch in die Kommission und wird von ihr noch einmal begutachtet. Die Sachen, die berücksichtigt werden können, werden sicher berücksichtigt.

Stephan Hodonou: Der Bericht hat schon Mängel. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Aber er hat Mängel. Man hätte ihn schon auseinander nehmen können. Aber was ist der Sinn davon?

Beschluss

Mit 27 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir haben einen Rückweisungsantrag der Fraktion FdP.

Heinz Eng: Ich bin für kurze Voten. Meine Stimmungslage zu dieser Vorlage des Stadtrates ist folgende: Ich kann hier ein Zitat aus Goethes Faust nehmen. „Den Willen hätt ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Den Willen zur Integration hat die FdP. Sie macht in der Integrationskommission mit. Sie hat Budgets, wo ja Mittel für solche Projekte eingestellt sind, ebenfalls bewilligt. Es finden Muki-Deutschkurse, Deutschkurse für Erwachsene usw. statt. Hier passiert schon einiges bezüglich Integration in Olten. Herzlichen Dank auch an den Stadtrat respektive an Hans Peter Müller, der eine grosse Arbeit macht. Das habe ich in den letzten paar Jahren immer geschätzt. Man ist immer im Bild, und das ist effizient. Der Glaube fehlt. Die Kompensation ist genannt worden. Was gesamtschweizerisch in den Städten abläuft, muss man eben auch kurz reflektieren. Die Sozialdossiers sind am Sinken, die Tendenz mit der heutigen Arbeitsmarktsituation. Warum dies in Olten nicht so ist, dass dort Ressourcen frei geschaufelt werden können, um eben die Stelle, die man jetzt hier schaffen will, intern bereits so aufzugleisen, ist mir schleierhaft. Sollten die Sozialdossiers in Olten in der heutigen Zeit effektiv steigen, ist hier etwas nicht ganz in Ordnung. Das zweite ist der Verbund in der Region, angesprochen worden von Urs Knapp. Es macht nicht an der Stadtgrenze Halt. Wir haben in der Integrationskommission auch Projekte diskutiert mit der grünen Moschee usw. Die Kommissionsmitglieder können sich erinnern. Zur Integrationskommission: Markus Ammann hat es gesagt: Ich habe wirklich auch gestaunt. Gestaunt habe ich über Dich, Felix Wettstein, da ich Dich eigentlich als sehr ausgewogene Person schätze. Du hast der Integrationskommission vorgeworfen, sie betreibe Obstruktion, mache Lippenbekenntnisse und bringe nichts. Luzia hat es sehr diplomatisch gesagt. Ich kann es leider nicht so: Das ist absoluter Hafenkäse und birnenweich. Ich möchte hier zu Händen von Luzia herzlich danke sagen. Für mich als Vizepräsident der Integrationskommission ist es eine Ehre und Freude, mit allen Mitgliedern und an diesen Projekten zu arbeiten. Es ist klar, dass es kontrovers diskutiert wird. Deshalb gibt es auch gewisse Abstimmungsresultate. Zur Vorlage: Ich finde auch, dass man sie zurück weisen muss. Es braucht eine Nachbesserung. Integration muss über die Sprache sein. Das ist aufgegleist. Integration findet statt und wird auch weiter gehen, auch ohne diese Stelle. Integration ist Chefsache. Deshalb bitte ich und plädiere dafür, dass man sie eben zurück weist.

Beschluss

Mit 22 : 21 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Beschlussesantrag

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich stelle Variante A und Variante B einander gegenüber und nehme aber jedes Mal, auch bei Ziffer, a und b dazu, weil es sonst unsinnig ist. Wir können nicht gut eine 50-%-Stelle annehmen und keine Kredite sprechen. Ich glaube, da seid Ihr einverstanden.

Stefan Nünlist: Ich würde gerne einen Antrag stellen und zwar zu Ziffer 2 litera a, wo es heisst: „50-%-Stelle der Lohnklasse 50, befristet auf drei Jahre“. Ich würde gerne folgenden zweiten Satz machen: „Die 50 % werden innerhalb des bestehenden Stellenplanes kompensiert“.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Es wäre gut, wenn man dies im Voraus schriftlich hätte. Dann könnte man es in den Fraktionen diskutieren. Einfach für ein nächstes Mal. Danke.

Stadtrat Peter Schafer: Wie meinst Du das? Innerhalb der gesamten Stadtverwaltung oder der Sozialdirektion.

Stefan Nünlist: Meine Kollegen sagen im Sozialen, und ich sage innerhalb der gesamten Stadtverwaltung. Es gibt etwas mehr Flexibilität.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Innerhalb des Stellenplanes heisst innerhalb des Gesamtstellenplanes.

Stefan Nünlist: Wir haben irgendwie 182 Stellen bewilligt. Das wird nicht erhöht, sondern dort wird einfach kompensiert.

Heidi Ehrsam: Sind denn in diesem Stellenetat die Lehrerstellen auch inbegriffen oder exklusiv?

Stefan Nünlist: Nein, die Lehrerstellen sind meines Wissens in diesem Stellenplan nicht inbegriffen, den wir im Budget bewilligen müssen. Aber der Stadtrat müsste mich sonst korrigieren, wenn ich es falsch im Kopf hätte.

Stadtrat Peter Schafer: Der Stadtrat hat die Kompensation im Vorfeld bereits eingehend geprüft. Wir haben alles angeschaut. Es gibt keine Kompensationsmöglichkeiten. Für den Stadtrat würde die Annahme dieses Antrages bedeuten, dass man die Stelle nicht umsetzen würde, bis Kompensationsmöglichkeiten vorhanden wären.

Stefan Nünlist: Das wäre ein Fall von stadträtlicher Insubordination.

Dr. Markus Ammann: Ich wiederhole mich hier vielleicht schon fast gebetsmühlenartig. Ich finde dies einen absoluten Unsinn. Man verbindet wieder einmal zwei Sachen, die nichts miteinander zu tun haben, und vor allem setzt dies beim Stadtrat natürlich ein völlig falsches Signal, völlig falsche Anreize. Es führt halt einmal mehr dazu, dass der Stadtrat, wenn er einmal die Möglichkeit hätte, etwas aufzugeben, dies ganz sicher nicht machen wird, mit Garantie schauen wird, dass er dies vertuschen kann, bis nämlich wieder eine Aufgabe kommt, wo er eine halbe oder ganze Stelle mehr braucht. Ich finde dies einen völligen Unsinn, es setzt ganz klar für den Stadtrat einen falschen Anreiz.

Luzia Stocker Rötheli: Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass im Antrag ja steht, dass zumindest – ich denke, ein guter Wille des Stadtrates ist ja hier erkennbar – 30 Stellenprozent im Moment nicht besetzt werden und im laufenden Jahr so eine Teilkompensation möglich ist. Einfach, damit dies auch zur Kenntnis genommen wird, dass der Stadtrat nicht einfach nur auf stur schaltet, sondern eine gewisse Flexibilität an den Tag legt.

Urs Knapp: Zur Flexibilität, Luzia: 30 % heisst in diesem Jahr. Wenn die Stelle besetzt wird - das wird wahrscheinlich irgend einmal im Herbst - man soll hier auch realistisch sein. Zu Markus: Wir sind schon dumm gewesen heute Abend. Wir haben schon gemauschelt, Unsinn erzählt. Ich finde, Deine Qualifikationen sind erstaunlich für das Parlament. Es ist ein Antrag, den man meiner Meinung nach legitim stellen kann. In jedem anderen Betrieb inklusive SBB, die Du ja auch sehr gut kennst, werden genau solche Themen auch gemacht, wird auch über Effizienzgewinn gesprochen, den man auch für neue Aufgaben einsetzen kann. Wenn wir in dieser Stadt nicht fähig sind, alte Aufgaben zurück zu stellen, werden wir nie neue Aufgaben und auch nie Stadtentwicklung machen können.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich möchte zuerst Ziffer 2 des Beschlussesantrages litera a bereinigen. Es stehen sich die Formulierung des Stadtrates: „50 Stellenprozent in der Lohnklasse 12, befristet auf 3 Jahre, ab Datum der Arbeitsaufnahme“ gegenüber der Ergänzung der FdP-Fraktion: „50 Stellenprozent in der Lohnklasse 12“, befristet auf 3 Jahre ab Datum der Arbeitsaufnahme. Die 50 % werden innerhalb des bestehenden Stellenplans kompensiert“.

Beschluss

Mit 25 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag des Stadtrates ohne Ergänzung zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir kommen jetzt zur Gegenüberstellung Ziffer 1 litera a, Ziffer 2 litera a gegenüber Ziffer 1 litera b – das wäre die Leistungsauftragsvariante – und Ziffer 2 litera b mit der Finanzierung dazu. Ich habe niemandem gehört, der dem zustimmen möchte. Ich stelle a und b gegenüber.

Beschluss

Mit 26 : 0 Stimmen bei 20 Enthaltungen wird Ziffer 1 und 2 litera a gewählt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir stellen jetzt Ziffer 1 und 2 litera a gegenüber c, dem Verzicht auf Schliessen der Lücke.

Beschluss

Mit 24 : 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird litera a zugestimmt.

Beschluss

Mit 25 : 21 Stimmen ohne Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Das Gemeindeparlament entscheidet sich für 50%-Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten;
2. Es werden folgende Kredite bewilligt: 50 Stellen-% in der Lohnklasse 12 (bisheriges Lohnsystem) befristet auf 3 Jahre ab Datum der Arbeitsaufnahme;
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

* Aufgrund technischer Schwierigkeiten bei der Tonbandaufnahme können einige Sätze nicht mehr abgehört werden.

Mitteilung an:
Sozialdirektion/Herrn Hans Peter Müller (3)
Direktion Finanzen/Herrn Peter Kohler (2)
Finanzkontrolle
Personaldienst
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 16/3

Prot.-Nr. 68

Leitbild der Stadt Olten/Kennntnisnahme

Basierend unter anderem auf den Ergebnissen des Mitwirkungsprozesses „Olten 2020“ unterbreitet der Stadtrat dem Gemeindeparlament ein Leitbild für die Stadt Olten zur Kenntnisnahme. Es beinhaltet unter dem Slogan „Zentral-urban-naturnah“ vier Leitziele für eine nachhaltige Entwicklung, vier Handlungsfelder mit dazu gehörigen Kernthemen sowie vier Handlungsmaximen für die Umsetzung. Dabei gilt als Prinzip, dass die vielfältigen vorhandenen Potenziale von Stadt und Region genutzt werden sollen, ohne die bestehenden Qualitäten zu gefährden.

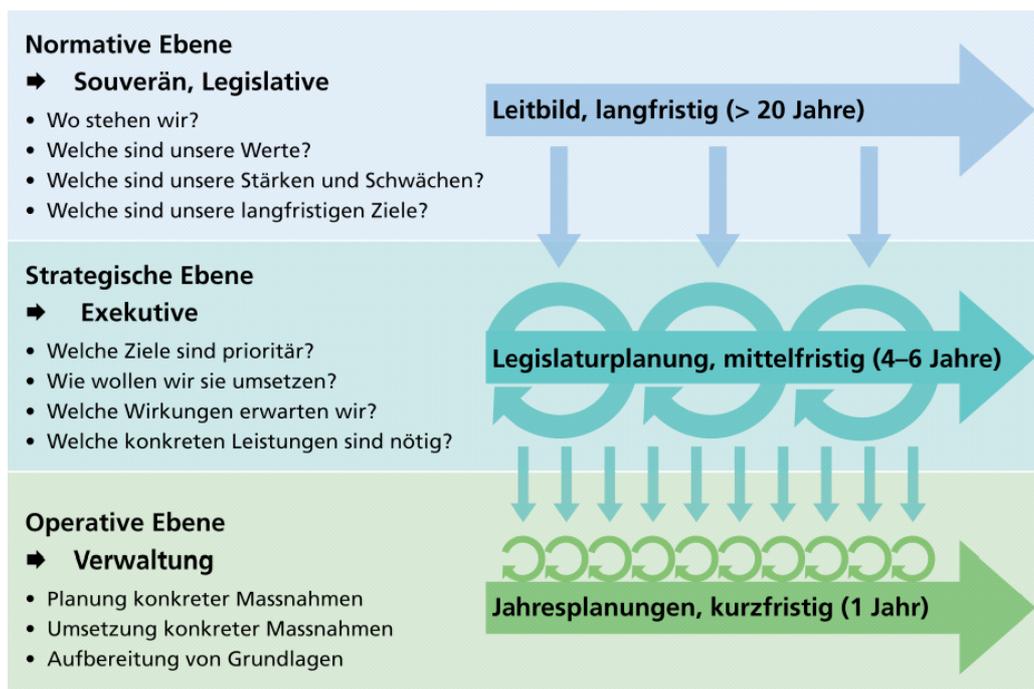
Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Eine systematische Gemeindesteuerung umfasst folgende Ebenen, die unter sich kohärent sein sollen:

- die normative Ebene des Leitbildes (in der Regel 12-15 Jahre)
- die strategische Ebene der Legislaturplanungen (4 Jahre) sowie
- die operative Ebene der Jahresplanungen (1 Jahr)



aus: Einführung in die NE-orientierte Gemeindepolitik. Praxisorientierter Grundlagenbericht. Amt für Umweltkoordination und Energie des Kantons Bern, 2006 (NE = Nachhaltige Entwicklung)



Dabei umschreibt das Leitbild die grundlegenden Werte und die langfristigen Ziele der Gemeinde, genügend konkret und auf die Gemeinde zugeschnitten, dass sie als Basis für eine transparente Planung und auch Erfolgskontrolle dienen können.

„Die Stadt Olten braucht ein Leitbild“ – dies war auch eine der Erkenntnisse aus dem 2006 gestarteten Mitwirkungsprozess „Olten 2020 – für eine I(i)ebenswerte Stadt“, formuliert von der Arbeitsgruppe „Identität, Image/Vermarktung und Mitwirkung“, die diesem Postulat gar Priorität einräumte. Der Stadtrat hat die Erarbeitung dieses bisher fehlenden Bausteins der Gemeindesteuerung ins Jahresprogramm 2007 aufgenommen und sich dabei in einem partizipativen Ansatz unter anderem auf die Ergebnisse des Mitwirkungsverfahrens (Stärken-Schwächen-Analyse sowie Erarbeitung von Zielen und Visionen) als Sprachrohr der Bevölkerung gestützt. Ergänzend führte er bei den politischen Parteien der Stadt Olten eine Vernehmlassung durch (vgl. Punkt 3).

Kombiniert wurde das Leitbild mit einer ebenfalls im Mitwirkungsprozess „Olten 2020“ erfolgten Anregung: Von Juli bis Oktober 2007 wurde ein Fotowettbewerb unter dem Motto „Olten von seiner schönsten Seite“ durchgeführt. Die Siegerfotos sollten zur Gestaltung einer Leitbild-Broschüre dienen, die auch zur Imageförderung eingesetzt werden soll.

2. Inhalt

Das Leitbild umfasst vier Teile:

- Darstellung der Stärken und Chancen von Stadt und Region
- Formulierung von vier Leitzielen
- Beschreibung des Wegs ins Jahr 2020 in vier Handlungsfeldern mit langfristigen Stossrichtungen, ergänzt mit Kernthemen zur Konkretisierung:
 - o Zentralität und Infrastruktur
 - o Entwicklung und Wachstum
 - o Siedlung und Landschaft
 - o Gesellschaft und Gemeinschaft
- Vier Handlungsmaximen für die Umsetzung

Als „Hauptqualität“ der Stadt Olten stehen im Leitbild die von der Bevölkerung im Mitwirkungsprozess „Olten 2020“ vielzitierten städtischen Vorteile in naturnahem Lebensraum im Zentrum; als Zielsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung wird formuliert, diese vielfältigen Potenziale zu nutzen, ohne die bestehenden Qualitäten zu gefährden.

3. Vernehmlassung

Im November 2007 unterbreitete der Stadtrat den Leitbildentwurf der Kommission für Stadtentwicklung und den politischen Parteien zur Vernehmlassung.

Innerhalb der gesetzten Frist sind Vernehmlassungsantworten von Seiten der SP, der FdP, der CVP, der Grünen und der EVP eingegangen (vgl. Beilagen 1 bis 5).

3.1 Zur Vernehmlassungsantwort der SP (Beilage 1):

Was die „Kultur der Umsetzung“ betrifft, wehrt sich der Stadtrat gegen den Vorwurf, dass es zu keinen oder nur zu geringen Umsetzungen bisheriger Konzepte und Strategiepapiere gekommen sei; vermutlich braucht es einfach eine vermehrte Kommunikation dieser Umsetzungen. In diesem Sinne möchte der Stadtrat die von der SP vorgeschlagenen



Handlungsmaximen, die er in adaptierter Form ins Leitbild aufnimmt, ergänzen mit der Maxime „Worte über Taten“.

Der Stadtrat ist sich des Stellenwerts eines Leitbilds in der programmatischen und strukturellen Hierarchie bewusst; die entsprechenden Schritte sind denn auch grösstenteils bereits umgesetzt, jedoch noch ohne den Überbau eines Leitbilds. Der Stadtrat ist sich auch bewusst, dass der Prozess „Olten 2020“ nicht die alleinige Grundlage für ein Leitbild darstellt; er hat denn auch zusätzlich seine eigenen „Visionen“ in den vorliegenden Entwurf eingebracht. Nicht übereinstimmen kann er hingegen mit der Einschätzung, dass im Leitbild wesentliche Bereiche ausgeklammert bleiben; ebenso wenig mit der Aussage, dass Schlüsselprojekte in einem Leitbild „wenig hilfreich“ seien: Allein schon der Blick in die Leitbilder von Gemeinden, die via Internet zugänglich sind, zeigt, dass hier die Meinungen und entsprechend die Anwendungen sehr unterschiedlich sind. Nicht nur in der Lehre, wie sie beispielsweise die Hochschule Luzern vertritt, umfassen Gemeindeleitbilder neben langfristigen Zielen und Strategien auch mögliche Massnahmen oder Kernthemen, wie diese Ziele auch erreicht werden können; auch aktuelle praktische Beispiele wie Sempach, Kaiserstuhl, Sarnen oder Kreuzlingen wenden das vom Stadtrat gewählte Vorgehen an. Indessen stimmt er überein, dass der inhaltliche Zusammenhalt über die verschiedenen Teile des Leitbilds hinweg verbessert werden musste.

Aus der Formulierung „Gute Chancen für die Zukunft“ geht im Übrigen für den Stadtrat klar hervor, dass es sich bei der anschliessenden Aufzählung um die heutigen Stärken handelt.

3.2 Zur Vernehmlassungsantwort der FdP (Beilage 2):

Die Darstellung, dass es sich beim vorgelegten Entwurf nicht um ein Leitbild handle und Schlüsselprojekte nicht in ein Leitbild gehörten, kann in dieser absoluten Form vom Stadtrat nicht nachvollzogen werden (vgl. Argumentation zur Vernehmlassungsantwort der SP). Eine Reduktion auf eine A4-Seite, wie dies beispielsweise die Stadt Zürich gewählt hat, wäre sicher möglich, entspricht aber nicht der Absicht des Stadtrates, der das Leitbild – illustriert mit Fotos aus dem Wettbewerb „Olten von seiner schönsten Seite“ – auch als Imagebroschüre zu PR-Zwecken einsetzen will.

Bei der von der FdP vorgeschlagenen „Vision“ stellt sich die Frage nach der Definition von „guten Werten“: die genannten Indikatoren – und darum handelt es sich bei den aufgezählten Beispielen – sind erstens zum Teil nicht oder nur indirekt beeinflussbar durch die Behörden (z.B. Lehrstellen pro Lehrstellensuchenden) und haben zweitens teilweise keine absolute Aussagekraft, da sie eher quantitäts- als qualitätsorientiert sind. So etwa die Verwaltungskosten pro Einwohner, die stark abhängig sind vom Angebot der Stadtverwaltung (Stichwörter 3 Museen, 2 Bibliotheken...). Zudem wirken sie auf einzelne Teilbereiche fokussiert wie Stadtplanung oder generell „Ämter“ und wird der notwendige finanzielle und personelle Mehraufwand, um sie zu verbessern, nicht erwähnt.

Eine bessere Vernetzung der vorhandenen Daten innerhalb der Verwaltung ist in Arbeit; diese laufend auf dem neusten Stand zu halten, scheitert jedoch weitgehend an den nicht vorhandenen personellen Mitteln.

3.3 Zur Vernehmlassungsantwort der CVP (Beilage 3):

Die eher sprachlichen als grundsätzlichen Eingaben der CVP wurden weitgehend in die Überarbeitung des Leitbildentwurfs integriert. Was die Formulierung der strategischen Ziele angeht, zieht der Stadtrat hingegen eine neue Überschrift für dieses Kapitel einer Umformulierung der einzelnen Punkte vor.

3.4 Zur Vernehmlassungsantwort der Grünen (Beilage 4):

Die Stellungnahme der Grünen enthält nach Ansicht des Stadtrates zahlreiche wertvolle Impulse, die der Stadtrat zu einem grossen Teil denn auch in die Überarbeitung des Leitbildentwurfs einfliessen liess, geht jedoch über den Auftrag hinaus, indem ein eigener Entwurf formuliert wurde, mit dessen Kernthemen sich der Stadtrat nicht vollumfänglich einverstanden erklären kann. Aufgenommen in die Überarbeitung wurden Aussagen zum Zweck des Leitbildes, die Umbenennung der strategischen Ziele (vgl. Argumentation zur Vernehmlassungsantwort der CVP) und die Angabe einer Kontaktadresse, nicht aber von sich ändernden Kennzahlen. Der Slogan „lebenswert und liebenswert“ wurde zudem auf Anregung der Grünen überarbeitet. Der Stadtrat hält indessen am Dreiklang „Wohnen, Arbeiten und Leben“ fest; die vorgeschlagene Alternative wirkt holprig und deckt nur einen Teil ab der Dimension „Leben“ im Sinne von Nutzen des Angebots in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Freizeit, Unterhaltung, Gesundheitsversorgung usw.

Da es sich beim Leitbild um ein Führungsinstrument des Stadtrates handelt (vgl. Vernehmlassungsantwort der SP), sieht dieser keine Notwendigkeit, den von den Grünen vorgeschlagenen Entstehungsprozess des definitiven Leitbildes einzuschlagen, und behält sich vor, aus dem auf „Olten 2020“ basierenden Entwurf und den Vernehmlassungsantworten eine Formulierung zu erarbeiten, die er anschliessend dem Parlament zur Kenntnis vorlegt, und auch über die Gestaltung selber zu entscheiden. Für die Aussagen zur Weiterentwicklung des Leitbildes wird auf den Bericht und Antrag verwiesen.

3.5 Zur Vernehmlassungsantwort der EVP (Beilage 5):

Die Eingaben der EVP wurden bei der Überarbeitung des Leitbildentwurfs nach Möglichkeit aufgenommen. Die Aktivitäten der Kirche im Dienste der Gesellschaft werden vom Stadtrat ausdrücklich begrüsst und gewürdigt und auch bei den Stärken der Stadt Olten aufgeführt, gehören aber seiner Ansicht nach nicht in die Handlungsfelder des Stadtrates.

3.6 Fazit zur Vernehmlassung (vgl. Synopse Beilage 6)

Wie üblich gehen die Meinungen der an der Vernehmlassung teilnehmenden Parteien stark auseinander. Der Stadtrat hat zahlreiche Impulse aufgenommen; so etwa die Idee eines möglichst unverwechselbaren Slogans, den Wunsch nach einem verstärkten inhaltlichen Zusammenhalt über die verschiedenen Teile des Leitbilds hinweg sowie einige inhaltliche und sprachliche Präzisierungen. Hingegen hält der Stadtrat an seiner Zuständigkeit für die inhaltliche und gestalterische Ausprägung für das Leitbild ebenso fest wie an der Erwähnung von Schlüsselprojekten, neu als Kernthemen bezeichnet, die nicht zuletzt der vielfach gewünschten Konkretisierung und Individualisierung des Leitbildes der Stadt Olten dienen.

4. Weiteres Vorgehen

Damit das Leitbild seine normative Wirkung entfalten kann, wird es hiermit dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet. Es wird im Anschluss daran mit Hilfe der Fotos aus dem Wettbewerb „Olten von seiner schönsten Seite“ gestaltet und verbreitet (Bevölkerung, Firmen, Institutionen, Vereine, Internet). Jeweils am Ende einer Legislaturperiode wird der Überarbeitungsbedarf durch den Stadtrat festgestellt.

Beschluss:

1. Vom Leitbild der Stadt Olten wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentbüros zugestellt.

Patrick Kissling: Das Leitbild der Stadt Olten unter dem Slogan „Zentral – urban- naturnahe“ ist im Büro von Ernst Zingg und Markus Dietler ausführlich erläutert worden. An dieser Stelle allen Beteiligten einen herzlichen Dank für die geleistete gute Arbeit. Das vorliegende Leitbild mit vier Leitziele, vier Handlungsfeldern und vier Handlungsmaximen ist im Büro sowohl inhaltlich wie auch vom Umfang her als sehr angebracht beurteilt worden. Positiv ist auch die Vernehmlassung durch die Parteien und die anschliessende Synthese der verschiedenen Stellungnahmen zu einem kurzen und prägnanten Ganzen gewertet worden. Das Büro hat vom Leitbild einstimmig Kenntnis genommen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich versuche, mich in Anbetracht der Zeit relativ kurz zu fassen. Vorweg möchte ich im Namen des Stadtrates allen politischen Parteien, wie es vorher schon vom Bürosprecher gesagt worden ist, herzlich für den Beitrag und die Mitwirkung danken. Der Prozess für die Erarbeitung des vorliegenden Produktes. Ich meine damit das Mitmachen, die grosse Arbeit und das Engagement, das sich wirklich auch in umfangreichen Dokumenten in diesem Vernehmlassungsverfahren niedergeschlagen hat. Wenn man sich an einer Vernehmlassung beteiligt, kann man nicht tel quel davon ausgehen, dass der abgelieferte Beitrag auch genau so übernommen wird oder übernommen werden kann. Es geht ja darum, dass man etwas schafft, das alle oder möglichst viele sich auf einem gemeinsamen Nenner finden können. Dann kommt in einem Geschäft, wie wir es jetzt haben, natürlich wieder einmal ein Thema. Man darf als Gemeindeparlament eine Arbeit des Stadtrates in der Kompetenz des Stadtrates zur Kenntnis nehmen. Man darf, kann und soll dies natürlich auch kommentieren. Aber man darf zur Kenntnis nehmen. Das Leitbild ist freiwillig. Es ist der Überbau über die beiden Produkte - ich brauche das Wort jetzt wieder - Legislaturplanung und jährliches Tätigkeitsprogramm. Das ist in der Gemeindeordnung Artikel 41 vorgeschrieben. Auch in der Kompetenz des Stadtrates, und das Parlament nimmt auch dies zur Kenntnis. Aber es ist vorgeschrieben. Das Parlament äussert sich auch hier, natürlich für uns wenn möglich positiv. Nach einem Leitbild im Sinne von dem, was wir jetzt hier haben, nach einer langfristigen Positionierung, normative Ebene - so die Feststellung - wird in den letzten Jahren immer wieder im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung gefragt. Das gilt im Übrigen nicht nur für Entwicklungsprojekte in der sogenannten baulichen Entwicklung. Es gilt gerade im Besonderen in der Wirtschaft, im Standortentscheid, bei Wohnen, Bildung, Freizeit, Zusammenarbeitsabsichten. Also die ganze Palette unserer Tätigkeit. Das Wort Imagepapier - das hat man auch aus den Fraktionen hören dürfe, und es ist auch von uns genannt worden - hat durchaus seine Bedeutung. Wir sagen ja auch, Olten könne sich von seiner schönsten Seite zeigen. Wir wollen ja damit auch den beschriebenen Fotowettbewerb verbinden und dies dementsprechend illustrieren. Imagepapier - um dieses Wort noch einmal zu brauchen - kann und ist auch das Regierungsprogramm. Das ist die Legislaturplanung, also das Vierjahresprogramm, das für jede Amtsperiode erarbeitet wird und mit klaren Punkten - Ihr erinnert Euch - vier Zielsetzungen und auch konkrete Massnahmen, die vorgeschlagen werden, in diesem Parlament darüber debattiert worden ist. Das wiederum müssen, können, dürfen wir, natürlich je nach Kompetenzordnung, vom Departement genehmigen lassen oder nicht



genehmigen lassen. Ich erinnere daran, dass das aktuell gültige Regierungsprogramm des Gemeindeparlamentes nicht gerade mit tosendem Applaus, aber allseits mit grossem Lob zur Kenntnis genommen worden ist. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass eben auch die normative Ebene sprich Leitbildebene periodisch überarbeitet werden muss. Das Regierungsprogramm ist klar, das Tätigkeitsprogramm pro Jahr ist selbstverständlich. Aber auch das Leitbild müssen wir an die Gegebenheiten, Entwicklungsprozesse anpassen. Es muss revidiert werden können. In diesem Sinne bittet der Stadtrat - ich brauche dies jetzt wieder - vom jetzt vorliegenden Leitbild Kenntnis zu nehmen.

Antonia Hagmann: Zuerst möchte ich im Namen der CVP/EVP-Fraktion Markus Dietler und allen Einwohnern, die auf irgend eine Art und Weise an diesem Leitbild mitgearbeitet haben, danken. Auch möchten wir für die Möglichkeit der Vernehmlassung und der Aufnahme einiger Vorschläge danken. Unter einem städtischen Leitbild versteht die CVP/EVP-Fraktion, dass der Ist-Zustand und die umsetzbaren und handfesten Projekte der Zukunft und strategischen Ziele aufgezeigt werden. So können wir grösstenteils hinter den aufgezeigten Stärken, Leitzielen und Handlungsfeldern des vorliegenden Leitbildes stehen. Wir teilen auch die Meinung des Stadtrates, dass visionäre Gedanken oder nur schwer beeinflussbare Projekte nicht in ein Leitbild gehören. Sonst könnten wir ebenso gut einen Wunsch Katalog, wie wir gerne unsere Stadt und ihre Einwohner sehen würden, erstellen. Über Umfang, Inhalt und Schwerpunkte eines Leitbildes kann natürlich immer gestritten werden, und dass hier die Meinungen und Erwartungen teilweise auseinander gehen, liegt auf der Hand. Da wir hinter den Kernaussagen des Entwurfs stehen, haben wir uns vorwiegend auf die Aussagekraft und Verbindlichkeit dieses möglichen Leitbildes konzentriert und uns auf den sprachlichen Inhalt fokussiert. Wir sind davon ausgegangen, dass man mit einem Leitbild der Bevölkerung, den Neuzuzüglern, Interessenten aus verschiedensten Sparten, ob Wirtschaft, KulturSport etc., die Stadt Olten möglichst objektiv und gut präsentieren und auch aufzeigen möchte, wo noch Handlungsbedarf besteht und Entwicklung möglich ist. Damit das Leitbild auch eine gewisse Verbindlichkeit erhält und den Willen Oltens zeigt, weiterhin zentral, urban und naturnahe zu bleiben, sind uns pointierte Aussagen wichtig. Wir sind der Meinung, dass nur mit den vorgenommenen Änderungen ein gutes Leitbild vorliegt, das nicht einfach in eine Schublade verschwinden darf, sondern uns bei unseren Entscheidungen und Projekten wie ein roter Faden begleiten soll. Nutzen wir unsere Stärken und beheben die Schwächen, damit Olten weiterhin zentral, urban, naturnahe und liebenswert bleibt. Wir von der CVP/EVP-Fraktion nehmen das Leitbild der Stadt Olten einstimmig zur Kenntnis.

Dr. Markus Ammann: Die SP hat zum Entwurf des Leitbildes ausführlich Stellung genommen. Fraktion und Partei haben sich intensiv mit Sinn und Zweck sowie Form und Inhalt dieses Leitbildes auseinander gesetzt. Wir sind trotz gewisser anfänglicher Bedenken über ein wieder neues Papier in dieser Stadt zum Schluss gekommen, dass es auch in Olten ein umfassendes Leitbild braucht. Deshalb möchten wir an dieser Stelle auch dem Stadtrat danken, dass er den Mut gehabt hat, einen Mitwirkungsprozess Olten 2020 als Chance zu sehen, weiter zu führen und in ein Leitbild zu überführen. Jedes grössere Unternehmen, jede wichtige Institution, viele grosse Gemeinden haben heute ein Leitbild. Wenn ein städtisches Leitbild gut gemacht ist, ist es identitätsstiftend, gibt Orientierung und ist im besten Fall anziehend. Wichtig erscheint uns, dass man sich über die Funktion und Rolle eines solchen Leitbildes, wie es vielleicht auch die CVP vorher gesagt hat, klar ist. Ein Leitbild ist aber vor allem zuerst einmal ein Führungsinstrument. Der Stadtrat nimmt mit der klaren Deklaration von Zielvorstellungen Führungverantwortung wahr. Er positioniert sich und die Stadt. Er verpflichtet sich und die Verwaltung auf bestimmte Ziele, Leitplanken und Handlungsgrundsätze. Ebenso wichtig ist, dass ein Leitbild ein Kommunikationsinstrument ist, auch gegenüber dem Parlament und gegenüber der Bevölkerung. Aus diesem Grunde sind wir noch nicht ganz sicher, ob das zehn bis zwanzig Seiten starke, relativ teure Büchlein wirklich allein das Richtige ist. Wir sind der Meinung, vielleicht bräuchte es auch noch eine kurze Zusammenfassung, ein Faltblatt, das man streuen, die wichtigsten Leuchttürme schnell sehen und bei vielen Gelegenheiten abgeben



kann. Sollte ein Leitbild eben auch identitätsstiftend sein, braucht es in jedem Fall eine gute Durchdringung in der Bevölkerung, wie ein Werber sagen würde. Nicht zuletzt ist das Leitbild auch eine Verkaufsbroschüre, Imagepapier - hat der Stadtpräsident gesagt - für Unternehmen, Menschen, die ein potenzielles Interesse daran haben, nach Olten zu ziehen. Sie sind nämlich oft daran interessiert, was einer Stadt wichtig ist, welche Schwerpunkte sie für die Zukunft setzt, was sie fördert, welcher Geist in dieser Stadt herrscht, welche Atmosphäre. Damit ist das Leitbild selber bereits eine Investition in die Zukunft dieser Stadt. Generell sind wir der Meinung, dass sich das Papier jetzt noch in die richtige Richtung entwickelt hat, nicht zuletzt, weil neben den eigentlichen Zielen eben auch Handlungsgrundsätze aufgenommen worden sind. Wir sind in diesem Zusammenhang natürlich sehr froh und auch dankbar, um nicht zu sagen überrascht, dass unsere Vorschläge weitgehend Eingang gefunden haben. Die Eindrücke der Vergangenheit haben uns aber auch befohlen, hier ein deutliches Zeichen zu setzen. Handlungsweisen prägen manchmal den Geist einer Stadt viel mehr als die eigentlichen Ziele, die man anstreben will. Unser Eindruck ist, dass in der Stadt Olten schon viele gute oder gut gemeinte Papiere entstanden sind, Papiere, Analysen, Strategien etc. Ihr kennt dies alle. Unser Hauptvorwurf ist nicht - da sind wir vielleicht auch im Bericht und Antrag falsch zitiert worden - dass wir meinen, es würde grundsätzlich zu wenig getan in dieser Stadt. Wenn man manchmal den Eindruck hat, in Olten geschehe nichts oder wenn geschehe das Falsche, dann hat dies neben dem Fehlen dieser Leuchttürme eben auch damit zu tun, dass die Aktivitäten nicht einem beharrlichen oder konsistenten Verfolgen von klaren Zielen folgen, sondern sie werden als zufällig, unkoordiniert, ungesteuert oder vielleicht noch viel schlimmer von aussen gesteuert wahr genommen. Wir müssen unsere Projekte und Aktivitäten also nach klaren Zielen orientieren. Wir müssen sie koordinieren, priorisieren, an einem roten Faden aufhängen und dann den Bezug zwischen den Massnahmen und den langfristigen Zielsetzungen erkennen können. Das bedeutet auch, dass wir eben nicht erst auf der Ebene des Finanz- und Investitionsplanes planen, sondern übergeordnet eine Stadtentwicklung haben, die programmatisch und langfristig denkt. Wir wollen nicht so weit gehen und hier auch eine strategische Stadtentwicklungsplanung fordern, wie dies viele Städte eben heute haben. Die Projekte dann auch noch genau in diesem Sinne nach aussen zu kommunizieren, ist nur folgerichtig. Deshalb sind wir froh, dass auch die neue Maxime „Worte über Taten“ aufgenommen worden ist. Alles ist nur möglich, wenn wir überzeugt sind, dass wir das Richtige tun. Wir erhalten Wirkung und Schlagkraft nur, wenn wir dies selbstbewusst und mutig einfordern und zwar bei den Bauherren, Investoren, der Bevölkerung und auch den kantonalen Behörden, damit diese in unserem Sinne mitarbeiten. Last but not least: Was jetzt am Schluss kommt, könnte durchaus auch am Anfang stehen. Eigentlich müsste das ganze Leitbild dem Gedanken der Nachhaltigkeit untergeordnet werden. Kein Konzept, kein grösseres Projekte dürfte eigentlich ohne umfassenden Nachhaltigkeitscheck umgesetzt werden. Es gibt heute einfache Instrumente, mit denen man eine Beurteilung rasch machen kann. Man kann dann die Schwachstellen solcher Projekte erkennen. In dieser Form erwarten wir hier auch in Zukunft noch eine Konkretisierung dieses Gedankens. Langer Rede kurzer Sinn: Wir sind nicht mit allen Details des Leitbildes einverstanden, nehmen aber mit einem gewissen Wohlwollen die grundsätzlichen Stossrichtungen zur Kenntnis, und wir werden uns besonders bemühen, den Stadtrat und die Verwaltung in Zukunft nach diesen neuen Handlungsgrundsätzen zu messen.

Daniel Probst: Ich fasse mich etwas kürzer. Ich sehe, Iris wird langsam nervös, wenn sie auf die Uhr schaut. Bei uns sind zwei Sachen diskutiert worden, einerseits der Zweck des Leitbildes und die Verbindlichkeit. Zweck: Das haben wir schon gehört und sehen es auch so. Erster Zweck - das hat uns Ernst Zingg an der Fraktionssitzung auch gesagt - ist, dass man dies eben als Imagebroschüre, als Instrument für Menschen, Unternehmen, dies sich auch für die Stadt Olten interessieren, braucht. Das ist sicher ein wichtiger Zweck. Der zweite Zweck ist ein Führungsinstrument für den Stadtrat. Als wir die Verbindlichkeit diskutiert haben, haben wir auch ganz klar verstanden - das haben wir verschiedentlich auch schon gehört - das ist verbindlich für den Stadtrat für uns, eben als Führungsinstrument, und nicht verbindlich für uns als Gemeinderat. Als Gemeinderat haben wir die Möglichkeit über unsere anderen Instrumente,



sei es Budget, Anträge usw., damit wir unseren Einfluss in der Entwicklung der Stadt geltend machen können. Aber wir finden es gut, dass der Stadtrat hier für sich ein Führungsinstrument gegeben hat, das er natürlich, wenn die Zeit kommt, auch weiter entwickeln, weiter daran arbeiten kann. Dann ist es zur Kenntnisnahme und diese Diskussion haben wir immer wieder bei uns. Was stimmt man eigentlich ab, wenn man zur Kenntnisnahme abstimmt? Wir machen dies heute bei uns als FdP. Wir haben es gelesen, also nicht zustimmend. Wir wollen uns nachher nicht darauf behaften lassen. Wenn man irgend ein konkretes Projekt nimmt, wo darin steht, man möchte dies und jenes fördern oder realisieren, dass es heisst, Ihr habt es ja zur Kenntnis genommen, Ihr seid dafür gewesen. Wir haben es gelesen. Aber wir stimmen nicht allen Punkten, die enthalten sind, zu. Es ist wichtig für uns, einfach, damit wir verstehen, zu was wir jetzt hier ja sagen. Dann etwas Letztes, so etwas mit einem Augenzwinkern: An mehreren Stellen steht, es sei bereits erarbeitet worden, auch mit der Bevölkerung, und so auch getragen. Man hat gesagt, es sei breit abgestützt. Dies etwas mit einem Augenzwinkern: Es kommt halt immer etwas auf die Perspektive an, hinter was man steht, und wo man nicht dahinter steht. Zusammenfassend sind wir hier für Eintreten und auch für den Beschlussesantrag im Sinne einer Kenntnisnahme. Wir haben es gelesen.

Theo Schöni: Die Grünen/Jungen Alternativen möchten sich auch bedanken, insbesondere für den Prozess, der dazu geführt hat, dass überhaupt ein solches Leitbild entstanden ist, massgeblich von Markus Dietler initiiert. An dieser Stelle ihm noch einmal einen ganz herzlichen Dank und vor allem, dass man nicht nur die politischen Parteien miteinbezogen hat, sondern wirklich auch mit der Bevölkerung einen grossen Teil von dem, was heute in diesem Leitbild steht, auf Papier gebracht hat. Das Papier als solches hätte unserer Meinung nach noch etwas prägnanter, etwas telegrammartiger, eben im Sinne, wie es vielleicht noch in einer zweiten Fassung als Flyer oder ähnlich ausgearbeitet werden könnte, jetzt schon so daher kommen können. Aber grundsätzlich stimmen wir mit den Ideen und auch von unserer Seite haben wir mit Befriedigung feststellen können, dass das eine oder andere Körnchen aufgenommen worden ist, das uns wichtig erschienen ist und das auch die Eckpunkte dieser Stadt und ihrer Entwicklung massgeblich in die Zukunft beeinflussen soll. Wir hoffen, dass mit der Handlungsmaxime, die an erster Stelle genannt wird „Taten statt Worte“ diesem Leitbild nahegelebt wird.

Rolf Sommer: Ich muss Daniel Probst ganz ehrlich zustimmen. Ich habe einmal etwas zur Kenntnis genommen: die Sportstättenplanung. Dann hat es geheissen: Das ist jetzt verbindlich etc. Kenntnisnahme ist für mich in diesem Parlament immer zweischneidig. Ich habe es auch gelesen. Das nimmt man auch zur Kenntnis und fertig Schluss, denn Kenntnisnahme ist von mir aus gesehen nichts Verbindliches. Da stimme ich Daniel Probst ganz klar zu. Kenntnisnahme heisst nur gelesen, ohne Verbindlichkeit für das Parlament.

Beschluss

Mit 42 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Es ist ein Geschäft, das man zur Kenntnis nehmen kann. Deshalb verzichte ich auf eine Detailbehandlung.

Beschluss

Mit 36 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Vom Leitbild der Stadt Olten wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.



Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Stadtschreiber
Kanzleiakten

Verteilt am:



AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. März 2008

Akten-Nr. 18/20, 35/11

Prot.-Nr. 69

Dringliche Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Kosovarische Unabhängigkeitsfeier“/ Beantwortung

Am 25. März 2008 haben Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende zuhanden des Stadtrates folgende dringliche Interpellation eingereicht:

„Kosovarische Unabhängigkeitsfeier“

„Anlässlich der Feier zur Unabhängigkeit Kosovos kam es in Olten während Stunden zu massiven Verkehrsbehinderungen und Lärmbelästigungen durch feiernde Albaner. Dabei wurden verschiedene Straftatbestände erfüllt, und in der Innenstadt herrschte ein Chaos. Aufgrund dieser Tatsachen drängen sich folgende Fragen auf:

1. Wieso war die Polizei nicht besser auf die Unabhängigkeitsfeier der Kosovaren vorbereitet, obwohl diese vorauszusehen war? Warum dauerte es so lange, bis die Polizei die Lage im Griff hatte?

2. Welche Strategie verfolgten Direktion und Kommando, um die Sicherheit und Ordnung in der Innenstadt gewährleisten zu können? Wieso ging die Strategie nicht auf bzw. was lief falsch?

Im WM-Jahr 2006 wurden in Olten gegen Schweizer Fussballfans Bussen wegen Hupens und „sich aus dem Fenster Lehnen“ ausgesprochen. Die verantwortliche SP-Stadträtin Rauber hat daraufhin diese Bussen verteidigt und betont, dass „Personen, welche sich und/oder andere Menschen gefährden, massiv behindern oder stören, zur Verantwortung zu ziehen“ seien. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

3. Wurden aus Sicht des Stadtrates infolge der albanischen Hupkorsos keine „anderen Menschen massiv behindert oder gestört?“
Wieso wurden die vielen „sich aus dem Fenster lehrenden“ und hupenden Albaner nicht zur Verantwortung gezogen und gebüsst?

4. Geht der Stadtrat mit dem Interpellanten darin einig, dass die erfolgte Ungleichbehandlung von Schweizern und Albanern eine Verletzung der Rechtsgleichheit (Art. 8 BV) darstellt?

In wenigen Monaten findet die Fussball-EM statt. Hupkonzerte in Olten sind absehbar. Daher stellen sich mit Blick auf die EM folgende Fragen:

5. Wie will die Polizei bei Verstössen gegen das Strassenverkehrsgesetz (SVG) anlässlich von Feierlichkeiten rund um die EM vorgehen?



6. Gedenkt die Sicherheitsdirektion die Rules of Engagement (RoE) klar und präzise zu kommunizieren, um für mehr Klarheit und Rechtssicherheit zu sorgen?

Zur Dringlichkeit:

Die Vorkommnisse rund um die kosovarische Unabhängigkeitsfeier und das daraus resultierende Chaos in Olten haben zu grossem Unmut in der Bevölkerung geführt. Noch immer sind viele Fragen offen! Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, diese raschmöglichst und v.a. vor der Fussball-EM geklärt zu haben.

Eine Ablehnung der Dringlichkeit würde es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verunmöglichen, die oben gestellten Fragen vor der EM beantwortet zu erhalten.“

- - - - -

Stadträtin Doris Rauber beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zu Frage 1

Die polizeiliche Lagebeurteilung, welche die Stadtpolizei wie immer in solchen Fällen zusammen mit der Polizei Kanton Solothurn vorgängig und während des ganzen Sonntags getroffen hatte, führte unter Berücksichtigung aller weiteren möglichen Gefahren- und Konfliktpotenziale zu einer entsprechenden Einschätzung und zu entsprechenden Vorkehrungen. Aufgrund der ganzheitlichen Lagebeurteilung, der vorhandenen Einsatz- und Personalressourcen wurden entsprechende Schwergewichte der Polizeipräsenz gebildet. Weitere Detailangaben können aus polizeilicher Sicht dazu nicht erläutert werden.

Unsere Analyse ergab, dass die Sicherheitsorgane sehr wohl umfangreiche Vorkehrungen für diesen Sonntag getroffen hatten. Darunter fallen u.a. die Bereitstellung von Signalisations- und Absperrmaterial, eine nochmals erweiterte personelle Pikettstellung, die Aufteilung der Feuerwehreinsetzelemente auf beide Stadtseiten und im Speziellen das stark erhöhte Polizeiaufgebot im Rahmen des Eishockeyspiels. Der Match Olten – Biel wurde als Hochrisiko-Spiel eingestuft. Für dieses Spiel waren sämtliche verfügbaren Kräfte (ausgenommen Ferienabwesende) der Stadtpolizei sowie weitere Kräfte der Polizei Kanton Solothurn aufgeboten. Da im Stadion Kleinholz mit Ausschreitungen zu rechnen war, musste die Priorität auf die Verhinderung von Personen- und Sachschäden gesetzt werden.

Ein Schwachpunkt bestand darin, dass die „Feierlichkeiten“ früher begannen, als angenommen wurde. Den herumfahrenden und hupenden Autocorsos, welche den Verkehr in der Stadt Olten zeitweise erheblich störten, konnte nicht rechtzeitig Einhalt geboten werden, weil die im Einsatz stehenden Polizeikräfte von Stadtpolizei und Polizei Kanton Solothurn zu diesem Zeitpunkt wegen des „Eishockeymatches“ nicht früher zur Verfügung standen. Aufgrund dieser Tatsache waren zu Beginn der Verkehrsstörungen die eingesetzten Polizeikräfte nicht in der Lage dem immer stärker aufkommenden Geschehen gerecht zu werden. Erst nachdem der EHCO-Match begonnen hatte, konnten Kräfte abgestellt und die Strassen abgesperrt werden.

Es trifft nicht zu, dass die Polizei die Lage nicht im Griff hatte. Oberstes Ziel war die Verhinderung von Ausschreitungen sowie Personen- und Sachschäden. Dieses Ziel war jederzeit gewährleistet. Falls mit „nicht im Griff haben“ gemeint ist, dass einige Zeit verging, bis die Innenstadt abgesperrt d.h. verkehrsfrei gemacht werden konnte, ist klar zu stellen, dass Absperrungen zur Vermeidung von Hupkonzerten in der Innenstadt in solchen Momenten nur Sinn machen, wenn sie mit Polizisten oder Verkehrsdienstleistenden besetzt werden können. Die personellen Ressourcen dazu hatte die Stadtpolizei erst nach Beginn des Eishockey-Matches um ca. 17.40 Uhr, nachdem man davon ausgehen konnte, dass die unfriedlichen Fans sich im Stadion befanden. Ab ca. 17.45 Uhr konnte die Stadtpolizei dann zusammen mit



Mitarbeitenden der Securitas die Strassen der Innenstadt absperren, worauf auch die Autocorsos eingestellt wurden.

Zu Frage 2

Die grundsätzliche Strategie von Stadtpolizei und Polizei Kanton Solothurn, welche in solchen Fällen jeweils vorgängig abgesprochen wird, basiert auf der 3-D Polizei-Einsatzdoktrin; nämlich Dialog, Deeskalation und Durchgreifen. Diese ist auch für die EURO 08 vorgesehen.

Die Direktion Öffentliche Sicherheit unterstützt diese Strategie und wird erst dann für Entscheidungen miteinbezogen, wenn die Polizei diesen Bedarf anmeldet und eine ausserordentliche Lage dies erfordert.

Im vorliegenden Fall haben sich Vorgehen und Strategie der Polizei bewährt und als richtig erwiesen.

Zu Frage 3

Bestimmt war die Situation, insbesondere die Autokorsos, für Bewohner und Bewohnerinnen der Innenstadt unangenehm und wurde teilweise als Störung wahrgenommen. Es gab jedoch auch Passanten, welche sich mit den Kosovaren freuten. Die Verkehrsbehinderungen waren natürlich auf das hohe Verkehrsaufkommen zurückzuführen. Dieses wurde zwar zum Teil durch die Feiernden verursacht, jedoch auch wegen der sehr zahlreich anreisenden Matchbesucher und Matchbesucherinnen (über 3'300 Zuschauer, während normalerweise 1'200 – 1'500 Zuschauer zu verzeichnen sind).

Es mussten in der Innenstadt keine Personen- und/oder Sachschäden verzeichnet werden. Bis auf einen Zwischenfall mit einem Zuschauer des Eishockeymatches auf der alten Brücke. Vor allem konnte durch die Vorgehensweise der Polizei verhindert werden, dass Konflikte zwischen den sogenannten Eishockey-Fanggruppen und Passanten, Sachbeschädigungen sowie Konfrontationen und Ausschreitungen aller Art zu verzeichnen waren.

In Anbetracht der Einsatzdoktrin, wonach erste Priorität die Vermeidung von Personen- und Sachschäden sowie von Ausschreitungen war, wurden die personellen Ressourcen dafür genutzt. Die Aussage in der Einleitung, wonach bei der WM'06 „gegen Schweizer Fans Bussen wegen Hupens ausgesprochen wurden, trifft ausserdem nicht zu. Der Interpellant vermittelt den Eindruck, dass eine Vielzahl von Schweizer Fans im Juni 2006 gebüsst worden seien. Dies trifft in keiner Weise zu. Durch die Stadtpolizei Olten wurde lediglich ein einziger Fahrzeuglenker sowie ein Mitfahrer bei der Staatsanwaltschaft verzeigt. Aber erst, nachdem diese zuerst von den Polizisten verwarnt wurden, jedoch die Anweisungen nicht befolgten. Zudem stand die Frage, ob Schweizer oder andere Nationalitäten, zu keiner Zeit zur Diskussion.

Zu Frage 4

Der Stadtrat teilt die Meinung des Interpellanten nicht, weil keine Ungleichbehandlung vorliegt, ist auch keine Verletzung der Rechtsgleichheit gegeben.

Zu Frage 5

Die Polizei wird im Rahmen der Verhältnismässigkeit sowie im Rahmen der personellen Ressourcen auch die Verstösse gegen das SVG ahnden, wie sie dies seit Jahren macht, ob mit oder ohne EURO'08. Zudem wird die Stadtpolizei, falls nötig, die Strassen in der Innenstadt teilweise absperren, um Autocorsos in der Innenstadt möglichst zu verhindern.

Stadtpolizei und Polizei Kanton Solothurn bereiten sich seit längerer Zeit auf die EURO'08 vor. In enger Zusammenarbeit und mit einheitlicher Strategie wird alles vorgekehrt, damit während der EURO'08 die polizeiliche Grundversorgung gewährleistet ist. Die Stadt Olten, als zentraler



Verkehrsknotenpunkt, wird bestimmt von den Auswirkungen der EURO'08 betroffen sein.

Zu Frage 6

Siehe Antwort zu Frage 2.

Soweit erforderlich, werden sowohl Öffentlichkeit als auch betroffene Bewohnerinnen und Bewohner über die geplanten Massnahmen informiert. Bezüglich Rechtssicherheit besteht kein Bedarf an zusätzlichen Informationen, die Regeln sind gesetzlich festgelegt und bekannt.

- - - - -

Christian Werner: Zuerst möchte ich mich bedanken, dass die Dringlichkeit unterstützt worden ist. Es ist das erste Mal, dass etwas, das von mir kommt, zugestimmt worden ist. Das ist doch ein gewisser Fortschritt. Jene, die Angst haben, dass ich jetzt mehrheitsfähig werde, kann ich beruhigen. Das wird wahrscheinlich nicht passieren. Ich danke auch dem Stadtrat, dass er für die Dringlichkeit gewesen ist. Ich sehe es selbstverständlich etwas anders als Frau Stadträtin Doris Rauber, sonst hätte ich dies nicht gestellt, wenn ich der Meinung wäre, dass alles beantwortet ist. Damit kann ich auch überleiten. Ich bin von der Beantwortung enttäuscht und finde sie nicht sehr stark. Beispielsweise wird ausgeführt, dass es nicht zutrifft, dass die Polizei die Lage nicht im Griff gehabt hat. Ich habe das Gefühl, diese Aussage disqualifiziert sich selber, weil die Leute, die dort vor Ort gewesen sind, wissen, dass die Polizei die Lage nicht im Griff gehabt hat. Jetzt gleich zu sagen, man habe es im Griff gehabt, ist meiner Meinung nach einfach Augenschwermerei und nicht ehrlich. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass hier die Rede von umfangreichen Vorkehrungen ist und ausgeführt wird, dass die Feierlichkeiten früher angefangen haben, als man angenommen hatte. Ich erinnere mich an das Interview im OT, als Doris Rauber gesagt hat, sie seien völlig überrascht gewesen und hätten nicht damit gerechnet. Entweder stimmt das eine oder andere nicht. Aber irgendwie beisst sich dies. Die Frage zum Beispiel, wieso laut Augenzeugen in der Innenstadt Polizisten der Kantonspolizei herum gestanden sind und nicht haben eingreifen können, weil sie explizit keinen Einsatzbefehl gehabt haben, ist immer noch offen. Ich denke, das zeugt schon davon, dass diese Vorbereitungen eben nicht wirklich einfach so zu 100 Prozent gestimmt haben und durchaus auch Fehler passiert sind. So über das Gesamte, die erste Frage hinweg habe ich einfach das Gefühl, dass man effektiv zu wenig gut vorbereitet gewesen ist. Ich glaube, dass man keine Eventualplanung gehabt hat. Das heisst, man hat einfach eine Strategie gehabt, und wenn diese nicht haut, ist man an der Wand. Deshalb hat man nachher nicht mehr wirklich darauf reagieren können. Ich möchte auch festhalten, dass es nicht sein kann, dass wir jetzt jedes Mal, wenn etwas mehr Leute wieder einen EHC-Olten-Match besuchen, nachher in Olten ein Sicherheitsproblem haben und es einfach ein Riesenghetto gibt. Es ist ja schön, wenn die Leute an die EHCO-Matches gehen. Aber man muss gleichwohl die Sicherheit in der Innenstadt gewährleisten können.

Bei Frage 2 vermisste ich einfach die Selbstkritik. Ich glaube, hier müsste man sich nun wirklich hin stellen und gewisse Fehler zugeben und Verantwortung zeigen. Aber ja....

Bei Frage 3 steht: „Bestimmt war die Situation unangenehm und wurde teilweise als Störung wahrgenommen“. Wenn man die Reaktionen in der Zeitung gesehen hat – das sind nicht SVP-Leute – denke ich, man hat einfach die Bevölkerung nicht ernst genommen. Wenn man dies jetzt so herunter spielt und sagt, zum Teil habe es vielleicht einige gestört. Ich glaube, es ist eine massive Störung gewesen und es hat sehr viele Leute aufgeregt. Dann kann man nicht sagen, es habe ein paar teilweise vielleicht etwas gestört. Weil es eben eine solch intensive Störung gewesen ist, hätte man eben auch basierend auf der Aussage von Doris Rauber, dass man Personen, die andere massiv stören, zur Verantwortung ziehen muss, diese eben effektiv zur Verantwortung ziehen und dementsprechend auch Bussen aussprechen müssen. Dass dies



nicht gemacht worden ist, ist von mir aus gesehen entweder Wortbruch oder dann zumindest einfach inkonsequent, weil man nicht das gemacht hat, was man vorher gesagt hat.

Bei Frage 4 bin ich wirklich anderer Meinung als der Stadtrat und meine zu Recht. Es sind die identischen Straftatbestände erfüllt worden, bei absolut vergleichbaren Situationen. Nur ist es im einen Fall geahndet worden und im anderen nicht. Zu erzählen, es sei keine Ungleichbehandlung, unabhängig von den Nationalitäten von mir aus. Aber das ist klar eine Ungleichbehandlung. Das ist von mir aus gesehen eine Verletzung der Rechtsgleichheit. Aber das kann man in diesem Sinne nicht beweisen, weil es eine juristische Frage ist.

Auch bei Frage 5 denke ich, die Frage ist nicht wirklich beantwortet, weil wieder steht: „Im Rahmen der Verhältnismässigkeit ahnden“. Aber was sehr viele Leute auch mich persönlich gefragt haben, ist: Wie ist dies jetzt bei diesen Hupcorsos? Die Leute, die hupen: Werden sie gebüsst oder nicht? Das ist hier nicht beantwortet, weil man sagen kann: Ja, verhältnismässig ist dies oder jenes. Die Verhältnismässigkeit ist keine exakte Linie. Das kann man definieren, wie man will, und das kommt auf die Situation an. Aber ich glaube, die Unsicherheit besteht, dass man nicht weiss, wie man in solchen Situationen verfahren wird. Diese ist immer noch vorhanden. Ich weiss nicht. Vielleicht ist die Lösung in einem Kompromiss zu suchen. Ich bin zwar sonst nicht so für Kompromisse, jedenfalls nicht immer. Aber vielleicht wäre es jetzt diesmal effektiv, dass man sagen würde - ich weiss auch nicht – bis und mit zwei Stunden nach dem Spielschluss wird es toleriert und ab zwei Stunden wird es geahndet oder sonst irgend etwas. Aber ich denke, das ist nicht wirklich beantwortet.

Bei Frage 6 habe ich das Gefühl, es wäre sinnvoll, wenn man dies jetzt der Bevölkerung kommunizieren würde, dass eben diese Fragen geklärt werden könnten. Über das Ganze denke ich, ist es schade, dass die Stadträtin die Chance verpasst hat, Fehler zuzugeben und sich hin zu stellen und die Verantwortung zu übernehmen. Ich bleibe dabei: Es ist ein Chaos gewesen, und hier bin ich nicht der Einzige, der dies so beurteilt. Sonst kann man einmal, wenn man immer die Leute befragen will mit solchen Fragebogen etc. in der Innenstadt eine Fragerunde durchführen und diese Meinung eruieren und einholen. Die Vorbereitungen sind mangelhaft gewesen. Es fehlt die Selbstkritik, so etwas die Einsicht und auch die Einsicht, dass man sich verbessern will. Insgesamt kann ich sagen, dass ich von der Beantwortung enttäuscht bin, möchte aber jetzt wegen des Geburtstags nicht noch mehr dazu sagen.

Thomas Frey: Herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen von Christian, die mich eigentlich auch interessiert haben. Die Antworten, die wir hier erhalten, haben aber sofort wieder weitere Fragen aufgetan. Zwar ist eigentlich die Aussage, dass im Prinzip jedes zweite Hockeyspiel ein Sicherheitsrisiko in dieser Stadt darstellt, schon etwas ein Problem. Mich würde in diesem Zusammenhang zum Beispiel interessieren, wer die Kosten für den Zusammenzug der ganzen Polizei im unteren Kantonsteil trägt. Das scheint mir schon auch noch spannend. Man kann nur so erahnen, wie dies läuft. Das wäre etwas, das mich auch noch interessieren würde.

Stadträtin Doris Rauber: Auf diese Frage gebe ich gerne eine Antwort. Es ist wirklich ein grosses Problem mit diesen Eishockeymatches. Noch vor Monaten hat es geheissen, ein Eishockeymatch gegen Langenthal ist ein Problem. Mittlerweile ist es auch bei anderen Matches so, und vor allem eben bei den Hochrisikospiele bei Biel. Ich habe bei der Polizei in Auftrag gegeben, dass sie eine Zusammenstellung machen, was es an Personalressourcen für die ganze Saison für die EHC-Olten-Spiele gebraucht hat. Einerseits: Was hat die Stadtpolizei hier leisten müssen? Was hat die Polizei Kanton Solothurn inklusive alle Securitas-Leistungen leisten müssen? Das liegt mir im Moment noch nicht vor. Aber wenn ich es habe, werde ich es auch kommunizieren. Bis jetzt ist es so, weil die gesetzlichen Grundlagen fehlen, damit man diese Kosten jemand anderem abwälzen kann, dass die Stadt diejenigen der Stadtpolizei tragen muss. Wenn die Sicherheitsdienste vor Ort sind, also im Stadion, ist der Betreiber



verantwortlich, und ausserhalb des Stadions ist es die öffentliche Sicherheit, also die Stadtpolizei und die Kantonspolizei.

Roland Rudolf von Rohr: Nur ein ganz kurzes Schlusswort vielleicht. Ich weiss zwar nicht. Es hat noch andere Sprecher. Ich möchte einfach auf die kommende EM einen etwas anderen Stern darüber nehmen. Wir haben weltweit das drittgrösste Ereignis bezüglich Medienpräsenz in der Schweiz, und wir können uns hier herrlich darüber freuen. Es wird Lärm geben. Es wird auch Unfälle geben. Es wird dem einen oder anderen halt ein bisschen etwas zu Ohren kommen, das er nicht so gerne hört. Aber ich gebe Euch den Tipp: Schaut Euch einmal die Leute an, wenn sie Freude haben, und habt selber Freude, wenn jemand Freude hat. Das ist doch etwas so Schönes. Dann kann es doch auch einmal eine Ausnahme geben. Der Juni wird ein freudiger Monat, hier in Olten sowieso. Etwas Lärm kann man haben. Aber eine positive Einstellung zu dieser EM. Wegen des 4 : 0 gestern brauchen wir sie jetzt noch etwas mehr. Aber ich hoffe, dass dies alles gut heraus kommt. Geht jedoch positiv in diese EM hinein.

Daniel Probst: Ich möchte kurz an das Votum von Thomas Frey anknüpfen. Wir haben ja von der GPK das Vergnügen gehabt, dass wir hinter die Kulisse der Stadtpolizei Olten haben schauen können. Dort ist eigentlich schon eine Zahl genannt worden, Doris: Fr. 200'000.—oder Fr. 250'000.— pro Jahr, EHCO-Spiele, Polizeikosten Stadt Olten.

Stadträtin Doris Rauber: Ich möchte dies gerne zuerst schriftlich haben, damit ich es genau kommunizieren kann. Aber Du hast recht: Andreas Kohler hat etwas mit Fr. 220'000.—gesagt. Also sehr grosse Kosten.

Christian Wüthrich: Ich wäre als Interpellant auch nicht zufrieden mit diesen Antworten und zwar aus folgenden Gründen. Ich wäre wahrscheinlich auch nicht unbedingt zufrieden, wenn ich einen Leserbrief geschrieben hätte und direkt betroffen gewesen wäre. Von mir aus gesehen werden hier zwei, drei Sachen vermischt. Die Antworten werden eigentlich gegeben. Aber sie werden gleich wieder negiert.

Wenn Ihr bei Frage 1 der Abhandlung im dritten Abschnitt lest: „Aufgrund dieser Tatsachen waren zu Beginn der Verkehrsstörungen die eingesetzten Polizeikräfte nicht in der Lage, dem immer stärker aufkommenden Geschehen gerecht zu werden“. In der Beantwortung im vierten Abschnitt steht: „Es trifft nicht zu, dass die Polizei die Lage nicht im Griff hatte“. Wenn ein Leserbriefschreiber genau diese Situation vorher gesehen hat, trifft eben zu, dass sie es nicht im Griff hatte, weil er die Situation, die Ihr selber zugebt, offensichtlich gesehen hat. Dann könnt Ihr nachher nicht schreiben, Ihr hättet sie gesehen. Oben schreibt Ihr, dass Ihr die Lagebeurteilung habt vornehmen müssen, und dann bringt Ihr den Eishockeymatch hinein. Warum kommuniziert Ihr dies nicht? Dass der Eishockeymatch so viele Ressourcen gebunden hat, dass wir das andere Problem zurück gestellt haben und es deshalb zur Eskalation geführt hat. Das wäre das Ehrlichste. Dann könnten nämlich diejenigen, die den Brief geschrieben haben, sagen: Aha, jetzt habe ich Hintergrund, weshalb es nicht gegangen ist. Sie haben das Ganze nur an dem gemessen, was sie wahr genommen und gesehen haben. Das mit dem Eishockeymatch haben sie dort offensichtlich nicht wahr genommen. Ihr schreibt oben, Ihr nehmt die Lagebeurteilung wahr. Nachher leitet Ihr Sachen davon ab. Dann schreibt Ihr im dritten Abschnitt: „Ein Schwachpunkt bestand darin, dass die Feierlichkeiten früher begannen“. Das heisst für mich, dass Ihr die Lagebeurteilung in diesem Punkt falsch gemacht habt. Dann müsst Ihr dies kommunizieren. Ihr schreibt zwar gewisse Fehler hinein. Aber Ihr versucht nachher überall irgendwie, Euch rein zu waschen. Das ist nicht sauber. Ich muss sagen, dass ich enttäuscht bin. Ich habe gemeint, die Dringlichkeit bringe jetzt wenigstens etwas auf die EM hin, damit wir klare Vorgaben haben. Beim Punkt mit dem Eishockeymatch geht es mir gleich wie den Vorrednern. Wenn die Oltner schon ein Problem haben, wenn 3'300 Personen statt 1'200 an einem Hockeymatch sind, habe ich schwere Bedenken für die paar schönen Monate. Auch wenn sie schön sind und wir jubeln können, habe ich Mühe, und dann mache ich mir



meine Gedanken, wo ich mein Zeug schauen und in der Stadt sein will. Einerseits bemüht man sich, etwas zu bringen und zu sagen. Andererseits weist man es wieder zurück und sagt: Das hat eben einen Grund. Man stellt sich nicht richtig hin. Das ist falsch. Diejenigen, welche dies gesehen, wahr genommen und diesen Brief geschrieben haben, haben das gesehen und nichts anderes. Das haben sie geschrieben. Offensichtlich entspricht dies Euren Tatsachen.

Mario Clematide: Offenbar hat hier ein Wandel stattgefunden. Ich kann mich erinnern – da bist Du, Christian, wahrscheinlich noch in den kurzen Hosen gewesen – als Italien zum ersten Mal Weltmeister geworden ist, als ich dies hier in Olten bewusst wahr genommen habe. Dann bist Du im Stadtzentrum nicht mehr weiter gekommen. Aber dann hat man sich miteinander gefreut. Nach einer gewissen Zeit ist dieses „Chaos“ abgeflaut. Jetzt müssen wir im Juni halt – hier bin ich mit Roland Rudolf von Rohr auf gleicher Linie – damit rechnen, dass solche Fans auch hier sind und vielleicht in gewissen Bereichen über die Stränge hauen. Wenn man weiss, dass in Bern ganze Zeltplätze von holländischen Fans belegt worden sind. Sie sind darauf eingestellt. Hier ist Toleranz gefordert. Für mich ist Folgendes noch wichtig: Jetzt komme ich zum EHC Olten. Man darf nicht miteinander vermischen. Ich bin auch am Biel-Match gewesen. Dort muss man sagen, dass es „gewaltbereite“ Bieler Fans gewesen sind, die es darauf ankommen haben lassen. Das muss man jetzt ganz klar sehen. Was hier abgegangen ist, darf so nicht toleriert werden. Aber man muss ganz klar differenzieren, und darf nicht vermengen. Ich appelliere mit Roland Rudolf von Rohr auch an eine gewisse Offenheit und appelliere auch an die Toleranz, weil der Beweggrund der meisten im Juni – da bin ich überzeugt – nicht sein wird, Gewalt zu säen, sondern Freude zu haben. Nehmen wir doch teil an dieser Freude.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich freue mich, dass sich Rolf Schmid noch gemeldet hat.

Rolf Schmid: Vielleicht hilft es. Die Lehre daraus ist ja einfach, dass in der Bevölkerung keine Klarheit darüber herrscht, was gilt und was nicht gilt. Wenn wir ein schönes Fest haben wollen – würde ich glauben, dass man dies, ohne tiefere Kenntnisse zu haben, etwas aus den Lehren aus Deutschland nehmen kann. Dort sind die Spielregeln auch für die Fans sehr klar gewesen. Wenn man ins Stadion gekommen ist, wenn man hinaus gekommen ist, hat man gewusst, woran man ist. Das müssen wir in der Stadt Olten haben. Wir haben im Moment nicht das Gefühl, dass Klarheit herrscht. Ich bitte doch die zuständige Direktion, in der Bevölkerung diese Klarheit zu schaffen. Dann bin ich überzeugt, dass wir ein tolles Fest haben. Welche Fans kommen, weiss man nie genau im Voraus. Man weiss es etwas besser oder etwas schlechter. Hier muss einfach die Polizei auf alles vorbereitet sein.

Stadträtin Doris Rauber: Zum Punkt „Lage nicht im Griff“: Das ist natürlich eine Sichtweise. Was versteht man unter „Lage nicht im Griff“? Es steht ganz klar im nächsten Satz: „Oberstes Ziel ist die Verhinderung von Ausschreitungen und Personen- und Sachschäden gewesen“. Das hat die Polizei im Griff gehabt. Wegen der Eishockeymatches ist es ganz klar aus dem Interview hervor gegangen, dass das zeitgleiche Stattfinden des Hochrisikospiele zu diesen Situationen geführt hat. Das haben wir kommuniziert. Zu Rolf Schmid: Wenn Du gelesen hast, was hier in der Frage wegen der EURO ist, haben wir genau geschrieben, dass man die Bevölkerung informieren wird. Das hat man ja bereits beim Anlass, wo die Anwohnenden rund um die Schützi eingeladen worden sind, gemacht. Man hat es ihnen vorgestellt. Es ist nachher auch ein grosser Bericht im Oltner Tagblatt gewesen. Genau so werden weitere Informationen in den Medien auch noch vor der EURO kund getan. Ich hoffe sehr, dass es wirklich so ablaufen wird, wie es Roland Rudolf von Rohr erwartet, dass man vorsehen kann, was möglich ist - man weiss ja, wann die Matches stattfinden – und es in Olten wirklich ein Fest gibt, an dem wir uns freuen können.



Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herrn Franco Giori (4)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:



Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Heute sind in der Hitze des Gefechts einige Voten und Aussagen qualifiziert, wenn nicht abqualifiziert worden. Ich möchte Euch einfach daran erinnern: Jede und jeder hier ist demokratisch gewählt und hat das Recht, seine Meinung zu äussern. Immer. Ich wünsche mir aber auch bei schwierigen Vorlagen für die nächsten zwei Male, bei denen ich noch hier oben sitzen darf, mehr sachliche Auseinandersetzung und etwas weniger Qualifizieren anderer Meinungen. Jetzt wünsche ich Euch einen schönen Frühling. Wir sehen uns Ende Mai wieder.

Es folgt Applaus.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.